



Wortprotokoll

der 71. Sitzung vom 10. November 2005

Resoconto integrale

della seduta n. 71 del 10 novembre 2005

XIII. Legislatur
XIII. Legislatura
2004 - 2008



SÜDTIROLER LANDTAG
CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA
DI BOLZANO

SITZUNG 71. SEDUTA

10.11.2005

INHALTSVERZEICHNIS

Landesgesetzentwurf Nr. 77/05: "Änderungen von Landesgesetzen in den Bereichen Arbeit, Wohnbau, Fürsorge, Gesundheitswesen, Mobilität und Forst- und Domänenverwaltung und andere Bestimmungen." Seite 3

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 1 vom 10.10.2005, eingebracht von den Abgeordneten Minniti, Holzmann und Urzì, betreffend die Abschaffung von Krankenhaustickets. Seite 8

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 3 vom 10.10.2005, eingebracht von den Abgeordneten Minniti, Holzmann und Urzì, betreffend die Errichtung einer sozialen Beobachtungsstelle. Seite 12

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 5 vom 10.10.2005, eingebracht von den Abgeordneten Minniti, Holzmann und Urzì, betreffend das Familienpaket.Seite 22

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 6 vom 4.11.2005, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Kury und Heiss, betreffend die Ausdehnung der Gewerbezone jenseits der Einsteinstraße in der Gemeinde Bozen. Seite 30

INDICE

Disegno di legge provinciale n. 77/05: "Modifiche di legge provinciali nei settori lavoro, edilizia abitativa, urbanistica, assistenza, sanità, mobilità, foreste e demanio e altre disposizioni." pag. 3

Ordine del giorno n. 1 del 10.10.2005, presentato dai consiglieri Minniti, Holzmann e Urzì, concernente la revisione ticket ospedalieri. pag. 8

Ordine del giorno n. 3 del 10.10.2005, presentato dai consiglieri Minniti, Holzmann e Urzì, concernente l'istituzione osservatorio sociale. pag. 12

Ordine del giorno n. 5 del 10.10.2005, presentato dai consiglieri Minniti, Holzmann e Urzì, concernente il pacchetto famiglia. pag. 22

Ordine del giorno n. 6 del 4.11.2005, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Kury e Heiss, concernente l'espansione della zona produttiva oltre via Einstein nel Comune di Bolzano. pag. 30

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 7 vom 4.11.2005, eingebracht von den Abgeordneten Kury, Dello Sbarba und Heiss, betreffend die Einführung einer solidarischen Pflichtversicherung als Alternative zur Errichtung von Hagelnetzen. Seite 39

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 8 vom 7.11.2005, eingebracht von den Abgeordneten Mair und Leitner, betreffend Rechtssicherheit beim Entzug des Führerscheins. Seite 45

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 9 vom 7.11.2005, eingebracht von den Abgeordneten Kury, Dello Sbarba und Heiss, betreffend die Beihilfen an den Flugplatz Bozen und die Air Alps. Seite 50

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 10 vom 8.11.2005, eingebracht von den Abgeordneten Heiss, Kury und Dello Sbarba, betreffend das Fahrsicherheitszentrum in der Frizzi Au: Bau-stopp bis zur Reduktion des Projektumfanges. Seite 55

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 12 vom 9.11.2005, eingebracht von den Abgeordneten Urzì, Minniti und Holzmann, betreffend das Wohngeld. Seite 66

Ordine del giorno n. 7 del 4.11.2005, presentato dai consiglieri Kury, Dello Sbarba e Heiss, concernente l'introduzione di un'assicurazione obbligatoria solidale in alternativa alle reti antigrandine. pag. 39

Ordine del giorno n. 8 del 7.11.2005, presentato dai consiglieri Mair e Leitner, concernente la certezza normativa nel caso di ritiro della patente di guida. pag. 45

Ordine del giorno n. 9 del 7.11.2005, presentato dai consiglieri Kury, Dello Sbarba e Heiss, concernente i contributi all'aeroporto di Bolzano e alla Air Alps. pag. 50

Ordine del giorno n. 10 del 8.11.2005, presentato dai consiglieri Heiss, Kury e Dello Sbarba, concernente il centro di guida sicura a Ischia Frizzi: fermo lavori in attesa di ridimensionare il progetto. Pag. 55

Ordine del giorno n. 12 del 9.11.2005, presentato dai consiglieri Urzì, Minniti e Holzmann, concernente il sussidio casa. pag. 66

VORSITZ DER PRÄSIDENTIN:

Dr. VERONIKA STIRNER BRANTSCH

PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE:

ORE 10.08 UHR

(Namensaufruf – Appello nominale)

PRÄSIDENTIN: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich ersuche um die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

THALER ZELGER (Sekretärin - SVP): *(Verliest das Sitzungsprotokoll – legge il processo verbale)*

PRÄSIDENTIN: Wenn keine Einwände erhoben werden, so gilt das Protokoll als genehmigt.

Für die heutige Sitzung haben sich die Abgeordneten Heiss (nachm.) und Holzmann sowie Landesrat Mussner (nachm.) entschuldigt.

Punkt 175 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 77/05: "Änderungen von Landesgesetzen in den Bereichen Arbeit, Wohnbau, Fürsorge, Gesundheitswesen, Mobilität und Forst- und Domänenverwaltung und andere Bestimmungen."*

Punto 175) dell'ordine del giorno: Disegno di legge provinciale n. 77/05: "Modifiche di legge provinciali nei settori lavoro, edilizia abitativa, urbanistica, assistenza, sanità, mobilità, foreste e demanio e altre disposizioni."

Ich erinnere daran, dass gestern Abend die Replik des Landeshauptmannes auf heute vertagt worden ist. Da Landeshauptmann Durnwalder noch nicht eingetroffen ist, unterbrechen wir kurz die Sitzung.

ORE 10.19 UHR

ORE 10.22 UHR

PRÄSIDENTIN: Die Sitzung ist wiederaufgenommen.

Landeshauptmann Durnwalder, Sie haben das Wort zur Replik.

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Ich möchte zu den einzelnen Fragen, die hier aufgeworfen worden sind, Folgendes sagen. In diesem Zusammenhang bin ich allerdings der Meinung, dass wir anlässlich der Behandlung der einzelnen Artikel näher darauf

eingehen sollten. Es hat zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Sinn, in der Generaldebatte Antworten zu geben, wenn danach im Rahmen der Artikeldebatte die entsprechenden Interventionen getätigt werden. Die Hauptkritik besteht in der Frage, warum man eigentlich dieses "Omnibus-Gesetz" macht. Frau Kollegin Kury, Sie haben das besonders hervorgehoben. Wir haben uns damals darauf geeinigt, dass wir im Finanzgesetz zum Landeshaushalt nur all jene Dinge behandeln, die direkt mit dem Haushalt zu tun haben. Folglich sehen wir entsprechende "Omnibus-Gesetze" vor, damit die einzelnen Gesetze abgeändert werden können. Wir haben nun ein einziges Gesetz vorgelegt. Vor allem von den Kollegen der Opposition ist gesagt worden, man sollte die Gesetzgebungskommissionen nicht ausschalten. Wenn wir nur ein einzelnes Gesetz vorlegen, so kann es die Präsidentin nur einer Kommission zuweisen. Wenn aber mehrere Materien vorliegen, welche verschiedene Kommissionen betreffen, müssen sämtliche Kommissionen sich damit beschäftigen. Wegen dieses Umstandes haben wir das Gesetz gemäß den Zuständigkeitsbereichen der jeweiligen Gesetzgebungskommissionen aufgeteilt, damit wir die Gesetzgebungskommission, die ein spezifisches Thema behandelt, nicht ausschalten. Ich glaube, dass das richtig war. Aus diesem Grund haben wir die verschiedenen "Omnibus-Gesetze" vorgelegt, obwohl wir im Grunde genommen nur ein Gesetz vorlegen hätten können. Wenn wir die notwendigen Gesetzesänderungen in das Finanzgesetz eingefügt hätten, wäre es nur ein einziges Gesetz gewesen, wobei damit nicht die einzelnen Kommissionen, sondern nur die Kommission für den Haushalt befasst worden wäre. Deshalb war es vernünftig, die einzelnen Bereiche je nach Zuständigkeit der einzelnen Gesetzgebungskommissionen aufzuteilen. Folglich hat es diese Vielfalt an "Omnibus-Gesetzen" gegeben. Sie heben hervor, dass man Ihnen zuerst gesagt habe, es würden nur "Omnibus-Gesetze" vorgelegt, mit denen zum Beispiel Landesgesetze an EU-Bestimmungen angepasst werden oder das Ausmaß von Verwaltungsstrafen bzw. Bußgeldern neu festgelegt wird. Wenn man von einem "Omnibus-Gesetz" und den diesbezüglichen Abänderungen redet, sollte es möglich sein, Artikel miteinzubeziehen, die nicht nur in Bezug auf eine Zahl oder eine Strafbestimmung, sondern auch inhaltlich abgeändert werden können. Es hätte keinen Sinn, Gesetze jedes Mal abzuändern, wenn irgendeine Verwaltungsprozedur anders geregelt wird, eine andere Prozedur notwendig ist oder auch kleine Änderungen vorgenommen werden müssen. Diesen Fall sehen wir beispielsweise bei der Forst- und Domänenverwaltung, ebenso beim Flughafen, beim Urbanistikgesetz, aber auch in anderen Fällen, was die Gemeindefinanzierung anbelangt. Nur weil eine Aufteilung eines Gesamtbetrages nicht erfolgt ist, weiß man nicht, was jetzt wo ausbezahlt wird bzw. beinhaltet ist. Aus diesem Grund können wir sagen, dass das ursprünglich vorgesehene einzige "Omnibus-Gesetz" aufgrund Ihres Vorschlages in mehrere aufgeteilt worden ist. Die Gesetzgebungskommissionen hatten die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen. Wie in jedem Bereich handelt es sich um ein eigenes Gesetz, weil die Gesetzgebungskommissionen dazu Stellung genommen haben und auch im Landtag über die einzelnen Artikel entsprechend diskutiert wird. Ich bin jedenfalls davon überzeugt,

dass im Rahmen der Artikeldebatte zum Inhalt der Artikel Stellung genommen werden wird.

Ich komme nun zu zwei, drei Dingen, die allgemeiner Natur sind, denn ich will nicht der Artikeldebatte vorgreifen. Ein Schwerpunkt ist sicher der Bereich Flughafen, der von verschiedenen Abgeordneten aufgezeigt worden ist. Ich gebe einigen Kolleginnen und Kollegen Recht, wenn sie sagen, dass wir beim Flughafen endlich einmal sagen sollen, was getan werden muss und was notwendig ist. Es nütze nichts, jedes Mal eine kleine Abänderung vorzunehmen, man habe langsam den Eindruck, dass man ständig irgendetwas hineinschieben möchte. Diese Absicht besteht in keiner Weise! Es ist notwendig, den Flughafen an die heutigen Erfordernisse anzupassen. Eines ist ganz sicher: Der Flughafen ist für unser Land notwendig. Er ist deswegen notwendig, weil wir eine Verbindung zwischen Bozen und Rom brauchen. Wir brauchen aber auch eine Verbindung Richtung Norden. Diese ist zur Zeit wirtschaftlich nicht tragbar. Deswegen ist sie von Seiten der Air-Alps gestrichen worden. Wir haben zur Zeit keine Gesellschaft, die die Flughäfen im Norden anfliegt. Wohl aber ist jetzt ein Abkommen mit Alitalia gemacht worden, welches vorsieht, dass Alitalia in die Gesellschaft der Air-Alps einsteigt. Die Air-Alps fliegt jetzt viermal Rom und gleichzeitig auch Mailand an. Außerdem soll der Flughafen auch für entsprechende Charterflüge offen stehen. Das betrifft uns im Grunde genommen nur sekundär, weil es die Aufgabe der Fluggesellschaften ist. Wenn Sie jetzt behaupten, dass wir der Air-Alps Beiträge gewährt haben, muss ich richtig stellen, dass wir nicht Beiträge in der herkömmlichen Form gegeben haben, sondern Gesellschafter der Air-Alps geworden sind. Deswegen ist die EU damit auch einverstanden. Das Land kann bei jeder Gesellschaft Gesellschafter werden. Dies ist auch bei mehreren Gesellschaften der Fall. Ein Gesetz ermächtigt uns, diesen und jenen Gesellschaften beizutreten, so wie auch die Region Gesellschafter geworden ist. In diesem Fall brauchen wir keine Ausschreibung zu machen bzw. eine Genehmigung einzuholen. Wenn wir konkrete Beiträge für den Flug gewähren würden, müssten wir eine Ausschreibung machen und sagen, dass uns die Verbindung mit Strassburg, Brüssel, Wien und Rom entsprechend wichtig ist, weil wir aufgrund der geographischen Lage eine entsprechende Verbindung haben müssen. Wenn wir dies also von Seiten des Landes machen würden, müssten wir eine entsprechende Ausschreibung tätigen. Wir müssten in der Ausschreibung festhalten, dass wir diese Verbindungen benötigen. Gleichzeitig müssten wir fragen, wer bereit ist, diesen Dienst zu den jeweiligen Bedingungen aufzunehmen. Somit könnten wir aufgrund der EU-Bestimmungen sogar für den Betrieb direkte Beiträge gewähren. Das bedeutet also, dass wir nicht nur Gesellschafter werden können, sondern auch Beiträge für die Durchführung des Dienstes geben könnten. In diesem Fall müssten wir den Dienst ausschreiben. Wir haben keine direkten Beiträge gegeben, sondern sind Gesellschafter geworden, was wir aufgrund der EU-Richtlinien tun dürfen. Ebenso sind wir Gesellschafter bei der Eisenbahn. Auch diesbezüglich haben wir keine Ausschreibung gemacht. Wir

sind Gesellschafter bei vielen anderen Gesellschaften, beispielsweise bei Sadobre und anderen mehr. Ich habe selbst in Brüssel vorgesprochen und mich erkundigt, ob wir Gesellschafter werden können. Wenn wir Dienste subventionieren, die wir nicht selber durchführen, müssen wir diese entsprechend ausschreiben, wie es soeben im Fall Brixen entschieden worden ist.

Sie verweisen auf den Flughafen. Beim Flughafen müssen wir die Struktur bereitstellen. Wenn wir heute die Strukturen für den Busbahnhof und den Zugbahnhof bereitstellen, müssen wir auch für den Flugverkehr entsprechende Infrastrukturen vorsehen. Das ist nichts Neues. In ganz Europa werden die jeweiligen Flughäfen subventioniert, wenn sie sich nicht selber tragen können. Das ist eine Struktur, die es ermöglicht, den Flugverkehr abzuwickeln, und wir sind Gesellschafter des Flughafens. Sie wissen, dass die Betriebsgesellschaft zum Großteil aus öffentlichem Kapital von Seiten des Landes besteht. Wir können selbstverständlich in die Strukturen investieren. Ein anderer Fall ist die Führung der Strukturen. Die Gesellschaft ist gebildet worden, damit man in Zukunft diesbezüglich besser agieren kann. Falls es notwendig wäre, könnten wir eine Ausschreibung machen. Wir müssen also einerseits zwischen der Struktur und andererseits zwischen der Führung der Struktur unterscheiden. Dafür werden wir auch morgen Geldmittel ausgeben müssen. Ich glaube nicht, dass ein Privater einen Flughafen baut. Diesen müssen natürlich wir als öffentliche Hand selbst finanzieren. Aber, wie gesagt, die Führung der Struktur ist etwas anderes. Da müssen wir abklären, in welcher Form sie geschehen soll. Aus diesem Grund ist die Gesellschaft gegründet worden. Dieser Gesellschaft können eventuell auch Private beitreten. Frau Kollegin Kury, Sie verweisen auf den öffentlichen Verkehr. Wir haben Strukturen für verschiedene Bereiche vorgesehen. Wir bauen zum Beispiel die Eisenbahn aus, um den Verkehr auf der Straße zu reduzieren. Darunter fällt auch der Flugverkehr. Der Verkehr auf der Autobahn kann also reduziert werden kann, indem entsprechende Transporte in der Luft möglich sind. Ich sage dies deshalb, weil Sie sich gefragt haben, was das mit der Autobahn zu tun haben soll. Es betrifft die gesamte Verkehrssituation, also sowohl die Autobahn als auch die Staatsstraße und die Eisenbahn. Somit haben wir drei Möglichkeiten: die Straße, die Schiene und die Luft. Die vierte Möglichkeit, der Fahrradverkehr, ist international nicht anerkannt. Für alle drei Möglichkeiten des Verkehrs müssen wir entsprechende Strukturen schaffen. Wir werden anschließend sicher noch in der Artikeldebatte näher darauf eingehen. Sie haben dann die Möglichkeit, noch spezifischere Fragen zu stellen.

Der zweite Punkt, der aufgeworfen wurde, betrifft die Forst- und Domänenverwaltung, vor allem das Oberflächenrecht. Auch hier ganz kurz! In Bezug auf den Bereich Forst- und Domänenverwaltung sind im Gesetzentwurf zwei Artikel enthalten. In einem wird gesagt, dass das Geld, das wir verbrauchen, wieder verwendet werden kann, um entsprechende Investitionen zu tätigen. Das ist wie folgt zu verstehen: Wenn wir beispielsweise in Meran - um in Ihrer Zone zu bleiben - den Schießstand verlegen

...

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): *(unterbricht)*

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Später werde ich noch genauer darauf eingehen. Dann werden Sie sehen, dass das mit der Forst- und Domänenverwaltung zu tun hat. Vielleicht ist es Ihnen noch nicht aufgefallen. Ein Artikel besagt nämlich, dass es nicht nur für die Laimburg möglich ist, die aus dem Verkauf einzelner Flächen eingenommenen Geldmittel dafür zu verwenden, um andere anzukaufen. Ich werde es Ihnen jetzt erklären. Nehmen wir beispielsweise den Fall Meran her! Wenn wir den Schießstand, der dem Bereich Forst- und Domänenverwaltung unterliegt, der Gemeinde übergeben, damit sie dort eventuell Parkplätze für den Botanischen Garten usw., aber auch Bauzonen errichten kann, dann können wir umgekehrt von der Gemeinde einen anderen Grund, der etwas südlicher neben der Etsch liegt, bekommen und diesen dazu verwenden, um eine Struktur zu schaffen. Es ist vernünftig, Restgrundstücke abzustößen und - falls die Möglichkeit besteht - den Bestand an Liegenschaften aufrechtzuerhalten. Sie verweisen auf das Oberflächenrecht und behaupten, dass Landeshauptmann Durnwalder jetzt Privaten die Möglichkeit geben kann, Häuser zu bauen. Frau Kollegin Kury, Sie müssen einsehen, dass man heute im Falle eines Hausbaus das Baurecht, die Baukonzession und die Verfügbarkeit des Grundes haben muss. Die Verfügbarkeit des Grundes besteht - wie bisher - in dem Moment, wenn ein Grund erworben wurde. Deswegen allein darf jemand allerdings noch nicht bauen, sondern er muss die Baurechte einhalten. Wenn ich heute irgendwo einen Grund kaufe, heißt das lange noch nicht, dass ich darauf auch bauen kann. Nur aus dem Grund, weil ich von der Forst- und Domänenverwaltung 1.000 Quadratmeter Grund kaufe, darf ich noch lange nicht bauen. Es gibt nun mal Baugesetze. Wenn es heute zum Beispiel innerhalb der Forst- und Domänenverwaltung einen Skilift gibt, wissen wir nicht, wie lange dieser Skilift bestehen kann. In diesem Fall hätte es doch keinen Sinn, dem Betroffenen, der eine Tal- oder Bergstation bauen möchte, den Grund abzutreten"! Normalerweise wird die Station auf den Grundstücken der Forst- und Domänenverwaltung gebaut. Wie Sie wissen, unterliegen diese Gründe über einer gewissen Höhe vorwiegend der Forst- und Domänenverwaltung. Wenn jetzt beispielsweise ein Skilift gebaut wird, hätte es doch keinen Sinn, dass wir dieses Stückchen Grund aus der Forst- und Domänenverwaltung herauszunehmen und zu verkaufen. Morgen hätte dann vielleicht ein Privater eine Insel innerhalb dieser Fläche. Der Alpenverein, der CAI und Private sind im Besitz von Hütten. Wenn diese jetzt zum Beispiel sanitäre Anlagen für diese Hütten benötigen oder dieses und jenes brauchen, hat es einfach keinen Sinn, ihnen den Grund zu verkaufen. Sie sollen ein Oberflächenrecht bekommen, damit sie diese Arbeiten durchführen können. Wenn ein Betrieb dann nicht mehr ausgeübt oder ein Skilift nicht mehr betrieben wird, fällt dieser Grund wieder ans Land zurück. Ob gebaut werden kann oder nicht, entscheidet die Gemeinde aufgrund der bestehenden Baugesetze. Bisher wäre es eher möglich gewesen zu bauen, da wir in der

Vergangenheit nur verkaufen konnten. Jetzt stellen wir fest, das wir keine fremden Inseln in diesem Grund haben möchten und dieser wieder ans Land übergeht, sobald er nicht mehr für den vorgesehenen Zweck verwendet wird. Aus diesem Grund brauchen wir das Oberflächenrecht, welches nur für eine bestimmte Zeit gewährleistet wird. Das ist vernünftig und im Sinne des Landes, da keine Spekulationen mehr möglich sind. Wenn jemand einen Grund erhält, kann er mit dem Grund tun, was er will. Wenn er ein Oberflächenrecht bekommt, wird genau definiert, wie lange und für welchen Zweck etwas verwendet werden kann. Es handelt sich also um eine sinnvolle Regelung, die gerade in Ihrem Interesse sein müsste. So sind keine Spekulationen im alpinen bzw. landwirtschaftlichen Grün möglich.

Als nächster Punkt wurde die Regelung bezüglich der Lokalfinanzen aufgeworfen. Für die Gemeinden wird keine weitere Regelung vorgesehen. Der Gesamtbetrag, den die Gemeinden erhalten, wird aufgeteilt. Es wird geregelt, wie viel für die Pro-Kopf-Quote, wie viel für die Investitionen, wie viel für Schulbauprogramme usw. verwendet werden darf. Bei der letzten Abänderung ist uns ein Fehler unterlaufen, indem nur der Gesamtbetrag, der für die Gemeinden bereitgestellt wird, angegeben wurde. Man muss diesen nun aufteilen und festlegen, wie viel beispielsweise für die Pro-Kopf-Quote oder wie viel für dieses und jenes verwendet werden darf. Da nur der Gesamtbetrag angegeben wurde, können die Gemeinden das Geld zur Zeit nicht ausgeben. Sie wissen folglich nicht, wie viel sie für die Pro-Kopf-Quote, für die Investitionen und für Schulbauprogramme verwenden dürfen. Deswegen muss diese Aufteilung gemacht werden, wofür wir nun mit diesem Gesetzentwurf die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen haben. Wenn wir dies nicht tun, können die Gemeinden den Betrag, der mit dem Nachtragshaushalt zur Verfügung gestellt wurde, nicht ausgeben. Wir sollten aber schon danach trachten, dass die Gemeinden diese Geldbeträge noch innerhalb dieses Jahres verwenden können.

Diese Punkte sind von mehreren Kollegen aufgeworfen worden. Ich möchte Sie nun ersuchen, später zu den einzelnen Artikeln Stellung zu nehmen. So werden wir die Möglichkeit haben, nähere Auskünfte zu geben.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen nun zur Behandlung der Tagesordnungen.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 1 vom 10.10.2005, eingebracht von den Abgeordneten Minniti, Holzmann und Urzì, betreffend die Abschaffung von Krankenhaustickets.

Ordine del giorno n. 1 del 10.10.2005, presentato dai consiglieri Minniti, Holzmann e Urzì, concernente la revisione ticket ospedalieri.

*Abschaffung der Krankenhaustickets
Seit Juli 2002 sind die von der Landesregierung eingeführten Krankenhaustickets in Kraft. Diese Maßnahme hat schon damals großen*

Unmut bei der Bevölkerung, vielen politischen Gruppierungen und den Gewerkschaftsvertretungen ausgelöst, da sie als völlig ungerecht betrachtet wird. Zudem ist ein Spitalsaufenthalt nur mit ärztlicher Einweisung möglich. Die Landesregierung sollte deshalb diese Maßnahme überdenken und die Tickets abschaffen.

Dies vorausgeschickt,

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung,

die Einführung der Krankenhaustickets zu überdenken und diese abzuschaffen.

Revisione ticket ospedalieri

Nel luglio del 2002 sono divenuti effettivi i ticket ospedalieri introdotti dalla Giunta provinciale per i ricoveri. Il provvedimento non mancò già allora di scatenare molte polemiche fra la popolazione, fra molte forze politiche oltreché fra le rappresentanze sindacali, essendo il provvedimento ritenuto totalmente iniquo. Il ricovero ospedaliero, peraltro, avviene solo a seguito di una richiesta del medico curante. È ovvio quindi che opportuna sarebbe una rivalutazione del provvedimento da parte della Giunta provinciale in maniera che i ticket in questione possano essere aboliti.

Ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

impegna

la Giunta provinciale

a riconsiderare l'introduzione dei ticket ospedalieri provvedendo a una loro abolizione.

Abgeordneter Minniti, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

MINNITI (AN): Cara Presidente, pretenderei che Lei questo richiamo lo faccia a tutti gli assessori quando non sono presenti, perché non accetto che Lei richiami un consigliere di opposizione per una sua minima assenza in aula e non abbia mai fatto questo richiamo così esplicito agli assessori quando sono assenti. Questo lo ritengo un fatto molto scortese da parte Sua, anche perché sono consigliere di opposizione e comunque l'avevo avvertita che sarei stato qua fuori. Non è stato elegante da parte Sua. E pretendo che la prossima volta un medesimo richiamo lo faccia agli assessori nel momento in cui sono assenti dall'aula. Non è stata elegante! E se fosse elegante, mi chiederebbe anche scusa.

Con questo ordine del giorno Alleanza Nazionale ripropone uno dei temi che abbiamo da sempre espresso e portato all'attenzione di quest'aula - certamente non siamo stati gli unici, ricordo in passato iniziative di gruppi di colleghi - soprattutto considerando il particolare stato economico e sociale vissuto dalle famiglie altoatesine. Nel luglio 2002 la Giunta provinciale ha introdotto i cosiddetti ticket ospedalieri. Già allora ritenevamo questo un processo azzardato, perché non possiamo pensare di coprire le spese della sanità, spese anche ospedaliere, chiedendo oneri ai cittadini, so-

prattutto in una provincia ricca come la nostra, che ha sempre avuto la possibilità di spendere ma non ha mai avuto la capacità di spendere, in una provincia in cui il più delle volte si è proceduto con la realizzazione di strutture, anche nel campo sanitario, certamente discutibili magari nei prezzi, pensiamo all'ospedale di Merano, 350 miliardi di vecchie lire per 350 posti letto, ma pensiamo anche al nuovo centro di riabilitazione, dove si è ristrutturato il vecchio ospedale, costato oltre 130 miliardi di vecchie lire. Sostanzialmente solo per Merano parliamo di quasi 500 miliardi di vecchie lire, se a questo aggiungiamo la ristrutturazione dell'ospedale di Silandro, per esempio. Oppure le spese che in passato la Giunta provinciale ha fatto per l'impianto di compostaggio, una struttura costata allora, si parla dell'inizio degli anni 90, 80 miliardi di vecchie lire, praticamente utilizzato per due anni e oggi regalato al Vietnam. Ma pensiamo anche ai progetti futuri che questa amministrazione ha, il nuovo impianto di incenerimento, i cui costi sono saliti da 70 milioni di euro a 90 milioni di euro. Oggi abbiamo appreso che i terreni sui quali dovrà sorgere questa struttura costeranno molto di più di quelli che la Provincia aveva preventivato, quindi avremo delle spese ulteriori. Oppure pensiamo al famoso tunnel su Merano, 135 milioni di euro come prezzo di partenza. Diciamo che questa e la precedente amministrazione provinciale hanno potuto spendere ma non hanno saputo spendere. In questo contesto rientra anche l'introduzione dei ticket ospedalieri, perché la Provincia non riesce a far fronte alle spese da coprire e chiede soldi ai cittadini, in un momento in cui si vive un preoccupante disagio sociale. I dati forniti dall'AFI PL di recente ma anche dai sindacati hanno attestato che il 25% delle famiglie altoatesine vive con soli 1000 euro al mese, che c'è un eccesso di situazione di povertà relativa, che sostanzialmente non vi è la possibilità per molte famiglie di arrivare alla fine del mese. Si parla dell'ultima settimana del mese che viene a mancare. Non si hanno proprio più i soldi materiali molte volte per poter acquistare i beni di prima necessità. Come interviene la Provincia? Magari interviene dando 80 euro alle famiglie al mese per ogni figlio fino a tre anni, a tutte le famiglie non scaglionando questo tipo di intervento, ma interviene, questo è peggio, anziché riducendo l'attesa sanitaria, non nei servizi ovviamente, ma nell'urbanizzazione sanitaria, chiedendo ai cittadini ulteriori costi, abbassando di fatto ulteriormente la soglia di povertà. I ticket ospedalieri in questo quadro provinciale non sono giustificati. Solo se si intervenisse a ridurre, da parte della Provincia, la spesa recuperando dei soldi e riducendo le spese superflue, ci sarebbe una possibilità ulteriore per questa provincia per mantenere intatto o forse addirittura per migliorare lo status economico e sociale delle famiglie. Purtroppo la Provincia va in direzione opposta, chiede i ticket ospedalieri. Questo intervento lo riteniamo iniquo e inaccettabile. Pertanto Alleanza Nazionale, coerentemente con quello che ha chiesto fin dal lontano 2002 e anche in precedenza, chiede con questo ordine del giorno lo stralcio dei ticket ospedalieri e la restituzione da parte della Provincia ai cittadini di un quadro socio-economico migliore che una soluzione di questo genere potrebbe garantire.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Ich möchte die Sitzung nicht unnötig hinauszögern, aber an Folgendes erinnern. Seit Jahren sagen wir, dass das Ticket auf Krankenhausaufenthalte eine Ungerechtigkeit ist und nie und nimmer einen erzieherischen Charakter haben kann, so wie eventuelle Tickets auf Medikamente. Diese beiden Dinge sind völlig unterschiedlich zu behandeln. Wenn ich ins Krankenhaus muss, sollte ich die Möglichkeit haben, dort gratis versorgt zu werden. Das ist ein Qualitätskriterium für einen Rechtsstaat. Insofern sind wir absolut mit der Forderung einverstanden, dass die Tickets auf Krankenhausaufenthalte abzuschaffen sind. Sollte es Missbrauch geben, muss man dort intervenieren, wo der Missbrauch seinen Ursprung hat. Wenn Ärzte leichtfertig Spitalsaufenthalte verordnen, ist das ein Problem, das im jeweiligen Fall angegangen werden muss. Es sollen aber nicht jene Patienten darunter leiden, die einen Krankenhausaufenthalt notwendig haben. Deshalb unsere klare Unterstützung zu diesem Antrag!

LEITNER (Die Freiheitlichen): Frau Präsident! Auch wir stimmen diesem Antrag zu, weil wir schon bei der Einführung des Tickets auf Spitalsaufenthalte dagegen waren. Wir wissen, dass die Bevölkerung kein Verständnis dafür hat. Die Argumente sind klar. Ich brauche sie nicht zu wiederholen. Ich habe immer gesagt - das haben wir auch in unser Wahlprogramm hineingeschrieben -, dass Tickets auf Spitalsaufenthalte nicht gerechtfertigt sind, weil niemand aus freien Stücken ins Krankenhaus geht. Etwas anderes sind Tickets auf Medikamente oder die Beteiligung an den Kosten der Flugrettung und andere Dinge in der Sanität. Wenn wir die Gegenrechnung machen und berücksichtigen - das sage ich ganz klar und deutlich -, dass nicht alle bezahlen, dann ist das zutiefst ungerecht. Auch wenn man es nicht gerne hört, muss ich auf eine Kategorie verweisen. Beispielsweise bezahlen nicht alle Einwanderer, weil sie nicht fassbar sind. Ich habe gestern beispielsweise ein Gespräch mit einem Postboten geführt und nachgefragt, wie es mit den Zustellungen der Zahlungsaufforderungen läuft. Man spricht sich gegenseitig ab, dass die Betroffenen nicht gefunden bzw. erreichbar waren. Dann wird die Zustellung zurückgeschickt. Keiner wird verfolgt. Wenn das ein Bürger unseres Landes, ein Südtiroler tun würde, würde man ihn mit Strafen verfolgen, die dann doppelt und dreifach ausfallen. Das ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit! Wenn man hier nicht nach dem Rechten sieht, dürfen wir uns nicht darüber wundern, wenn es morgen sozialen Zündstoff gibt. Die Leute sehen das bei der Ersten Hilfe usw. Dass in der Ersten Hilfe für die Leistungen bezahlt wird, dafür haben wir Verständnis. Dies sollte aber für alle gelten. Es müssen alle gleich behandelt werden und es darf keine Vorzugskategorien geben. Dafür hat die Bevölkerung kein Verständnis. Dass das Ticket auf Spitalsaufenthalte abzuschaffen ist, haben wir schon seit dessen Einführung gefordert.

THEINER (Landesrat für Gesundheit und Sozialwesen – SVP): In regelmäßigen Abständen kommt dieses Thema aufs Tapet. Ich möchte Folgendes sagen. Es gibt eine ganze Reihe von europäischen Ländern und Regionen, die eine Beteiligung der Bürger für die Abdeckung der Kosten für Verpflegung und Unterkunft vorsehen. So ist es auch in unserem Land. Bei der Einführung dieses Selbstkostenbeitrages wurde von Seiten der Landesregierung festgehalten, dass diese Selbstkostenbeiträge für die Bürgerinnen und Bürger auf alle Fälle zumutbar sein sollen. Das bedeutet, dass es niemanden essentiell treffen darf. Sie kennen die Beschränkung von maximal 250 Euro pro Jahr. Ich möchte daran erinnern, dass es eine ganze Reihe von Befreiungen sowohl aus Gesundheits- als auch aus wirtschaftlichen Gründen gibt, sodass es sicherlich keinen einzigen Härtefall mehr gibt. Im Übrigen wissen Sie, dass die ganze Regelung der Selbstkostenbeteiligung von der Koalition überprüft werden sollte. Ich sehe zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Grund, diese Regelung jetzt zu überdenken.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 1 ab: mit 10 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abgeordneter Minniti, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

MINNITI (AN): Poiché ho avuto modo di vedere che fra gli emendamenti presentati ci sono degli emendamenti stralcio riguardanti il Titolo II di questa legge, quelli riferiti all'edilizia sociale, credo che questo ordine del giorno possa essere ritirato e sottoposto in altra occasione, visto che verrebbe meno il collegamento fra questo ordine del giorno e il testo della legge.

PRÄSIDENTIN: Somit ist Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 2 zurückgezogen.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 3 vom 10.10.2005, eingebracht von den Abgeordneten Minniti, Holzmann und Urzì, betreffend die Errichtung einer sozialen Beobachtungsstelle.

Ordine del giorno n. 3 del 10.10.2005, presentato dai consiglieri Minniti, Holzmann e Urzì, concernente l'istituzione osservatorio sociale.

Errichtung einer sozialen Beobachtungsstelle

Neben dem ethnischen Unbehagen, dessen Bekämpfung sich AN seit jeher zum Anliegen gemacht hat, ist nun seit einigen Jahren in der Provinz Bozen das soziale Unbehagen auf Besorgnis erregende Weise im Ansteigen begriffen, von welchem nicht nur die italienischsprachige Bevölkerung, sondern auch ein beträchtlicher Teil der Südtiroler betroffen ist. In der Tat wirkt sich das soziale Unbehagen einer Person zumindest auf 3 weitere Personen aus, da jeder Arbeitslose, jegliche Entlohnung, mit welcher das "Null-Niveau" nicht erreicht wird, d.h. je-

nes Niveau, welches es jedem von uns ermöglicht zu leben, ohne sparen zu müssen, eine ganze Familie, also durchschnittlich 3 Personen mit einbezieht. Dies ist in der prekären sozio-ökonomischen Lage, in der sich Südtirol befindet, nicht außer Acht zu lassen, wo 26 % der Familien in einer als relative Armut bezeichneten Situation leben, 11 % der Familien über ein Einkommen von höchstens 1.000 Euro verfügen und die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung Löhne unter 1.200 Euro bezieht. Damit liegen wir sogar unter den Werten von Mittel- und Norditalien. Auch dieses Unbehagen bedarf einer Lösung. Die Europäische Gemeinschaft beabsichtigt, einen eigenen Wirtschafts- und Sozialausschuss ins Leben zu rufen, der den "Gesundheitszustand" der lokalen Bevölkerung aufzeichnen soll. Eine soziale Beobachtungsstelle, die nicht von Vorurteilen weder in die eine noch in die andere Richtung geleitet sein soll, sondern sich auf neutrale Grundlagen stützt. Wir glauben nämlich, dass es nicht mehr angeht, sich selbst zu beweihräuchern und auf die niedrige Arbeitslosenrate in unserem Lande zu verweisen, als ob diese real wäre und den Wohlstand bzw. das Wohlergehen der Südtiroler beweisen würde. Wir wissen, dass es sich seit etlichen Jahren nicht mehr so verhält. Nicht nur, dass immer weniger Familien im Wohlstand leben, auch dort, wo er vorhanden ist, ist der Reichtum in Südtirol auch unter den verschiedenen Wirtschaftsbereichen und nicht nur unter den Familien ungleich verteilt. Die neue Armut betrifft nicht nur mehr letztere, sondern auch jene, die in ihrem Beruf von der öffentlichen Hand gebremst werden, da sie beispielsweise die Auszahlung der versprochenen Beiträge zur Wirtschaftsförderung hinauszögert und so das Überleben des Betriebes gefährdet. Die Senkung der Armutsgrenze hat in Südtirol schon lange die Alarmglocke läuten lassen, aber anscheinend haben sie nicht alle gehört.

Unserer Ansicht nach ist es somit wichtig, ein Gremium einzusetzen, das in der Lage ist, die soziale Situation unseres Landes zu erfassen, eine soziale Beobachtungsstelle also, die nicht nur das soziale Ungleichgewicht in Südtirol aufzeichnen und in der Folge den Reichtum in unserem Land wieder ausgleichen soll, sondern die auch dazu dienen muss, dem Auftreten neuer Armutsformen in Südtirol bzw. deren Umsichgreifen vorzubeugen.

Dies vorausgeschickt,

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung,

eine soziale Beobachtungsstelle ins Leben zu rufen, die nicht nur das soziale Ungleichgewicht in Südtirol aufzeichnen und in der Folge den Reichtum in unserem Land wieder ausgleichen soll, sondern die auch dazu dienen muss, dem Auftreten neuer Armutsformen in Südtirol bzw. deren Umsichgreifen vorzubeugen.

Istituzione osservatorio sociale

Al disagio etnico che è sempre stato oggetto delle denunce di AN, da qualche anno in provincia di Bolzano si sta affiancando un crescente, in maniera preoccupante, disagio sociale che nel coinvolgere anche la popolazione di lingua italiana colpisce una grande fetta degli altoatesini. Infatti il disagio sociale colpisce almeno 3 persone in 1. Perché

ogni disoccupato, ogni retribuzione che non concede il raggiungimento del "livello zero", ovvero di quel livello che permette a ognuno di noi di vivere pur senza risparmiare, coinvolge una intera famiglia, quindi mediamente 3 persone. Un aspetto importante, questo, nel grave quadro socio-economico in cui versa l'Alto Adige, dove il 26% delle famiglie vive in una situazione definita di povertà relativa e dove l'11% delle famiglie altoatesine non supera i 1.000 euro di stipendio e dove, in ultimo, la metà degli occupati percepisce salari inferiori ai 1.200 euro. Si tratta di dati peggiori perfino del Centro e del Nord Italia. In sostanza, ed è anche a questo disagio che si deve dare delle risposte. In questo contesto la Comunità europea, intende attivare un apposito Comitato economico e sociale in grado di monitorare lo stato di "salute" della popolazione locale. Un "osservatorio" sociale non figlio del pregiudizio né in una direzione né nell'altra ma che si poggia su basi neutrali. Crediamo, infatti, non ci si possa più auto-beatificarsi o incensarsi rivendicando il basso grado di disoccupazione in provincia, come se esso fosse reale e comunque dimostrasse l'esistenza di un salutare benessere degli altoatesini. Sappiamo che non è più così, da diversi anni. Non solo il benessere in Alto Adige riguarda sempre meno famiglie, ma laddove esiste, la "ricchezza" in provincia di Bolzano è sbilanciata anche negli stessi settori economici e imprenditoriali, non solo fra le famiglie. Le nuove povertà, infatti, coinvolgono non più in maniera aggressiva solamente queste ultime ma anche chi si trova frenato nella propria professione dallo stesso Ente pubblico, che tarda magari, in molte occasioni, a erogare i contributi promessi a sostegno dell'economia mettendo a rischio la sopravvivenza dell'azienda. L'allarme sull'abbassamento della soglia della povertà, insomma, è da tempo suonato in Alto Adige ma sembra che non tutti l'abbiano sentito.

Riteniamo, in sostanza, sottolineare l'importanza di prevedere l'istituzione di un organismo capace appunto di valutare lo stato sociale della nostra provincia, un osservatorio sociale capace non solo di monitorare lo squilibrio sociale altoatesino e quindi di riequilibrare la ricchezza in Alto Adige ma anche di prevenire l'insorgenza o l'incremento di nuove sacche di povertà nella nostra provincia.

Ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
impegna

la Giunta provinciale,

a istituire un osservatorio sociale capace non solo di monitorare lo squilibrio sociale altoatesino e quindi di riequilibrare la ricchezza in Alto Adige ma anche di prevenire l'insorgenza o l'incremento di nuove sacche di povertà nella nostra provincia.

Abgeordneter Minniti, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

MINNITI (AN): L'istituzione di un osservatorio sociale è anche un di quei temi che sono stati trattati più volte in quest'aula. Ricordo anche iniziative simili del collega Dello Sbarba o prese di posizione del gruppo Verde, sensibili come siamo

come forze di opposizione tutte indistintamente a questo problema crescente a cui assistiamo da anni, ovvero al disagio sociale.

In questa provincia fino a qualche tempo fa si è parlato solo di vero o presunto disagio etnico. Per qualcuno esisteva, per altri no, comunque si era molto incentrati come dibattito politico su una condizione più o meno agiata in provincia dal punto di vista etnico. Il problema sociale era sostanzialmente inesistente, perché era una provincia in cui sostanzialmente tutti vivevano in maniera abbastanza positiva. Purtroppo da undecennio a questa parte c'è stato un lento ma inesorabile calo di questa ricchezza ad personam, e sostanzialmente è cresciuto il disagio sociale. Il 26% della popolazione altoatesina vive con soli 1000 euro al mese. Mettiamoci una mano sulla coscienza di cosa vuol dire vivere con soli 1000 euro al mese, magari una famiglia composta da due o tre persone, perché non si fa riferimento alle famiglie monoparentali quando si cita questo dato. C'è un abbassamento della soglia di povertà, c'è una difficoltà di accedere comunque a quelli che possono essere dei beni ormai necessari per quanto riguarda la popolazione, c'è un obbligo quasi di accendere mutui in banca, anche molte volte in attesa dei contributi della Provincia. Parlo per esempio di quello che accadeva fino a qualche anno fa quando l'assegno domiciliare veniva dato ogni due mesi, benché le famiglie dovessero corrispondere un determinato costo una volta al mese. Comunque vi è la necessità purtroppo da parte delle famiglie altoatesine a fare sempre più riferimento agli istituti bancari per poter andare avanti. Si parla di un indebitamento continuo da parte delle famiglie, e si avverte, senza che questa voglia essere una critica distruttiva, una polemica demagogica, che non sempre la Provincia abbia il polso della situazione, cioè che non si comprenda che c'è questo disagio sociale crescente, ma che è molto più incisivo di quanto la Provincia possa riuscire a recepire.

Ecco che allora, così come la Comunità europea ha intenzione di istituire, chiediamo che l'Alto Adige, questa provincia autonoma che può, grazie alla sua autonomia, istituire dei servizi, delle strutture, senza dover sempre aspettare che qualcun altro lo faccia, nella fattispecie proprio lo Stato o la Comunità europea, possa istituire un osservatorio sociale che in qualche maniera tenda a monitorare costantemente lo stato di salute delle famiglie altoatesine, se vi è un peggioramento o un miglioramento della condizione socio-economica della popolazione stessa altoatesina, un osservatorio sociale che dovrebbe appaiarsi a quell'osservatorio sui prezzi che proprio di recente l'assessore all'economia Frick ha dichiarato di voler istituire, che proprio Alleanza Nazionale aveva richiesto qualche mese fa, un osservatorio sui prezzi che monitorasse quali fossero le possibilità economiche delle famiglie e come far fronte a questo.

Se da una parte si crea l'osservatorio sui prezzi, dall'altra parte non si può non creare l'osservatorio sociale, che in qualche maniera è legato all'osservatorio dei prezzi, ma non solo a questo. Osservatorio sociale significa anche monitorare le necessità delle famiglie di fronte a casi sociali che si vivono all'interno delle famiglie, osservatorio sociale che va a colpire problemi di alcoldipendenza se vogliamo, o problemi di disabilità, comunque problemi sociali che non sono legati solo ad una condizione

economica delle famiglie ma ad una condizione anche di vita quotidiana delle famiglie con i numerosi problemi che molte volte si vivono e di cui noi magari siamo poco a conoscenza, ma non perché non ci importa che esistano queste situazioni, ma perché magari siamo distratti da altre situazioni e non riusciamo a cogliere le intere problematiche vissute dalle famiglie.

Allora un osservatorio sociale deve essere capace di monitorare lo squilibrio sociale inteso però in tutta la situazione, in senso economico e sociale. In questo contesto Alleanza Nazionale spera che questo ordine del giorno possa trovare un consenso in quest'aula che possa essere di supporto e sostegno ad una iniziativa che certamente tende a comprendere maggiormente le necessità delle famiglie altoatesine.

DELLO SBARBA (Gruppo Verde-Grüne Fraktion-Grüpa Verda): Il collega Minniti diceva prima che anche noi abbiamo espresso su questo tema sensibilità che non si è mai soffermata, e qui è la differenza, sul tema del disagio etnico, ma che anzi ha cercato di sottolineare che quello che viene venduto come disagio etnico in maniera strumentale, per noi è un disagio sociale. Mi riferisco per esempio alla situazione di Bolzano. E' vero che ci sono dei quartieri popolari che hanno problemi specifici, ma anche per esperienza personale posso dire che se facciamo un'analisi linguistica di questi problemi, ebbene le persone di lingua tedesca che vivono nei quartieri popolari di Bolzano hanno un triplo problema, per cui questa questione del disagio etnico credo vada abbandonata. Spero che questa mozione significhi da parte di Alleanza Nazionale l'abbandono di questo concetto del disagio etnico e invece la considerazione seria delle sacche di disagio sociale, che in questa provincia esistono, anche a causa non solo della politica provinciale, ma in questi ultimi anni soprattutto anche a causa della politica nazionale. Sappiamo bene che la politica economica e fiscale del governo di centrodestra ha portato in Italia ad una forte divaricazione fra ricchi e poveri, per cui i poveri sono sempre più poveri e i ricchi sono sempre più ricchi, e probabilmente questa divaricazione esiste anche in provincia di Bolzano. Certamente c'è una divaricazione anche fra chi partecipa al sistema dell'autonomia perché magari è dipendente provinciale e quindi è in qualche modo coperto dall'autonomia e dalla politica provinciale che in qualche modo ha compensato questa azione sciagurata del governo nazionale, e chi purtroppo vive a Bolzano nelle stesse condizioni di chi vive a Palermo, Firenze, Napoli, pensiamo agli operai dell'industria, a tanti lavoratori che invece sono esposti alla pioggia che cade loro addosso della politica nazionale senza nessuna possibilità di rimedio. C'è quindi un problema sociale che è stato sottolineato ed è bene che la questione delle forme di povertà relativa che emergono anche nella nostra provincia siano attentamente considerate.

Il nostro giudizio potrebbe essere favorevole a questa mozione, ho solo un problema, il fatto di istituire una ulteriore struttura. Per questo chiedo al collega Minniti di aggiungere "oppure dare incarico all'ASTAT di formulare periodicamente, almeno una volta ogni sei mesi, un rapporto sulla situazione sociale di Bolzano". I dati

che Lei cita e che sono presi dagli studi che fa l'Istituto per la Formazione dei lavoratori, sono dati che già circolano. Noi abbiamo l'Astat che risponde a delle precise indicazioni di programma che gli dà la Giunta provinciale, quindi oltre ad istituire un osservatorio sociale mi parrebbe sensato dare, come alternativa, la possibilità attraverso il programma annuale che la Giunta provinciale assegna all'Astat, l'incarico di fare regolarmente un rapporto sulla condizione sociale, anche leggendo in maniera critica tutti i dati che l'AFI-PL o la Camera di Commercio emettono. Non ho dubbi sulla sostanza della Sua proposta, collega Minniti, ma li ho nell'istituire un qualcosa di aggiuntivo, mentre invece farei lavorare le istituzioni che ci sono già. Teniamo conto che aspettiamo dalla Giunta provinciale l'aggiornamento del piano sociale, assessore, e questo lavoro dell'Astat potrebbe essere un supporto positivo.

Chiedo, se il collega Minniti è d'accordo, di inserire questa piccola aggiunta che ci dà la possibilità o di istituire l'osservatorio o di far lavorare come osservatorio sociale un'istituzione come l'Astat che abbiamo già a disposizione.

KLOTZ (UFS): Mit einigen Aussagen dieses Antrages könnte ich auch einverstanden sein, wenn es beispielsweise heißt: *"Wir glauben nämlich, dass es nicht mehr angeht, sich selbst zu beweihräuchern und auf die niedrige Arbeitslosenrate in unserem Lande zu verweisen, als ob diese real wäre und den Wohlstand bzw. das Wohlergehen der Südtiroler beweisen würde."* Was die Einrichtung einer solchen Beobachtungsstelle anbelangt, was ja die eigentliche Forderung des beschließenden Teils ist, hätte ich die Frage, ob wir im Landtag nicht schon einen diesbezüglichen Beschluss gefasst haben. Wir haben mehrmals darüber gesprochen. Ich weiß nicht mehr genau, zu welchem Ergebnis wir gekommen sind. Das wird man uns hoffentlich mitteilen. Eines ist, das soziale Ungleichgewicht aufzuzeichnen, man muss aber in Bezug auf das Auftreten neuer Arbeitsformen ein bisschen tiefer schürfen und genauere Analysen anstellen.

Dieser Beschlussantrag steht unter einem ganz üblen Vorzeichen. Man stellt das sogenannte soziale Unbehagen, das es immer geben wird und in jeder Gesellschaftsform vorhanden ist, unter den Keil bzw. unter die Drohkelle des ethnischen Unbehagens. Das wertet den gesamten Antrag ab. Bereits im ersten Satz spricht man vom ethnischen Unbehagen. Dazu möchte ich Folgendes sagen. Kollege Minniti, du brauchst mir darauf nicht zu antworten. Warum entsteht ein sogenanntes ethnisches Unbehagen? Du sollst wissen, dass es nicht nur auf italienischer Seite, sondern auch auf deutscher Seite ein ethnisches Unbehagen gibt, ganz besonders in der Gemeinde Bozen. Ich möchte dir einmal erklären, worin das ethnische Unbehagen liegt. Ihr sagt euren Leuten nicht, welches die Geschichte und die Realität dieses Landes ist. Viele Italiener, die zu uns kommen, sind der Meinung, dass wir uns hier in Italien befinden und allesamt Italiener sind. Man sagt ihnen somit nicht die Wahrheit. Solange ihr euch nicht bemüht, die Identität dieses Landes ernst zu nehmen und den Leuten zu sagen, dass die von Alters her Angesiedelten andere Wurzeln, eine andere Kultur, andere

Bräuche sowie eine andere Mentalität haben, solange wird es dieses Unbehagen geben. Die meisten wissen nicht, dass wir keine Italiener sind. Darin liegt wenschon das Unbehagen. Wenn ihr dies euren Leuten erklärt, wird es dieses Unbehagen nicht mehr geben. Ihr müsst ihnen dabei helfen, diese gemeinsamen Wurzeln bzw. diese Identität und Geschichte aufzunehmen und zu vertiefen. Dann werden sie dieses Land auch gerne haben und nicht indem man ihnen ständig sagt, dass die Deutschen alles haben. Ihr müsst ihnen die Wahrheit sagen! Dann wird es dieses ethnische Unbehagen nicht mehr geben. Solange man sie im Glauben lässt, dass Laste basse, Spelonca und die vielen anderen Falschnamen die eigentlichen Namen sind, solange werden sie natürlich denken, dass sich hier ein rückständiger Teil von irgendwelchen Barbaren dagegen wehrt, der großen italienischen Nation anzugehören. Dieses Unbehagen habe ich in vielen Teilen - nicht überall - erlebt, wie auch in diesem Wahlkampf!

MINNITI (AN): La collega Klotz è troppo intelligente per dire quello che ha detto senza averci pensato, però mi dispiace, collega Klotz, perché Lei ha buttato un problema reale come il disagio sociale sul piano etnico. E questo è un errore enorme.

Quando parliamo di disagio etnico, quale Alleanza Nazionale ha sempre denunciato esistere, facciamo riferimento ad una situazione che si viveva e forse si vive ancora in Alto Adige, chi da parte italiana, chi da parte di lingua tedesca, e non ho scritto che non esista un disagio etnico di lingua tedesca. Ho scritto che ad una situazione di disagio etnico che questa provincia viveva e magari vive, si associa un'altra forma di disagio, che è quello sociale, che abbraccia comunque tutti i gruppi linguistici di questa provincia. Ora che Lei voglia in qualche maniera porre problemi sociali che colpiscono tutti come se fossero problemi etnici, è un errore. Mi permetta, proprio perché ho imparato anche a stimaLa ed apprezzarla in questi 15 anni in quest'aula, ma su questo mi permetta di non poter accettare lezioni di moralità da un partito di destra più o meno estrema, che proprio di recente ha permesso le elezioni di un sindaco di centrosinistra a Bolzano. Ognuno al suo posto, ognuno si curi il proprio orticello, ma soprattutto si parli dei temi fondanti di una mozione. A un disagio etnico che in questa provincia si vive, anche se è molto intimo, e che può vivere una parte della popolazione di lingua tedesca per parte sua, così come vive certamente una parte della popolazione di lingua italiana per parte sua, a questo disagio etnico che tutti sappiamo in qualche maniera esistere nel proprio intimo sentimento di ognuno di noi, e i sentimenti intimi sono difficilmente pesabili, si è aggiunto un disagio sociale che sicuramente colpisce tutti i gruppi linguistici in Alto Adige. Sono concorde con quello che diceva il collega Dello Sbarba prima e con l'emendamento che ha proposto e che accolgo, laddove si dice che è necessario che questo osservatorio sociale che noi chiediamo di istituire, magari anche attraverso la soluzione indicata dal collega Dello Sbarba, comunque venga creato, proprio perché il disagio sociale colpisce tante categorie di persone, e non un gruppo linguistico solo, tutti i gruppi linguistici, anche il gruppo ladino se vogliamo. Poi se vogliamo metterci a discernere su chi viene più o meno colpito, è

un altro discorso, ma non faremmo un bel servizio alla popolazione altoatesina. Importante è che si riconosca e si continui a monitorare il disagio sociale che vive ogni gruppo linguistico in virtù del fatto che vi sia una minore "ricchezza" in questa provincia o che comunque la ricchezza che c'è in questa provincia venga in qualche maniera depauperata.

Certamente non posso accettare dal collega Dello Sbarba le affermazioni che ha fatto additando il governo nazionale come responsabile della situazione altoatesina. Questo è l'unico governo che ha alzato ad un milione di vecchie lire un milione e ottocento mila pensioni, cosa che non ha mai fatto nessun governo di centrosinistra, anche quando i Verdi lo sostenevano. Questo è l'unico governo che ha abbassato le tasse, e magari in virtù di questo arrivano meno soldi all'Alto Adige e quindi nel bilancio, questo è l'unico governo che ha aumentato gli assegni familiari alle famiglie negli ultimi dieci anni. Che si venga a dire che sostanzialmente questo è il governo che ha impoverito la popolazione nazionale, mi sembra poco consistente come base. Si stava molto peggio prima, e lo sa benissimo. Questo è un governo che ha dato più responsabilità alle amministrazioni locali di imparare a gestire soldi, perché è stato troppo comodo fino adesso che si facesse, come mi suggerisce la collega Biancofiore, fare i dipendenti dello Stato, urlare "Roma ladrona", però non essere capaci di gestire i soldi localmente, che vengono sperperati a destra e sinistra.

Quindi un osservatorio sociale è necessario. Se non vogliamo istituire una struttura ex novo, affidiamo all'Astat questo compito, però qualcosa deve essere fatto tenendo sotto costante monitoraggio, sotto tutti gli aspetti sociali ed economici, le famiglie altoatesine.

SEPMI (Unitalia - Movimento Iniziativa Sociale): Condivido lo spirito di questo ordine del giorno e capisco che si sta rivolgendo ad un problema che sul territorio esiste, che è trasversale ai gruppi etnici, ma che riguarda più o meno un gruppo etnico o l'altro a seconda della zona, del comune, della situazione. Difatti la collega Klotz diceva giustamente "specialmente nel comune di Bolzano". Se è vero che esiste questo tipo di problematica anche per il gruppo tedesco, è altrettanto vero che per esempio per quattro o cinque italiani che abitano a Silandro il problema potrebbe essere il contrario.

Non sono d'accordo con l'impegno, condividendone lo spirito, perché dobbiamo smetterla di seguire quell'area concettuale burocratica di istituire osservatori sociali, di istituire l'osservatorio prezzi. Non serve questi osservatori perché le realtà le conosciamo, e se dobbiamo risolvere i problemi dobbiamo prendere in mano la problematica riconoscendo le sue sfaccettature e andando a cercare quali sono le ragioni di questi problemi. Non serve osservare il problema, ma risolverlo. E non è creando osservatori che si risolve. Mi sembra un atto di burocratizzazione ulteriore andare a ricercare le ragioni dei problemi dal momento che le conosciamo benissimo. Gli osservatori prezzi che sono stati realizzati, servivano a fare cosa? Servivano solo per dire

quanto è aumentato il costo della vita, servivano solo per dire che noi abbiamo la frutta e la verdura più cara del resto d'Italia, ma alla fine gli osservatori non sono in grado di agire sulle ragioni che provocano nel caso specifico disagio sociale, ma sono solamente in grado di monitorarle. Ma il monitoraggio lo abbiamo. Ci sono in Alto Adige famiglie che sono sempre di più al livello di povertà! Le ragioni dove stanno? Nella mancanza di un osservatorio? Nella mancanza di monitoraggio? No, le questioni stanno in una mancanza di giustizia sociale che non è un problema etnico, ma di giustizia. Finché noi non avremo rispetto per la gente che lavora, fino a quando continueremo a dare 1000 euro di pensione ad operai che lavorano 40 anni alle Acciaierie, alla Lancia o nei cantieri e diamo 1.400 euro a famiglie di persone che nella vita non hanno mai fatto nulla, solamente hanno tre o quattro figli che vanno a scuola, effettivamente il disagio sociale ci sarà sempre, perché c'è il disagio sociale dovuto all'ingiustizia sociale. Noi altoatesini, a prescindere dal fatto che siamo italiani, tedeschi o ladini, siamo un popolo capace, e lo abbiamo dimostrato nei secoli, di fare qualsiasi sacrificio se la situazione ce lo impone. Ma non siamo in grado di condividere sacrifici quando esiste l'ingiustizia sociale. Giustizia sociale significa rispetto per i pensionati, garantire un livello di vita dignitosa agli operai, alla gente che lavora, non garantire coloro che non lavorano, che non fanno nulla da una vita, non garantire sussistenza a coloro che non meritano nulla dalla società. Fino a quando noi avremo un livello di assistenzialismo alle stelle come oggi e un livello di sociale bassissimo nei confronti delle classi sociali meno abbienti che però rispettano i loro doveri, avremo un livello di ingiustizia sociale che porterà comunque al disagio sociale, che è un concetto psicologico oltre che materiale. Tutti siamo disposti a fare un passo indietro, a rinunciare a qualcosa, ma non possiamo chiedere al pensionato di fare rinunce dal momento che fa fatica a pagarsi il bollo della lambretta o della vespa e vede gli zingari che girano con le Maserati quando non hanno fatto nulla tutta la vita. Questo è il disagio sociale, l'ingiustizia sociale non è un problema legato ad un monitoraggio o ad un osservatorio, è un problema legato all'ingiustizia che deve essere finalmente applicata, che devono costringerci a fare una condizione sociale a coloro che la meritano, eliminando una assistenza a coloro che non hanno nessun tipo di credito per ottenerla.

Lo spirito di questo documento è sicuramente valido, e mi sia consentito di fare un'osservazione alla collega Klotz. Lei dice che gli italiani che arrivano in Alto Adige per lavorare hanno l'opinione di essere in Italia. Così è stato tradotto. Ritengo che il fatto che l'Alto Adige sia in Italia non sia un'opinione, ma una realtà geografica, topografica e politica. Poi se Lei è dell'opinione, con un passaporto italiano, di essere in Austria, questo è un problema Suo, ma non può biasimare chi viene in Alto Adige e ha l'opinione di essere in Italia! Lei è dell'opinione di essere in Austria, e forse sarebbe meglio che andasse a vedersi la cartina geografica. Me lo consenta proprio a livello di amicizia!

PRÄSIDENTIN: Abgeordnete Klotz, Sie haben das Wort in persönlicher Angelegenheit, bitte.

KLOTZ (UFS): In doppelter persönlicher Angelegenheit, zum einen, was die Aussagen Minniti anbelangt, und zum anderen, was die Interpretation von Donato Seppi betrifft! Ich bin nicht blöd und kann schon zwischen der Zugehörigkeit zu einem Staat und der Zugehörigkeit zu einem Volk unterscheiden. Aber bleiben wir bei der Intervention des Kollegen Minniti. Ich kann natürlich verstehen, dass er nicht erfreut darüber ist, wie die Wahlen ausgegangen sind. Aber Schluss mit dieser Bemerkung! Er bezeichnet die Union für Südtirol als "partito più o meno di destra, anche di estrema destra". Kollege Minniti, ich möchte das nicht mehr hören! Die Union für Südtirol bezeichnet sich nicht als rechts gerichtete oder Rechts-Partei und schon gar nicht als extreme Rechts-Partei. Ich will dir erklären, weshalb dies nicht der Fall ist. Ich ersuche alle, diese Begriffe endlich klar zu sehen. Was heißt "rechts" und was heißt "links"? "Rechts" bedeutet soviel Staat als möglich und Zentralismus. Wir sind überzeugte Föderalisten. Im Gegenteil dazu wollen wir so wenig Staat als möglich und nur so viel Zentralismus wie unbedingt notwendig ist. Das sind die wesentlichen Unterschiede zwischen "rechts" und "links". Es gibt dann noch eine ganze Reihe von Eigenschaften, die uns unterscheiden. Deshalb ist die Union für Südtirol keine Partei der Rechten, auch nicht der deutschen Rechten und schon gar keine rechtsextreme Partei.

Zur Aussage von Donato Seppi möchte ich Folgendes sagen. Der sogenannte "disagio" kommt auch daher, dass viele Leute nach Südtirol kommen und der Meinung sind: "Siamo in Italia", und deswegen müssten sich alle als Italiener fühlen. Das stimmt nicht. Ich bin weder Italienerin noch "Altoatesina", sondern ich bin eine Südtirolerin! In den Begriffen liegen die ersten Unterschiede, so wie hier manche "rechts" und "links" nicht mehr unterscheiden können. Viele wissen anscheinend nicht, welches die Merkmale der sogenannten Rechten sind. Viele, die sich als "links" bezeichnen, Kollege Minniti, sind auch Zentralisten und haben mit dem Föderalismus nichts am Hut. Das sind Tatsachen! Hier verwischen sich oft die Begriffe. Deswegen, Donato Seppi, diese Haltung "siamo in Italia e qui si parla italiano" ...

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): Non centra niente.

KLOTZ (UFS): Wenn du es anders aufgefasst hast, dann weißt du jetzt, wie ich es gemeint habe!

PRÄSIDENTIN: Wir müssen die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes einen Augenblick aussetzen, da ein Änderungsantrag eingebracht wurde, der momentan noch übersetzt wird. Wir fahren mit der Behandlung der Tagesordnungen fort. Abgeordnete Minniti, bitte.

MINNITI (AN): Sull'ordine dei lavori. Sapete che Alleanza Nazionale sulla materia dell'azienda sanitaria unica ne ha fatto un proprio cavallo di battaglia. Ormai da almeno il 2000 sosteniamo, e in passato quando in quest'aula sedeva il collega Montali lo avevamo già ripreso come concetto, la necessità che ci sia un'unica azienda sanitaria sul territorio altoatesino, questo per risparmiare soldi ma anche perché un'organizzazione siffatta è migliore di un'organizzazione distribuita su quattro aziende sanitarie.

Sappiamo che questa nostra idea è stata in qualche maniera recepita dall'assessore. A dire la verità stiamo ancora attendendo un quadro programmatico preciso di questa struttura, perché abbiamo letto sui giornali il fatto che l'assessore concorda nel fare un'azienda sanitaria unica, ma sostanzialmente non abbiamo capito come intende organizzare. Quindi ritiriamo l'ordine del giorno e speriamo che almeno prima del bilancio che verrà discusso a dicembre l'assessore possa spiegare come intende organizzare l'azienda sanitaria unica e in quella sede, se non viene fornita nessuna spiegazione in proposito, ripresenteremo questo ordine del giorno.

PRÄSIDENTIN: Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 4 ist somit zurückgezogen.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 5 vom 10.10.2005, eingebracht von den Abgeordneten Minniti, Holzmann und Urzì, betreffend das Familienpaket.

Ordine del giorno n. 5 del 10.10.2005, presentato dai consiglieri Minniti, Holzmann e Urzì, concernente il pacchetto famiglia.

Familienpaket

In den vergangenen Monaten war viel von einem Beitrag von 80 Euro für Familien mit Kindern bis zu 3 Jahren die Rede. Infolge der in diesem Zusammenhang entstandenen Polemiken hat die Landesregierung eine Einkommenshöchstgrenze von 80.000 Euro eingeführt: Wer mehr verdient, bekommt das Kindergeld nicht. Aufgrund der Tatsache, dass im Wesentlichen alle Familien denselben Beitrag erhalten, sind die bedürftigen Familien de facto weiterhin auf einschneidendere Maßnahmen angewiesen, während die wohlhabenderen in den Genuss von Beiträgen gelangen, die sie nicht wirklich brauchen. Wir sind weiterhin der Meinung, dass die Landesregierung zudem Maßnahmen vorsehen müsste, die nach Einkommen gestaffelt sind. Verschiedene Einkommensstufen müssen ausfindig gemacht und festgelegt werden, um eine ausgewogene und den Bedürfnissen der Familien gerecht werdende Verteilung der Beiträge zu gewährleisten.

Dies vorausgeschickt,

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung,

dafür zu sorgen, dass die Zuweisung der oben beschriebenen Beiträge je nach Einkommen der Familien erfolgt, indem eine Staffelung vorgesehen wird und folglich unterschiedlich hohe Beiträge zugewiesen werden.

Pacchetto famiglia

Negli ultimi mesi si è a lungo parlato di un contributo, pari a 80 euro, per le famiglie con prole fino a tre anni. Sulla base di alcune polemiche emerse in merito la Giunta provinciale ha previsto di inserire un tetto di 80 mila euro come limite per accedere ai contributi previsti. Così facendo, disponendo sostanzialmente un medesimo contributo per tutti, di fatto le famiglie bisognose continueranno a necessitare di interventi più sostanziosi e quelle con maggiori possibilità beneficeranno di contributi non necessari. Ribadiamo la nostra convinzione che la Giunta preveda altresì interventi scaglionati sulla base di fasce di reddito che devono essere individuate e indicate in maniera che il provvedimento possa essere equilibrato e riesca a rispondere alle necessità delle famiglie.

Ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

impegna

la Giunta provinciale

a prevedere che i contributi di cui sopra vengano assegnati in base al reddito delle famiglie, prevedendo degli scaglioni e quindi differenziando l'entità del contributo.

Abgeordneter Minniti, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

MINNITI (AN): Anche questo è un tema molto caro ad Alleanza Nazionale. Lo abbiamo sollevato in più occasioni, ma soprattutto quando qualche mese fa, nel dicembre dell'anno scorso, è stato istituito il cosiddetto "pacchetto famiglia" volto a sostenere economicamente le famiglie, laddove ci siano dei bambini fino a tre anni di età, con 80 euro. Abbiamo espresso le nostre perplessità verso questa che è una forma di assistenzialismo di un concetto di sinistra, perché il sostegno alle famiglie viene visto come aiuto economico, invece il sostegno di cui necessitano le famiglie non è solo economico ma anche strutturale. Allora il sostegno alle famiglie è un concetto molto più ampio che non il vero e proprio assistenzialismo che si concentra nel contributo economico che viene assegnato alla famiglia. Fra il resto con l'assistenzialismo non si permette alla famiglia di elevarsi maggiormente, ma di poter continuare a sopravvivere, laddove ci sono delle difficoltà, con il sostegno invece si dà la possibilità di migliorare anche dal punto di vista psicologico e non solo materiale la propria esistenza.

Chiarito questo, abbiamo avuto perplessità quando si discuteva del pacchetto famiglia proprio perché il pacchetto famiglia è certamente positivo sotto certi aspetti, ma è una forma di assistenzialismo. Non è positivo quando il contributo di 80 euro si assegna a tutte le famiglie indistintamente dal reddito, purché non superiore agli 80 mila euro, perché sostanzialmente mettiamo sullo stesso piano famiglie che hanno un

reddito di 79.999 euro a famiglie che hanno un reddito di 10 mila euro. Dal nostro punto di vista la famiglia con 10 mila euro forse ha qualche necessità in più della famiglia che ne ha 79.999, che deve essere sostenuta. Forse la famiglia che ha 79 mila euro di reddito ha qualche necessità in meno. Già allora chiedevamo che si prevedesse che i contributi che vengono assegnati attraverso il pacchetto famiglia vengano assegnati in base al reddito, scaglionando il contributo, dando qualcosa di più alle famiglie con un reddito più basso, poi man mano che il reddito sale il contributo diminuisce, perché allora si ha un intervento equo nei confronti delle necessità delle famiglie. Diversamente diventa un intervento iniquo.

Crediamo che una vera giustizia sociale debba tener conto, laddove si prevedono interventi di tipo sociale di queste fondamenta, perché altrimenti mettiamo sullo stesso piano famiglie che hanno più esigenze con famiglie che ne hanno meno e creiamo una discriminante per queste ultime che diversamente magari hanno un desiderio di risposta decisamente maggiore.

Alleanza Nazionale con questo ordine del giorno nel riproporre una sua convinzione espressa in diverse occasioni, spera che l'aula voglia mettersi una mano sulla coscienza, soprattutto creare un intervento di reale giustizia sociale.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Ich möchte keine theoretische Diskussion über den "assistenzialismo" führen oder darüber, was typisch "links" und typisch "rechts" an diesem Verhalten ist. Das ist nicht der richtige Ort, um diese Diskussion zu führen. Unabhängig davon, wie uns Kollege Minniti ideologisch einstuft, möchte ich ihn daran erinnern, dass wir als Grüne stets gegen die Gewährung dieser 80 Euro gewesen sind. Wir haben ganz klar gefordert, dass die Region Familien in Not unterstützen soll. Dies soll selbstverständlich nach sozialen Kriterien geschehen, die absolut im Vordergrund stehen sollen. Nicht die Anzahl der Kinder soll entscheiden. Deshalb erklären wir uns mit dem regionalen Familienpaket nicht einverstanden. Es ist ein Nonsens, zu sagen, dass wir Familien erst ab dem zweiten Kind finanzieren und damit all jene Familien, die nur ein Kind haben, auch wenn sie am Hungertuch nagen, auslassen. Dies zum Ersten! Die Region sollte also in erster Linie finanzielle Zuwendungen nach sozialer Bedürftigkeit gewähren. Das Land Südtirol hätte die zur Verfügung stehenden Gelder besser in Strukturen für die Familien investieren sollen. Das war stets unsere Meinung und ist es auch heute noch. Es ist ein Nonsens, eine Doppelgleisigkeit von Region und Land vorzusehen. Laut der Regelung in der Region besteht das große Defizit, dass das erste Kind durch den Rost fällt. Auf Landesebene sieht man einen Bagatellebeitrag von 80 Euro vor, was wirklich lächerlich ist. Es ist lächerlich, reichen Familien 80 Euro zu gewähren, wie es ebenso lächerlich ist, armen Familien einen Beitrag von 80 Euro zu geben. Man macht es hier niemandem Recht. Es ist eine Geldverschwendungsmaschinerie, die niemandem nützt. Deshalb stimmen wir gegen diesen Antrag. Die Situation wird nicht besser, wenn man es sozial staffelt und weiß Gott wie viel Bürokratie schafft. Es ist eine Art der Bei-

tragskultur, die absolut keine Treffsicherheit hat, und zwar sowohl in Bezug auf das Soziale als auch in Bezug auf eine effektive Unterstützung der Familien, die Strukturen tatsächlich viel notwendiger bräuchten. Das beweisen - verfolgen Sie vielleicht die Diskussion in Deutschland dazu - eine ganze Reihe von Studien, die durchgeführt wurden. Wenn Mann und Frau berufstätig sind, brauchen sie in erster Linie Strukturen für die Kinderbetreuung. Wenn sie dann ihrer Arbeit gesichert nachgehen können, sind sie ohne weiteres imstande, auf solche soziale Geschenke, die im Grunde genommen nichts anderes als Klientelbetreuung sind, zu verzichten.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Frau Präsident! Wir sehen das natürlich grundsätzlich anders. Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen. Hier scheiden sich die verschiedenen Ansichten zur Familienpolitik grundsätzlich. Wenn man vom Familienpaket spricht, muss man mit einem Auge auch auf die Region schauen, weil man das Familienpaket irgendwo als Gesamtes sehen muss. Bei diesem Betrag von 80 Euro, von dem Kollege Minniti soeben gesprochen hat, geht es um das sogenannte Kindergeld. Wir werden in Zukunft dafür kämpfen, dass dieser Betrag erhöht wird. Dabei sollte man nicht zusätzliche Bürokratie schaffen. Man muss es als familienpolitische Leistung und nicht als soziale Maßnahme sehen. Ich kann das nur noch einmal unterstreichen. Das Kindergeld muss - wenn es einen Sinn haben soll - eine familienpolitische Leistung sein und nicht eine soziale, wie es beispielsweise das regionale Kindergeld ist. Deshalb appellieren wir, von jeglichen Einkommensgrenzen abzusehen und einen Beitrag pro Kind als familienpolitische Leistung zu zahlen. Ein Kind ist ein Kind! Die Entscheidungsfreiheit bei den Familien, vor allem bei den Frauen, die die Hauptlast zu tragen haben, soll gegeben sein. Sie sollen die freie Wahl haben und man darf nicht das Kindergeld gegen die Finanzierung von Einrichtungen aufrechnen. Ich weiß, dass bestimmte politische Gruppierungen vor allem für die Schaffung neuer Einrichtungen sind. Wir wissen allerdings, dass die Mehrheit der Südtiroler Familien wenig Geld hat und es sich nicht leisten kann, dass ein Elternteil bei den Kindern bleibt. Sie würden es gerne tun. Es sind entsprechende Daten vorhanden, die dies untermauern. Deshalb ist es unserer Ansicht nach sinnvoller, das Geld in diesem Bereich aufzustocken.

Ich gebe Ihnen natürlich Recht, wenn Sie sagen, dass es sozialpolitisch eigentlich ein Frevel ist, dass man alleinerziehende Mütter, vor allem auch ledige Mütter, mit nur einem Kind beim regionalen Familiengeld durch den Rost fallen lässt. Das ist natürlich nicht Inhalt dieses Themas, aber als Gesamtes muss man es schon erwähnen. Hier ist in Absprache mit der Region einiges nachzubessern. Man muss natürlich auch zur Kenntnis nehmen, wenn Familien Geld vom Land und von der Region bekommen. Man sollte hier die Gesamtsumme in Betracht ziehen. Folglich ist eine bessere Koordination zwischen Land und Region vorzunehmen. Aber das Kindergeld als solches darf unserer Meinung nach nicht mit zusätzlichen Hürden belastet werden, indem man neue Kategorien, Einkommensgrenzen und dergleichen Dinge mehr vor-

sieht. Schlussendlich macht die Bürokratie mehr aus als das Geld selber. Ich würde sogar vorschlagen, dass automatisch ein Beitrag ausbezahlt wird, wenn in Südtirol ein Kind auf die Welt kommt. Man müsste darüber nachdenken - das werden wir auch mittels Beschlussantrag fordern -, dass man eine bestimmte Zeit in Südtirol leben muss, um diese sozialen Leistungen in Anspruch zu nehmen. Ansonsten wissen wir, in welche Richtung der Hauptteil dieses Geldes fließen würde!

SEPM (Unitalia - Movimento Iniziativa Sociale): Ho sempre pensato che 80 euro per figlio non sono sicuramente ragione per avere dei figli. Di conseguenza un gesto elargitivo di questo tipo che pesa per numero degli interventi sulle casse pubbliche e non provoca all'interno delle famiglie una grossa ragione economica per risolvere i problemi che possono avere, ritengo sia stato solo una scelta clientelare che va a creare delle ragioni del tutto discutibili, come per esempio discutibili possono essere determinate decisioni che prevedono, come a livello di governo, di dare 1000 euro per figlio. Nessuno fa un figlio per avere 1000 euro, certamente è meglio un governo che dà 1000 euro che uno che non dà nulla, però non sono considerabili né questi né quelli dei concetti sui quali fondare una ragione per incrementare il numero dei figli.

Non sono assolutamente d'accordo, e vorrei sollevare in questa sede questo fatto, che le contribuzioni e le elargizioni pubbliche debbano essere fondate su una ragione di capacità economiche di chi le deve ricevere. Penso che se un cittadino guadagna 1 miliardo di vecchie lire all'anno, paga circa 600 milioni di Irpef, se un cittadino guadagna 30 milioni l'anno perché fa l'operaio, ne paga 5 o 6 milioni di Irpef. Tutti e due hanno pagato in base al loro reddito, quindi davanti all'ente pubblico sono nelle condizioni di pretendere le stesse cose. Penso sia una strisciante mentalità sinistroidale quello di pensare che quando uno ha pagato l'Irpef proporzionalmente al suo reddito, non debba poi avere la possibilità di attingere a ciò che è sociale nello stesso identico modo, perché ha pareggiato i conti. Perché allora chi ha guadagnato un miliardo deve continuare a pagare di più? Perché non ha il diritto alla borsa di studio per i figli? Perché deve pagare il ticket? Perché non ha diritto a particolari sconti? Perché la retta all'asilo nido la deve pagare in base al reddito e non in funzione al fatto che avendo pareggiato con l'Irpef ogni conto con tutto il resto dei cittadini, a quel punto ha diritto ad avere le stesse cose degli altri? Su questo non riesco più a comprendere quali ragioni, se non una mentalità sinistroidale, ci siano perché uno che guadagna di più e ha pagato più tasse, debba continuare a pagare di più. I suoi conti li ha pareggiati. Questo sistema proporzionale al reddito in ogni situazione sociale è una condizione tipica di paesi che hanno una certa mentalità. In America non esiste, e forse nemmeno in Germania, né in Svizzera, un modo di ragionare in questi termini. Penso che un cittadino debba provvedere a pagare le tasse in base al proprio reddito, e lo fa addirittura con degli scaglioni Irpef che non sono nemmeno direttamente proporzionali al reddito, ma aumentano proporzionalmente al reddito in maniera del tutto esponenziale. Di conseguenza nel momento in cui uno ha pagato ciò che deve, non ho capito perché debba avere

meno diritti. Se poi addirittura, entrando anche nella perversa logica che non accetto più, si arriva al punto di dire che l'assegno si prende fino ad un reddito di 80 mila euro - sono 160 milioni del vecchio conio - penso che chi guadagna questa cifra non abbia bisogno di 80 euro al mese per mantenere i figli! Quindi come dice la collega Kury, gli 80 euro a chi è povero non servono a niente e a chi è ricco non servono ancora niente, per due ragioni opposte ma che alla fine si ricongiungono in una logica del tutto inaccettabile. Ecco che questi 80 euro elargiti a chi ha dei figli sono solo un contentino clientelare per poter forse attingere e ottenere chissà quali favori dal punto di vista politico. Ritengo che siano delle condizioni del tutto inaccettabili, quindi sono contrario ad un atteggiamento di questo tipo.

THEINER (Landesrat für Gesundheit und Sozialwesen – SVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns in den vergangenen Monaten sehr oft über das Thema Familienförderung unterhalten und natürlich auch über die Für und Wider von Dienstleistungen, Strukturen und Geldleistungen zugunsten der Familien gesprochen. Insgesamt wurde hier ein Paket geschnürt, das ausgewogen ist. Auf der einen Seite sieht es eine ganze Reihe von Diensten für Familien, aber auch Beratungsleistungen für Familien vor, und auf der anderen Seite werden entsprechende Geldleistungen gewährt. Hier möchte ich - Frau Kollegin Kury hat dies richtigerweise erwähnt - zwischen familienpolitischen und sozialpolitischen Maßnahmen unterscheiden. Was wir in der Region gemacht haben, waren ganz klar sozialpolitische Maßnahmen, bei denen Einkommen und Vermögen mitberechnet werden. Auf der anderen Seite möchte ich erwähnen, dass die Leistungen des Landes nicht alle in Geld aufgehen. Ich möchte an diesem Punkt das Stichwort "Kinderbetreuung" nennen, wobei diese sowohl für Kleinkinder als auch als Nachmittagsbetreuung gilt und sehr viele Geldmittel an diese Einrichtung gebunden werden. Einerseits finden die Maßnahmen von Ihrer Seite Unterstützung, andererseits werden sie wieder kritisiert. Insgesamt gesehen haben wir ein Maßnahmenpaket beschlossen, das ausgewogen ist und eine Zielrichtung aufweist.

Nun zum Beitrag von 80 Euro, der pro Monat bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes ausbezahlt werden soll. Diese Forderung ermöglicht eine einheitliche Anerkennung von Erziehungsarbeit und von entsprechenden Aufwendungen. Herr Minniti, es geht hier um dieselbe Logik wie bei den von der staatlichen Regierung eingeführten 1.000 Euro bei der Geburt eines Kindes. Letzteres steht den Familien, unabhängig davon, wie hoch Einkommen und Vermögen sind, zu.

Im Übrigen möchte ich etwas zur angesprochenen besseren Koordinierung zwischen Region und Land sagen. Ich möchte darauf hinweisen, dass in Südtirol sehr viel gemacht wurde. Die Südtiroler Familien haben bereits seit August dieses Jahres die Möglichkeit, die Geldleistungen zu beziehen, während es im Trentino noch keinen Cent gibt. Immerhin erhalten jetzt schon über 20.000 Familien monatlich diesen Beitrag. Hier ist sehr viel umgesetzt worden. Die Koordinierung ist in diesem Zusammen-

hang von der zuständigen Abteilung bzw. vom zuständigen Amt in mustergültiger Art und Weise über die Bühne gebracht worden.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 5 ab: mit 5 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Wir fahren mit der Behandlung des vorher ausgesetzten Beschlussantrages Nr. 3 fort. Ich verlese den von den Abgeordneten Dello Sbarba und Minniti eingebrachten Änderungsantrag: "Der beschließende Teil wird folgendermaßen ersetzt: 'eine soziale Beobachtungsstelle ins Leben zu rufen oder das ASTAT zu beauftragen, jährlich einen Bericht über die soziale Situation in der Provinz Bozen zu verfassen, um nicht nur das soziale Ungleichgewicht in Südtirol aufzuzeichnen und in der Folge den Reichtum in unserem Land wieder auszugleichen, sondern auch um dem Auftreten neuer Armutsformen in Südtirol bzw. deren Umsichgreifen vorzubeugen.'"

"La parte deliberativa è così sostituita: 'a istituire un osservatorio sociale o dare incarico all'ASTAT di elaborare annualmente un rapporto sulla situazione sociale in provincia di Bolzano per non solo monitorare lo squilibrio sociale altoatesino e quindi riequilibrare la ricchezza in Alto Adige ma anche prevenire l'insorgenza o l'incremento di nuove sacche di povertà nella nostra provincia.'"

Abgeordneter Dello Sbarba, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

DELLO SBARBA (Gruppo Verde-Grüne Fraktion-Grüpa Verda): Questo emendamento che abbiamo concordato sottolinea la necessità di una relazione sulla situazione sociale in provincia di Bolzano, dà delle finalità rispetto alla questione della povertà relativa e le sacche di povertà e apre la possibilità che questo incarico non veda la costituzione di un nuovo istituto ma che possa essere dato dalla Giunta provinciale all'Astat che del resto fa numerose pubblicazioni e che potrebbe pubblicare una volta all'anno un rapporto organico su questo argomento.

Sentendo il dibattito che si è sviluppato nella prima parte dell'ordine del giorno, il collega ha voluto inserire delle frasi non fortunate che suonano anche un po' come propaganda di partito. Per questo motivo, già che per noi il termine "disagio etnico" è fuorviante, chiederemo la votazione separata delle due parti.

SEPPI (Unitalia - Movimento Iniziativa Sociale): Vorrei capire, caro collega Dello Sbarba, primo firmatario di questo documento, Lei che conosce molto bene la lingua italiana, molto meglio di me dato che è giornalista, quale intendimento c'è se non quello di un'alta demagogia quando scrive: "... per non solo monitorare lo squilibrio sociale altoatesino e quindi riequilibrare la ricchezza in Alto Adige ...". Cioè Lei pensa che un osservatorio sociale, che non so su quali basi possa essere creato, comunque tralascio, possa riequilibrare la ricchezza in Alto Adige? Mi rifiuto addirittura di pensarlo un voto su un documento di questo tipo, perché se bastasse fare un osservatorio sociale per riequilibrare la ricchezza fra i popoli, avremmo risolto i problemi

della giustizia a livello mondiale! Qua ci troviamo di fronte ad un paradosso di tale portata, caro collega Dello Sbarba, e Minniti pure, che ritengo meriti non solo un sub emendamento, ma addirittura il ritiro del documento! Siamo veramente nelle condizioni di pura demagogia allo stato puro, esplosivo. Non si possono scrivere fregnacce, consentitemi senza offesa, politicamente, di questo tipo. Un osservatorio sociale che riesce a riequilibrare la ricchezza in Alto Adige! Lo potremmo esportare in Etiopia e in Senegal e in Kenia, forse anche in America un sistema di questo tipo. Grazie a questo tipo di proposta chiedo che sia messo agli atti non dover nemmeno votare, perché ritengo la mozione fuori dalla grazia di Dio.

MINNITI (AN): Mi sembra veramente di discutere di lana caprina. Non voglio fare il linguista per eccellenza, però a parte questo non riesco a comprendere una cosa. Noi diciamo di istituire un osservatorio sociale o comunque dare incarico all'Astat di fare qualche cosa non solo per monitorare lo squilibrio sociale altoatesino e quindi riequilibrare la ricchezza, perché il monitoraggio dello squilibrio sociale è la finalità, perché poi può dare delle direttive per riequilibrare la ricchezza altoatesina, ma anche per prevenire, perché l'osservatorio ha questa funzione, è causa ed effetto. Non trovo nulla di anomalo in questa parte deliberativa. Certo ho tutte le mie riserve sulla decisione del collega Dello Sbarba di chiedere la votazione separata dei due punti, anche perché il richiamo ad una presenza di disagio etnico comunque è stato dichiarato da tutti, anche la collega Klotz diceva che il suo gruppo linguistico ha un forte disagio. Nessuno lo nega, così come il gruppo italiano, perché ci sono comunque delle forme di disagio che sono intime in ognuno di noi, perché il disagio etnico, quando non ti trovi a tuo agio in una situazione di convivenza e di coabitazione, è un problema intimo tuo che non ha una immersione materiale, ma psicologica. Allora il disagio etnico comunque può esistere per un gruppo linguistico, per una comunità, ma a fianco di questo disagio etnico è ormai presente da anni un disagio sociale che non era presente prima e quindi si aggiunge. Ecco perché ci siamo richiamati ad un disagio etnico che in quel caso Alleanza Nazionale ha sempre denunciato, così come altre forze politiche possono averlo fatto in rappresentanza dei gruppi che rappresentano. Ma non voglio riaprire una polemica.

Alleanza Nazionale voterà a favore sia dell'introduzione dell'ordine del giorno che della parte deliberativa, l'abbiamo proposta noi, abbiamo accolto la modifica suggerita dal collega Dello Sbarba, perché riteniamo importante istituire una struttura di questo genere proprio per le finalità che si pone, o comunque dare mandato all'Astat di elaborare questo rapporto sulla situazione sociale in provincia e magari anche di comunicarlo al Consiglio provinciale come organo di riferimento politico.

THEINER (Landesrat für Gesundheit und Sozialwesen – SVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Heute ist schon des öfteren angeklungen, dass es in diesem Zusammenhang eine ganze Reihe von Studien gibt. Ich glaube sagen zu können, dass es kaum eine andere Region in Italien geben wird, wo die soziale Lage derart gut ist wie hier bei uns. Ich möchte daran erinnern, dass sich nicht wenige mit dem Thema Armut befassen. Mitte Mai dieses Jahres - wenn ich mich nicht irre - hat die Vorstellung der neuen ASTAT-AFI-Einkommens- und Vermögensstudie stattgefunden. Diese hat die Datenlage zur relativen Armut auf den neuesten Stand gebracht und zusätzlich wichtige Elemente, wie beispielsweise die Bedeutung der öffentlichen Transferleistungen, besser beleuchtet. Man kann sicherlich nicht behaupten, dass die soziale Lage nicht entsprechend untersucht und dokumentiert worden wäre. Was die durchgeführten Studien betrifft, sieht das Gesetz bereits eine Koordinierungsfunktion des Landesinstitutes für Statistik, des ASTAT, vor. Das ASTAT hat zu diesem Zweck mit den anderen Abteilungen der Landesverwaltung, den betroffenen öffentlichen Körperschaften und allen in diesem Bereich interessierten Organisationen zusammengearbeitet. Die Zusammenarbeit mit dem AFI wird natürlich auch von uns besonders unterstützt. Die Rolle der vorgeschlagenen sozialen Beobachtungsstelle wird bereits heute unter der Regie des ASTAT von verschiedenen Akteuren wahrgenommen. Deshalb ist es unserer Ansicht nach nicht sinnvoll, ein weiteres Gremium hinzuzufügen. Das ASTAT ist damit beauftragt. Wir haben eine sehr gute Dokumentation, bei der es auch bleiben sollte.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zur Abstimmung. Wie vom Abgeordneten Dello Sbarba beantragt, stimmen wir getrennt über den Beschlussantrag ab.

Wir stimmen zunächst über die Prämissen ab: mit 3 Ja-Stimmen, 5 Stimmenthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Wir stimmen nun über den zuvor geänderten verpflichtenden Teil ab: mit 5 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 6 vom 4.11.2005, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Kury und Heiss, betreffend die Ausdehnung der Gewerbezone jenseits der Einsteinstraße in der Gemeinde Bozen.

Ordine del giorno n. 6 del 4.11.2005, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Kury e Heiss, concernente l'espansione della zona produttiva oltre via Einstein nel Comune di Bolzano.

Der Beschluss zur Ausdehnung der Gewerbezone jenseits der Einsteinstraße muss ausgesetzt werden. Nach einer gemeinsamen Überprüfung der effektiven Bedürfnisse sowie der Nutzung der bestehenden Gewerbeflächen sollte ein Einvernehmen mit der Gemeinde Bozen gesucht werden.

Mit Beschluss Nr. 2417 vom 4.7.2005 hat die Landesregierung zwei neue Gewerbegebiete von Landesinteresse, "Einsteinstraße Süd" und "Flughafenstraße", ausgewiesen. Zu diesem Beschluss hat die Sonderkommissarin der Stadt Bozen ein Gutachten abgegeben, das zahlreiche Auflagen enthält, die bereits die Stadtverwaltung unter Bürgermeister Salghetti formuliert hatte und die im Beschluss der Landesregierung nicht berücksichtigt werden.

Genannte Areale sind derzeit als landwirtschaftliches Grün ausgewiesen. Die Einsteinstraße galt immer schon als natürliche Grenze der Ausdehnung der Stadt, jenseits derselben eine Pufferzone, ein Grünkeil erhalten bleiben sollte. Jetzt wird diese Grenze weiter nach Süden verschoben und die Stadt "frisst" somit Land.

Um diese Maßnahme zu rechtfertigen, erklärt die Landesregierung, "dass die im Bauleitplan der Stadt Bozen ausgewiesenen Gewerbegebiete in kurzer Zeit alle ausgeschöpft sein werden, während eine große Nachfrage besteht, die neue Ausweisungen erfordert." Im technischen Bericht, der dem Beschluss beigelegt wurde, wird die Ausweisung besagter Areale damit gerechtfertigt, dass die Stadt Bozen laut LEROP "eine Besiedlung mit hoher Qualität" erfahren wird.

Zudem muss festgehalten werden, dass die Einsteinstraße, trotz optimaler Anbindung an die bereits bestehenden Gewerbegebiete, auch eine äußerst wichtige Verbindungsstraße darstellt (Autobahn, MEBO, Umfahrung nach Leifers usw.) und die dadurch entstehenden und täglich vorgesehenen 22.500 Bewegungen eine Überarbeitung des Verkehrsplanes erforderlich machen.

Vor einer solchen gewichtigen Entscheidung, die sich gravierend auf die Raumordnung und die Entwicklung der Stadt Bozen sowie des gesamten Unterlandes auswirken wird, sollte jedoch auch unbedingt Folgendes in der Abwägung mitberücksichtigt werden:

- a) Es muss klarer definiert werden, welche Gebiete "in kurzer Zeit ausgeschöpft sein werden" und wann dies voraussichtlich geschehen wird.
- b) Es muss überprüft werden, wie die in Bozen und in den umliegenden Gemeinden verfügbaren Areale bzw. Produktionshallen effektiv genutzt werden und ob es freie, überdimensionierte oder schlecht genutzte Flächen bzw. Strukturen gibt.
- c) Da es sich um Flächen (und folglich Bedarf) von Landesinteresse handelt, muss die Gesamtsituation auf Landesebene betrachtet werden, wo es noch freie Areale bzw. Kubaturen gibt.
- d) Die "hohe Qualität" der Gesuche der Zuweisungsbegünstigten muss genauer definiert werden.
- e) Es sollte überprüft werden, ob es Gesuche gibt, die schon zur Ausweisung anderer Gewerbebezonen herangezogen wurden (z.B. für das Gewerbegebiet Wurzer von Landesinteresse) und wenn ja, wie viele es sind.
- f) Bei der Ausweisung der Gewerbegebiete sind objektive Kriterien anzuwenden und man darf nicht den Forderungen von privaten Unternehmern stattgeben, die gleichzeitig Eigentümer der Grundstücke sind.
- g) Vor jeglicher Beschlussfassung ist ein Einvernehmen mit der Gemeinde Bozen zu suchen, wobei die Stadt Bozen infolge von Neu-

wahlen in Kürze eine neue Verwaltung erhalten wird und zudem die Überarbeitung des Bauleitplans ansteht.

- h) Sollte sich nach sorgfältiger Prüfung eine Erweiterung der derzeitigen Gewerbezone als unbedingt erforderlich erweisen, muss diese im Einvernehmen mit der Gemeinde und unter Berücksichtigung des kürzlich von der Sonderkommissarin abgegebenen Gutachtens, der im Jänner dieses Jahres erzielten Abmachung zwischen Gemeinde und Land sowie etwaiger Vereinbarungen zwischen den beiden betroffenen öffentlichen Körperschaften erfolgen.
- i) Das zusätzliche Verkehrsaufkommen muss so weit als möglich in Grenzen gehalten werden.

Aus all diesen Gründen,

fordert
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung auf,

1. den Beschluss Nr. 2417 vom 4. Juli 2005 über die zwei neuen Gewerbegebiete von Landesinteresse "Einsteinstraße Süd" und "Flughafenstraße" auszusetzen;
2. diesbezüglich vor jeglicher Beschlussfassung nach breiter Diskussion über die unter den Punkten von a) bis i) des vorliegenden Beschlussantrages angeführten Forderungen ein Einvernehmen mit der neuen Bozner Stadtverwaltung zu suchen.

Sospendere la delibera sull'espansione oltre via Einstein: va ricercata un'intesa col Comune di Bolzano, attraverso una verifica congiunta delle effettive necessità e dell'uso degli attuali spazi produttivi.

Con propria delibera n. 2417 del 4 luglio 2005 la Giunta provinciale di Bolzano ha individuato due nuove zone produttive di interesse provinciale denominate "Via Einstein sud" e "Via Aeroporto". Su questa delibera la commissaria straordinaria del Comune di Bolzano ha dato un parere che avanza numerose condizioni, già proposte dalla passata amministrazione Salghetti, che non paiono contemplate nella delibera della Giunta provinciale.

Le aree in questione sono attualmente adibite a verde agricolo. La via Einstein è sempre stata considerata come il limite naturale dell'espansione della città di Bolzano, al di là della quale era opportuno rimanere un cuscinetto o polmone verde. Ora questo limite viene ulteriormente spostato verso sud e la città invade la campagna.

A giustificazione del provvedimento la Giunta provinciale afferma che "le aree previste nel PUC di Bolzano per insediamenti produttivi saranno a breve esaurite mentre continua a manifestarsi una elevata domanda di aree per insediamenti". Nella relazione tecnica allegata alla delibera si giustifica il fatto di individuare le aree in oggetto con il fatto che Bolzano è destinata dal LEROP a essere sede di "insediamenti di alta qualità".

Si rileva anche che la via Einstein, pur offrendo una continuità ottimale con le zone produttive esistenti, è di fatto una via di collegamento di primaria importanza (autostrada, MEBO, variante per Laives ecc.) e i previsti 22.500 movimenti giornalieri indotti dai nuovi insediamenti richiederanno una revisione complessiva della viabilità.

E tuttavia, per decidere un passo così importante per l'assetto del territorio del capoluogo e dell'intera Bassa Atesina, sono indispensabili altre fondamentali valutazioni:

- a) Occorre specificare quando e quali aree saranno "a breve esaurite".*
- b) Occorre verificare quale sia l'effettivo utilizzo delle attuali aree/fabbricati per insediamenti produttivi a disposizione a Bolzano e nei comuni limitrofi, se vi siano spazi vuoti, sovradimensionati o male utilizzati.*
- c) Trattandosi di aree (e quindi di fabbisogno) di interesse provinciale, occorre tenere in considerazione la situazione complessiva sul territorio provinciale, dove invece vi sono aree e cubature disponibili.*
- d) Va specificato esattamente in che cosa consista "l'alta qualità" di molte delle richieste considerate.*
- e) Occorre verificare se e quante delle domande prodotte siano le stesse già inoltrate per giustificare l'individuazione di altre aree produttive (ad es. zona Vurza di interesse provinciale).*
- f) Nell'individuazione delle aree va adottato un metodo che tenga conto di criteri oggettivi e non delle richieste di privati imprenditori già proprietari dei terreni.*
- g) Va cercata un'intesa preventiva col Comune di Bolzano che è in attesa di una amministrazione eletta dai cittadini e di rielaborare il proprio PUC.*
- h) Ogni eventuale ampliamento dell'attuale zona produttiva, che dopo attento esame si rendesse indispensabile, deve avvenire d'intesa col Comune e nel rispetto del recente parere della commissione straordinaria, dell'intesa di massima raggiunta tra Comune e Provincia nel gennaio 2005 e di ogni altra intesa che dovesse intercorrere tra i due enti pubblici interessati.*
- i) Va evitato di creare le condizioni per una viabilità di fatto ingestibile.*

Per tutti questi motivi,

*IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
invita*

la Giunta provinciale

- 1. a sospendere la delibera n. 2417 del 4 luglio 2005 riguardante le due nuove zone produttive di interesse provinciale denominate "Via Einstein sud" e "Via Aeroporto";*
- 2. a ricercare sull'argomento un'intesa preventiva con la nuova amministrazione eletta del Comune di Bolzano, avviando un ampio confronto secondo le indicazioni contenute in questo ordine del giorno ai punti da a) ad i).*

Abgeordneter Dello Sbarba, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

DELLO SBARBA (Gruppo Verde-Grüne Fraktion-Grüpa Verda): Il tema è attuale, è stato oggetto di dibattito in queste ultime settimane, ed è la questione delle nuove zone produttive oltre via Einstein, di espansione quindi di Bolzano sud, oltre 20 ettari e rappresentano la più grossa operazione urbanistica che in questi ultimi

anni Bolzano possa conoscere. C'è il problema delle intese fra comune di Bolzano e Provincia, perché come sappiamo la Provincia le ha definite zone produttive di interesse provinciale e quindi di decidere sulla testa del comune.

Questa delibera che la Provincia ha fatto, l'ha fatta non tenendo in considerazione, almeno nella delibera che noi citiamo e che è l'unico atto ufficiale che riguarda l'argomento, l'intesa di massima che era intercorsa fra Provincia e Comune nel gennaio 2005. Ricordo benissimo che a quei tempi c'era ancora il sindaco Salghetti, e ci fu intesa per quel che riguardava la definizione di una parte di quegli ettari come area di interesse comunale, la fissazione di alcuni criteri per l'assegnazione, la questione della viabilità. Poi la Giunta Salghetti è stata sciolta per andare alle elezioni, c'è stato questo "interregno" della commissaria e la Giunta provinciale ha fatto questa delibera scordandosi questi impegni, e l'ha fatta in un momento in cui il comune non aveva una legittima amministrazione. La commissaria, consultando i capigruppo del comune, l'ex sindaco, il sindaco eletto per un mese ecc. ha fatto un suo parere alla vostra delibera dove ha messo 11 condizioni, riprendendo le cose che vi eravate detti con Salghetti, dicendo che non c'erano nella delibera, per un parere positivo. Si deve intendere che in questo momento ha dato un parere non positivo, perché queste condizioni nella delibera non ci sono, vedremo in seguito.

Questa delibera ha sollecitato, per l'importanza dell'operazione, un dibattito nelle forze politiche a Bolzano. Ricordo una dichiarazione dell'Obmann della SVP nonché capolista della lista a Bolzano Elmar Picher Rolle che sul Dolomiten si è espresso una settimana fa in maniera critica a questa delibera, dicendo che ha l'impressione che su questa bisogna tornare perché forse gli ettari concessi sono un po' troppi. Quindi i dubbi non sono solo nostri, attraversano la società e la politica bolzanina. La delibera sembra accettare più una situazione di fatto e una proprietà costituita in quella zona, che non essere costruita sulla base di criteri precisi, oggettivi. Anche le domande che vengono fatte di terreni produttivi bisognerebbe stare attenti ad analizzarle meglio sia nella loro qualità, perché quando la Giunta giustamente dice che quella zona deve avere insediamenti di alta qualità, non so se rivendite di merci tipo auto possono essere "di alta qualità", ma bisognerebbe andare a vedere chi ha fatto domanda, si dice che c'è domanda per 50 ettari di zona produttiva ecc. ma probabilmente non ci si accorge che alcune domande sono state presentate su più aree di interesse produttivo. Mi risulta per esempio che "Centralauto" ha fatto domanda in due posti, e quando ha avuto l'assegnazione in zona Avulsa non l'ha utilizzata. Bisogna anche vedere come sono utilizzate le aree dell'attuale zona produttiva. L'assessore Bassetti ha la teoria della "densificazione", però sembra che questa si applichi soltanto all'abitato. Invece bisognerebbe applicarla anche alla zona produttiva, perché sono capitato più volte in questi ultimi tempi negli uffici e nella aziende dell'attuale zona produttiva, si percorrono decine di metri di corridoi bui che si rischia di perdersi in quegli edifici, perché ci sono interi piani vuoti, luci spente, luci che non funzionano. Bisogna vedere quindi come sono utilizzati gli attuali spazi.

Infine c'è un argomento che forse è tornato d'attualità nel dibattito sulla questione della Ischia-Frizzi, si va su 24, 26 ettari, si va a sigillare un'altra parte del territorio esposto sul lato sud della conca di Bolzano, che va a ridosso della Bassa Atesina. Lì sembra proprio il "triangolo delle Bermuda", qualsiasi opera che abbia un impatto negativo in senso ambientale, un effetto di chiusura del territorio lì viene fatta come se sulla cartina ci fosse scritto "Hic sunt leones". Adesso il consiglio comunale è stato eletto, verrà eletta la Giunta, ci sono dei tempi tecnici e politici perché venga costituita. Credo che sarebbe un gesto di rispetto verso l'autonomia del comune di Bolzano quello di sospendere - attenzione che non abbiamo chiesto di annullare la delibera - l'esecutività della stessa in modo tale da avere tutto il tempo che serve per avviare il confronto con la nuova amministrazione del comune, che in questo momento non sappiamo quando sarà eletta. Questo potrebbe avvenire tra pochi giorni ma potrebbe volerci tutto il mese, tra l'altro ci sono problemi con la commissione elettorale, quindi ancora il sindaco non è stato proclamato, poi avrà un mese per costituire la Giunta, e credo che una Provincia che ha a cuore un rapporto paritario e non gerarchico con un comune come quello di Bolzano con una dimensione di questo tipo, avrebbe il dovere - avete fatto questo passo unilaterale che non tiene conto di quanto il comune aveva richiesto - almeno di sospendere i termini, in modo tale da aprire il confronto. Poi venga quel che venga, lo accetto perché comunque rispetto la volontà del comune di Bolzano, però il confronto deve avere tutti i tempi e la serenità, sia un confronto in cui la Giunta provinciale non ha creato precedente e che non si parta da una situazione di obiettivo svantaggio del comune nei confronti della Giunta, ma si crei una situazione di pari dignità nel confronto, in modo tale che si possa arrivare ad una intesa del comune di Bolzano, in modo tale che questa amministrazione - mi rivolgo alle forze politiche che assieme a noi hanno sostenuto questa battaglia elettorale durissima, molto difficile, e il tema dell'autonomia del comune, della dignità del comune capoluogo era un tema riconosciuto da tutti e anche al primo posto del programma del sindaco Spagnoli - possa avere una partenza forte, in cui la Giunta provinciale dà un segno di inversione dei rapporti di autonomia con il comune di Bolzano. Mi aspetto un parere positivo da parte della Giunta a questa mozione che non vuole negare la delibera, chiede semplicemente di sospendere i tempi in modo da dare la possibilità di un confronto paritario con il comune di Bolzano.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Frau Präsident! Ich werde keine Wahlversprechen einfordern. In den Prämissen des Beschlussantrages wird darauf hingewiesen, was vor den Wahlen versprochen worden ist bzw. welche Abmachung es grundsätzlich gegeben hat. Kollege Dello Sbarba, dasselbe geschah bei der Kaiserau! Vielleicht kannst du dich an die "grüne Mauer" erinnern, bei der es geheißen hat: Bis hierher und nicht weiter! Danach wurden trotzdem 10 Hektar ausgewiesen. Hier geht es um 24 Hektar, wenn ich mich nicht irre. Mir geht es vor allem um die Vorgangsweise bei der Ausweisung. Es ist wirklich eine ungute Sache, wenn man erfährt, dass die Gründe

schon verkauft waren und es einige Vorverträge gegeben hat, bevor eine Bauleitplanänderung vorgenommen wurde. Dieser Grundsachver, der hier abgeführt wird, regt mich sehr auf. Wir unterstützen natürlich den Vorschlag, dass man die Gemeinde mit einbeziehen soll, wenn es um die Ausweisung von Zonen von öffentlichem Interesse geht. Ich erinnere daran, dass Landesrat Frick vor nicht allzu langer Zeit mitgeteilt hat, dass eine Nachfrage für 50 Hektar, also für 500.000 Quadratmeter Grund besteht. Die Nachfrage ist folglich riesengroß. Wenn man das Tor jetzt aufmacht, dann kommt von außen sicherlich noch ein größerer Druck. Ich möchte ein weiteres Mal darauf hinweisen, dass wir die Arbeitskräfte dafür nicht haben. Wir wissen, was all das mit sich bringt, wenn wir Gründe in diesem Ausmaß ausweisen. Ich möchte der Landesregierung sagen, dass sie sich nicht von jenen allzu sehr unter Druck setzen lassen sollte, die sagen: "Wenn wir das nicht bekommen, wandern wir ab!" Das ist die neue Masche. Wer abwandern will, wandert sowieso ab. Wenn jemand nur die Kostenrechnungen, was die Arbeitskräfte anbelangt usw., macht, wird er auf diese Dinge nicht so sehr Bedacht nehmen. Das ist ein Druckmittel geworden, das für mich ein abgestumpftes Schwert ist. Man verwendet diese Masche und sagt, wenn wir das oder jenes nicht bekommen, dann wandern wir ab. Davon sollte man sich nicht allzu sehr beeindrucken lassen! Zunächst müssen wir uns auch einmal fragen, ob wir genügend Arbeitskräfte dafür haben, oder wir beschließen, so viele Firmen von außen ins Land zu lassen, wie viele zu uns kommen wollen. Wenn wir genügend Gründe zur Verfügung stellen, werden wir diese auch finden. Das steht außer Zweifel. Wenn man Zonen von Landesinteresse ausweist, muss das Landesinteresse nachgewiesen werden. Ich möchte von der Landesregierung gerne in Erfahrung bringen, wie sie das in diesem Fall begründet bzw. worin hier ein Landesinteresse besteht. Worin liegt das Landesinteresse, wenn drei große Bozner Firmen im betroffenen Gebiet Grund wollen? Ich denke, dass das Gemeindesache sein müsste. Ich ersuche jedenfalls um eine entsprechende Erklärung! Vielleicht verstehen wir es dann besser. Von den Versprechungen halte ich gar nichts. Es ist hier dasselbe wie bei der Kaiserau, bei der man auch gesagt hat, dass nicht über eine bestimmte Grenze hinaus gebaut würde.

Ich wiederhole, dass es nicht in Ordnung ist, wenn Gründe schon im Vorfeld verkauft werden. Die Leute wissen demnach, dass sie die Gründe erhalten, weil sie vielleicht ein Versprechen von Mitgliedern der Landesregierung haben. Oder wie läuft das ab? Das ist nicht im Sinne einer transparenten und objektiven Verwaltung. Das möchte ich bei dieser Gelegenheit schon deponieren. Deshalb stehen wir der Vorgangsweise, wie es zur Ausweisung dieser Zone gekommen ist, kritisch gegenüber.

KLOTZ (UFS): Ich hätte eine konkrete Frage. Wer antwortet auf meine Fragen, Landesrat Frick? Wir bekommen immer wieder Hinweise von unsern Bozner Wählerinnen und Wählern, Sympathisantinnen und Sympathisanten, die feststellen, dass sehr viele Räume bzw. Stockwerke der großen Bauten immer noch leer stehen. Ich verweise auf das Riesengebäude beim Friedhof und andere zahlreiche Gebäude zu

Beginn des Industriegebietes sowie auf die sogenannten Tremonti-Hallen, die nicht genützt werden. Deshalb möchte ich konkret die Frage stellen: Gibt es eine Analyse bzw. Bestandsaufnahme, die feststellt, welche dieser Räume bzw. gebauten Häuser vollständig genützt werden und welche nicht? Bevor man neue Gewerbezone ausweist, muss man danach trachten, das Bestehende optimal zu nutzen. Wir dürfen keinen Boden verschwenden, nirgendwo in Südtirol und am allerwenigsten im Weichbild der Stadt Bozen. Deshalb sollte man diesen Aspekt berücksichtigen. Der Ansatz ist in zwei Buchstaben enthalten. Ich möchte hier den neuesten Stand der Dinge erfahren. Hat das Land die Möglichkeit, dies genau zu überprüfen?

LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Natur und Landschaft, Umwelt, Wasser und Energie – SVP): Frau Präsidentin! Bei Gewerbezone muss man zwei Arten derselben unterscheiden. Eines sind Gewerbezone von Gemeindeinteresse, die mit dem entsprechenden Bauleitplanverfahren abgeändert bzw. ausgewiesen werden können, und etwas anderes sind Gewerbezone von Landesinteresse, welche vom Landesgesetz geregelt werden. Darin ist vorgesehen, dass es einen Grundsatzbeschluss der Landesregierung geben muss, der dann an die Gemeinde übermittelt wird. Letztere hat dann entsprechend Zeit für die Begutachtung. Das abgegebene Gutachten geht dann zurück in die Landesraumordnungskommission, um dann von der Landesregierung in zweiter Lesung endgültig behandelt und beschlossen werden zu können. Dies zur Vorgangsweise!

Kollege Dello Sbarba, ich habe effektiv Probleme mit dem Inhalt, den Sie vermitteln! Sie sagen zum einen, dass Bozen in einer Phase gefragt wurde, wo es keine demokratisch gewählte Gemeindeverwaltung gegeben habe. Das ist richtig. Die kommissarische Verwaltung hat die Geschicke der Gemeinde entsprechend gestaltet. Deshalb fordern Sie im ersten Punkt des beschließenden Teils, dass wir abwarten sollen, bis die neue Gemeindeverwaltung von Bozen Stellung nehmen kann. Im zweiten Punkt des beschließenden Teils allerdings sagen Sie genau das Gegenteil. Wir sollten all das, was die Kommissarin beschlossen hat, übernehmen. Jetzt frage ich mich natürlich, was Sie eigentlich wollen! Sollen wir das Gutachten der Kommissarin übernehmen oder nicht? Beides zugleich ist nicht möglich. Sie müssen sich schon auf eine Position festlegen. Darüber hinaus sagen Sie, dass man ein Einvernehmen erzielen muss. Das ist - politisch gesehen - sicherlich sinnvoll und ratsam, aber formal-juridisch widerspricht es dem Landesgesetz. Darin heißt es, dass die Gemeinde ein Gutachten abgibt. Von einem Einvernehmen ist keine Rede. Es geht auch nicht an, dass man mit einem Beschlussantrag versucht, ein Landesgesetz abzuändern. Wennschon müsste man das entsprechende Landesgesetz gemäß der üblichen Vorgangsweise abändern.

Zur Ausweisung möchte ich sagen, dass es effektiv eine große Zahl von Gesuchen gibt. Es ist von 50 Hektar gesprochen worden, eigentlich bräuchten wir 60 Hektar. Man möchte diese Fläche sicherlich nicht ausweisen. Das wäre eine Verschwendung von Grünflächen. Gar nichts auszuweisen aber wäre das andere Extrem.

Von der Lage her ist es mir allemal lieber, wenn wir in einer Zone bleiben, die optimal erschlossen ist: durch die Einsteinstraße, durch Autobahn und Mebo, aber auch durch den Flughafen und die Eisenbahn. Diese Lage wäre meiner Meinung nach geeigneter, da es darauf keine landschaftliche Bindung gibt, als Gewerbezone auf mehrere Gemeinden zu verteilen. Das wäre sicherlich problematisch. Wenn es die jeweiligen Flächen braucht, ist diese Lage von der urbanistischen Gestaltung her sicher besser. Es wäre eine Erweiterung einer bestehenden Zone, die optimal erschlossen ist und insofern logistisch bzw. raumordnerisch gut liegt. Dass man diese Lage auch politisch werten kann und dies getan wurde, ist ein anderer Punkt. Das ist jedoch nicht Gegenstand der heutigen Debatte. Es gibt auch Erhebungen über den Nutzungsgrad der bestehenden Anlagen. Allerdings ist zu sagen, dass es eine Vielzahl großer Betriebe gibt, die Interesse um Zuweisung entsprechender Flächen für die Ansiedlung ihrer Betriebe bekundet haben. All das muss aber noch erfolgen. Die Kriterien müssen genau festgelegt werden. Es werden Punkte vergeben werden. Entsprechend der Rangordnung werden dann die Zuweisungen erfolgen.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, Kollege Dello Sbarba, dass das Gutachten der Gemeinde Bozen noch nicht beim Land angekommen ist. Man hat zwar davon gelesen und ist von den Journalisten darüber informiert worden, aber es wurde der Landesregierung noch nicht übermittelt. Meines Wissen hängt es noch an der Anschlagtafel für Stellungnahmen seitens der Bürger bis Ende November. Dann soll der Gemeinderat noch einmal darüber befinden. Wenn der Gemeinderat will, hat er sehr wohl die Möglichkeit, noch rechtzeitig darüber zu befinden. Wir müssen im Moment das Gutachten abwarten. Vorher darf die Landesregierung keinen zweiten Beschluss fassen.

Aufgrund dieser Optik, aber auch aufgrund der Widersprüchlichkeit Ihrer beiden beschließenden Teile sollte der Beschlussantrag zurückgezogen werden.

DELLO SBARBA (Gruppo Verde-Grüne Fraktion-Grüpa Verda): Sull'ordine dei lavori. Ho compreso l'ultima osservazione dell'assessore, per cui se il problema è quella che lui chiama "la contraddittorietà delle due parti deliberative", chiedo la cancellazione delle tre righe del secondo punto della parte deliberativa, da "avviando" fino al punto.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Der Widerspruch, den Landesrat Laimer ausfindig gemacht hat, hat auch mit der sprachlichen Übersetzung zu tun. Auf Italienisch heißt es: "... a ricercare sull'argomento un'intesa preventiva con la nuova amministrazione eletta del Comune di Bolzano, avviando un ampio confronto secondo le indicazioni contenute ...". Auf Deutsch heißt es: "... die unter den Punkten ... zu berücksichtigen". Diese Aussage ist tatsächlich ein Widerspruch zu dem, was vorher gesagt wird. Einen großangelegten Vergleich anzustellen, ist etwas anderes. Vielleicht könnte das den Widerspruch, den Landesrat Laimer aus-

gemacht hat, klären. Bei der Übersetzung wurden unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt.

PRÄSIDENTIN: Im verpflichtenden Teil sind somit die Wörter "nach breiter Diskussion über die unter den Punkten von a) bis i) des vorliegenden Beschlussantrages angeführten Forderungen" gestrichen. Al punto 2 della parte impegnativa le parole "avviando un ampio confronto secondo le indicazioni contenute in questo ordine del giorno ai punti da a) a i)" sono soppresse.

Wir stimmen über den so geänderten Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 6 ab: mit 6 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 7 vom 4.11.2005, eingebracht von den Abgeordneten Kury, Dello Sbarba und Heiss, betreffend die Einführung einer solidarischen Pflichtversicherung als Alternative zur Errichtung von Hagelnetzen.

Ordine del giorno n. 7 del 4.11.2005, presentato dai consiglieri Kury, Dello Sbarba e Heiss, concernente l'introduzione di un'assicurazione obbligatoria solidale in alternativa alle reti antigrandine.

Hagelnetze: solidarische Pflichtversicherung könnte eine brauchbare Alternative zur fortschreitenden Verunstaltung der Landschaft sein. Wenn die in den letzten Jahren eingesetzte Entwicklung so weitergeht, wird Südtirols Landschaft bald vollständig mit Hagelnetzen eingehüllt sein. Dies ergibt sich logischerweise aus folgender Dynamik: Je weniger Bauern sich gegen Hagelschäden versichern, weil sie auf Hagelnetze setzen, desto höher wird der Versicherungsbeitrag, den jene Bauern zu leisten haben, die sich weiterhin versichern und auf die Hagelnetze verzichten. Dadurch wächst auch für diese der Anreiz, Hagelnetze anzubringen. Bereits jetzt sind in einigen Gegenden Südtirols ganze Landstriche eingehüllt.

Nun will die Landesregierung zur Schadensbegrenzung die Farbe der anzubringenden Hagelnetze vorschreiben. Damit ist allerdings das Problem der Verunstaltung der Landschaft keineswegs gelöst. Deshalb ist es angebracht, politisch nach Alternativen zu suchen, die einerseits den Bauern die Sicherheit geben, für eventuelle Ernteauffälle entschädigt zu werden und andererseits unsere Landschaft nicht verunstalten.

Die Schaffung einer solidarisch organisierten Versicherungsmöglichkeit, der alle Bauern beitreten, könnte eine echte Alternative sein: durch den kollektiven Beitritt würde sich die zu bezahlende Versicherungssumme in Grenzen halten, eventuelle Hagelschäden würden entschädigt und Einheimische und Touristen könnten die Landschaft wieder genießen. In diesem Fall wäre auch ein Landeszuschuss gerechtfertigt.

A) Der Südtiroler Landtag beauftragt die Landesregierung, ein Konzept der oben beschriebenen Versicherung als Alternative zu den

Hagelnetzen auszuarbeiten und den Bauernverbänden zur Diskussion vorzulegen.

- B) *Weiters verpflichtet der Südtiroler Landtag die Landesregierung, auch in Zukunft die Anbringung von Hagelnetzen nicht finanziell zu unterstützen.*

Reti antigrandine: un'assicurazione obbligatoria solidale potrebbe essere una valida alternativa alla crescente deturpazione del paesaggio. Se la tendenza emersa in questi ultimi anni dovesse continuare, il paesaggio dell'Alto Adige sarà ben presto completamente avvolto dalle reti antigrandine. La dinamica, di per sé logica, è la seguente: quanto più diminuiscono i contadini che si assicurano contro i danni causati dalla grandine perché preferiscono le reti antigrandine, tanto più aumentano i premi assicurativi per i contadini che invece continuano ad assicurarsi e rinunciano alle reti, cosa che naturalmente incoraggia questi ultimi a passare anch'essi alle reti. Già ora in Alto Adige ci sono intere zone ricoperte dalle reti antigrandine.

La Giunta provinciale intende ora contenere i danni imponendo determinati colori per le reti, ma questo non risolve in alcun modo il problema della deturpazione del paesaggio. È invece necessario trovare delle alternative a livello politico, che da una parte garantiscano ai contadini la certezza del rimborso in caso di perdite del raccolto e dall'altra non deturpino il nostro paesaggio.

Una vera alternativa potrebbe essere la creazione una formula assicurativa solidale cui aderiscano tutti i contadini: l'adesione collettiva contribuirebbe a contenere i singoli premi, eventuali danni causati dalla grandine verrebbero rimborsati e sia i residenti che i turisti potrebbero nuovamente ammirare il paesaggio. In questo caso sarebbe giustificato anche un contributo provinciale.

- A) *Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano incarica la Giunta provinciale di elaborare un progetto per l'assicurazione sopra descritta in alternativa alle reti antigrandine e di presentarlo alle associazioni dei contadini affinché ne discutano.*
- B) *Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano impegna inoltre la Giunta provinciale a non sostenere finanziariamente nemmeno in futuro l'installazione di reti antigrandine.*

Abgeordnete Kury, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Dankeschön! Der Anlass zu diesem Antrag ist die Tatsache, dass dieses "Omnibus-Gesetz" Nr. 4 einen Artikel enthält, in dem die Landesregierung festlegt, dass nur mehr bestimmte Farben für Hagelnetze verwendet werden dürfen. Die Farben sind nicht spezifiziert. Offensichtlich will man sich diesbezüglich Freiraum lassen, da diese Einschränkung innerhalb der Südtiroler Volkspartei noch heiß diskutiert wird. Nun habe ich bereits gestern in der Generaldebatte dargelegt, dass es tatsächlich ein großes Problem sowohl ästhetischer bzw. landschaftlicher als auch ökologischer Natur ist, wenn die Flächen, die mit Hagelnetzen verhüllt werden, monatlich zunehmen. Man kann nicht tatenlos

zusehen, wie unsere Landschaft in den nächsten Jahren lückenlos oder völlig mit Hagelnetzen eingehüllt wird. Diese landschaftliche Verunstaltung kann, ohne dass eine andere Lösung vorgeschlagen würde, nicht hingenommen werden. Dass die Entwicklung so weitergehen wird, wissen alle. Jeden Augenblick kommen Flächen dazu, die eingehüllt werden. Die Logik liegt in der Dynamik. Wenn sich immer weniger Bauern versichern, weil sie auf die Hagelnetze setzen, werden die Versicherungssummen für jene Bauern, die sich weiterhin versichern wollen, teurer. Je weniger dazu beitragen, desto höher werden die Summen, die zu bezahlen sind, desto größer wird auch der Anreiz für die wenigen Verbleibenden, die noch nicht auf Hagelnetze setzen, umzuschwenken und ebenso auf Hagelnetze zu setzen.

Ich habe den Landeshauptmann gestern eingeladen, einmal einen Spaziergang von Schenna bis zum Botanischen Garten zu machen, um festzustellen, dass es rundherum wirklich keine Flächen mehr gibt, die nicht mit Hagelnetzen verdeckt sind. Ich habe bereits gestern darauf hingewiesen, dass überall dort, wo umgebaut wird und die Anlagen neu errichtet werden, schon bevor der Apfelbaum gepflanzt wird, die Anlage vorhanden ist, um Hagelnetze anzubringen. Das ist verständlich, wenn man keine Alternative aufzeigt. Ich möchte mir jetzt nicht den geballten Hass der Bauernvertreter zuziehen. Die Bauern haben sehr wohl Anrecht auf eine Entschädigung, und zwar in dem Augenblick, in dem es hagelt und damit die Ernte reduziert wird. Das möchte ich nicht in Frage stellen. Dieser Anspruch aber ist in einem angemessenen Ausgleich zu jenen Menschen zu sehen, die ihre Landschaft nicht täglich ein Stückchen mehr verunstaltet und verhunzt haben möchten. Es muss also nach Alternativen gesucht werden. Die Alternative liegt auf der Hand. Darüber ist schon des Öfteren diskutiert worden, allerdings ist danach nichts mehr passiert. Ich habe mir in Vorbereitung dieses Beschlussantrages noch einmal die gesamten Presseaussendungen und Aussagen von Landesrat Berger durchgesehen. Landesrat Berger hat lange geblockt und versucht, eine Alternative zu finden. Jetzt hat offensichtlich auch er die Flinte ins Korn geworfen. Was könnte eine Alternative dazu sein? Die Alternative kann nur darin liegen, dass wir eine allgemeine Versicherung ins Leben rufen, der die Bauern beitreten können. In dem Augenblick, in dem sich alle Bauern versichern, wird die Versicherungsprämie relativ gering ausfallen. Somit würden alle solidarisch haften, wenn den einen oder den anderen das Unheil des Hagels trifft. Das ist eine Alternative, die auf der Hand liegt. Ich würde mir wünschen, dass die Landesregierung bzw. der entsprechende Landesrat diese Alternative noch einmal eingehend untersucht. Man sollte überprüfen, wie hoch die Beitragszahlungen sein müssten. In diesem Fall wäre es absolut legitim, wenn das Land einen Beitrag zahlen würde. In diesem Fall würde man tatsächlich verhindern, dass unsere Landschaft verunstaltet wird. Wir wissen, dass das Land jetzt schon Versicherungsbeiträge bezahlt. Das Problem - davon weiß auch Seppl Lamprecht - ist, dass der Druck enorm hoch ist, Beiträge für die Anbringung von Hagelnetzen zu bekommen. Es wäre tatsächlich ein starkes Stück, wenn wir auch noch öffentliche Gelder ausgeben würden, um Hagelnetze zu subventionieren, die den

anderen Menschen das Leben und den Genuss der Landschaft in Südtirol schwer machen! Selbstverständlich würde das auch eine negative Auswirkung auf die Entwicklung des Tourismus haben. Recht angenehm ist es ja nicht, durch in Trauerflor gehüllte Landschaften zu marschieren, abgesehen von der Tatsache, dass sich Vögel und anderes Getier in den Netzen verfangen. Diese Argumente möchte ich hier nicht anführen, weil ich weiß, dass andere Argumente eher auf ein offenes Ohr stoßen. Ich verweise auf die Einbußen im Tourismus bzw. die Befürchtung, dass der Tourismus tatsächlich Schaden nimmt. Außerdem ist es für die Einheimischen nicht angenehm.

Ich komme zum Schluss! In unserem Antrag wird die Landesregierung beauftragt, ein Konzept der im Antrag beschriebenen Versicherung als Alternative zu den Hagelnetzen auszuarbeiten und durchzurechnen, was es kostet bzw. wie hoch ein Landesbeitrag dafür sein könnte. Dieses Konzept sollte anschließend auch zur Diskussion gestellt werden. Damit diese Diskussion auch erfolgreich verläuft, ist es wesentlich - das ist im Buchstaben B) des verpflichtenden Teils enthalten -, dass die Landesregierung klarstellt, die Anbringung von Hagelnetzen auch in Zukunft nicht finanziell zu unterstützen. Das ist die Voraussetzung dafür. Wenn wir diese Entwicklung so hinnehmen, bin ich mir sicher, dass die Finanzierung der Hagelnetze nur mehr eine Frage von kurzer Zeit ist. Warten wir bis die Wahlen vorbei sind, dann wird es auch dazu kommen! Deshalb ist Buchstabe B) die Voraussetzung dafür, dass Buchstabe A) erfolgreich durchgeführt werden kann. Ich ersuche, darüber nachzudenken. Ich würde mir wünschen, dass sich jene Landesräte - heute sind sie allerdings nicht anwesend - zu Wort melden, die den Tourismus vertreten. Dann könnte man hier vielleicht eine gemeinsame Lösung finden, die für die Landwirtschaft erträglich ist und uns sowie die Touristen in die Lage versetzt, die Landschaft wieder ohne Trauerflor genießen zu können.

PÖDER (UFS): Frau Präsidentin, ich bin anderer Meinung, weil ich glaube, dass wir weiterhin ein bisschen in der Realität bleiben sollten. Die Bauern haben ein Recht, ihr Produkt zu schützen. Das wird auch in Zukunft so sein. Es geht ja nicht einfach darum, ihnen Geld zu überweisen und zu sagen: Schneidet die Obstbäume heraus! Jeder, der in Südtirol etwas produziert, hat das Recht, sein Produkt zu schützen. Hagel ist nun mal ein Umwelteinfluss, der das Produkt der Bauern, das Obst und die Äpfel, zerstören kann. Das ist nun mal so. Wir können natürlich darüber nachdenken, ob Hagelnetze grundsätzlich verboten werden sollen. Wir könnten - wie der Ansatz des Beschlussantrages lautet - die Hagelschäden ausgleichen, was vielleicht nicht so dumm bzw. falsch wäre. Oder man könnte eine solidarische Versicherung gründen, was auch immer. Trotzdem wird es weiterhin hageln. Die Problematik, dass die Bauern das Recht haben, ihr Produkt - in diesem Fall das Obst - zu schützen, bleibt jedoch aufrecht. Man muss einen Kompromiss finden. Dieser wurde bis jetzt noch nicht gefunden, weil er nicht einmal gesucht wurde. Ich bin auch nicht der Meinung, dass wir eine kategorische finanzielle Unterstützung von Hagelnetzen ausschließen sollten. Es mag

jetzt eigentümlich klingen, dass wir das finanziell unterstützen sollten. Ich erinnere daran, dass wir erstmals im Jahre 1999 von der Landesregierung gefordert haben, die gesetzliche Möglichkeit anzuwenden, Hagelnetze in einem bestimmten Umfang zu fördern, um das Problem von vorneherein in den Griff zu bekommen. Ich betone, dass ich kein Obstbauer bin und nicht einmal in der näheren Verwandtschaft einen Obstbauern habe. Deshalb vertrete ich hier kein persönliches Interesse, sondern plädiere im Sinne der Landschaft, aber auch, ausgleichend, im Sinne der Obstbauern selbst. Laut Gesetz - darin ist ein Sätzchen enthalten - ist es möglich, dass die Landesregierung Hagelnetze fördert. Ich bin der Meinung, dass man das rechtzeitig hätte tun sollen, um die Situation in den Griff zu bekommen. Man hätte den Bauern anbieten sollen, dass die Hagelnetze unter bestimmten Voraussetzungen gefördert werden. Man hätte festlegen können, dass sie nur einen bestimmten Prozentsatz des Besitzes mit Hagelnetzen überspannen dürfen. Ob es dann 20, 30 oder 40 Prozent sind, darüber könnte man diskutieren. Nicht jeder Bauer möchte den gesamten Besitz überspannen. Das würde ja astronomische Summen ausmachen. Ich denke beispielsweise an bestimmte neue Anlagen oder besonders wertvolle Anlagen. Man hätte das - wie gesagt - tun können. Folglich würden wir nur dann fördern, wenn der Bauer zustimmt, nur 20, 30 oder 40 Prozent seines Besitzes mit Hagelnetzen zu überspannen. Weiters könnte man bei Verwendung einer bestimmten Farbe eine Förderung gewähren. So hätte man die Situation rechtzeitig in den Griff bekommen und diese Auswüchse, die jetzt leider Gottes entstanden sind, verhindern können. Mittlerweile sind ja immerhin ein beachtlicher Teil des Etschtales sowie ein Teil des Unterlandes mit Hagelnetzen überspannt. Das hat es ein Versäumnis gegeben. Diese Förderung wurde kategorisch ausgeschlossen. Landesrat Berger meinte, wir seien ein Tourismusland und könnten uns das nicht leisten. Jetzt ist genau das eingetroffen, wovor man damals Angst hatte. Unsere Vorschläge für eine vernünftige, sanfte Art der Förderung von Hagelnetzen wurden nicht akzeptiert. Damals hat man gemeint, dass man sie dadurch verhindern würde, indem man keine Förderungen gewährt.

Ich bin erstens der Meinung, dass der Bauer ein Recht hat, sein Produkt zu schützen. Zweitens haben wir natürlich alle ein Recht darauf, unsere Landschaft so intakt und so schön wie möglich zu erhalten. Deshalb bin ich nach wie vor der Meinung, dass man die Situation in den Griff bekommen könnte, wenn man einerseits eine bestimmte Farbe vorschreibt. Dies sollte man natürlich nicht mit astronomischen Sanktionen verbinden, sondern einfach sagen, dass jene, die bereits Hagelnetze errichtet haben, auf eine landschaftsverträgliche Farbe umstellen sollten. Dafür sollte man ihnen einen bestimmten finanziellen Anreiz gewähren. Dass sonst nichts getan wird, ist klar. Für die Zukunft sollten wir eine bestimmte Flächenbegrenzung einführen, damit die Situation nicht eskaliert, wie es in den letzten Jahren der Fall war. Wir können nicht einfach hergehen und sagen: Lasst euer Obst verhageln, wir gründen eine solidarische Versicherung und gleichen die Verluste finanziell aus! Das wird nicht funktionieren. Nicht jedem geht es nur ums Geld. Wenn der Bauer etwas bearbeitet, ein Produkt her-

stellt und dafür sorgt, dass dieses Produkt wächst, dann ist es unter Umständen nicht nur eine rein finanzielle, sondern durchaus auch eine moralische Angelegenheit, wenn er sein Produkt geschützt haben will. Er will vermeiden, dass dieses Produkt jedes Jahr bzw. drei oder vier Jahre in Folge völlig zerstört wird. Man muss die Thematik auch von einer anderen Warte angehen.

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Ich habe bereits in meiner heutigen Replik in der Generaldebatte erklärt, dass die Hagelschutzvorrichtungen einerseits für die Landwirtschaft notwendig sind, andererseits aber im Bereich des Umweltschutzes gewisse Probleme mit sich bringen. Wie bereits gesagt wurde, muss jeder Bauer die Möglichkeit haben, seine Produktion zu schützen. Wir können nicht hergehen und sagen, dass produziert werden soll und jeder seine Arbeit und sein Geld einbringt, Investitionen tätigt usw., dann aber, sobald ein Schaden entsteht, die öffentliche Hand alles vergüten muss. Dies ist nicht möglich. So ist es auch außerhalb von Südtirol geregelt. Deswegen muss man dem Bauer die Möglichkeit geben, seine Produktion entsprechend abzusichern. Dagegen können wir nichts tun. Wenn ein entsprechendes Gerichtsverfahren anhängig gemacht würde, würde das Gericht dem Bauer Recht geben, davon bin ich überzeugt. In diesem Fall steht die Produktion bzw. die Lebensgrundlage des bäuerlichen Betriebes über dem Landschaftsschutz. Ansonsten müsste man das Bauen im landwirtschaftlichen Grün bzw. die Errichtung von Obstanlagen im landwirtschaftlichen Grün verbieten. Das ist wirklich nicht möglich. Aus diesem Grund müssen wir den Bauern die Möglichkeit geben, ihre Produktion durch die Errichtung von Hagelnetzen zu schützen. Wir müssen allerdings die Kriterien für diese Hagelnetze festlegen. Erstens geht es darum, ob für die Errichtung der Hagelnetze eine Baukonzession notwendig ist oder nicht. Wir sind alle der Meinung, dass dies nicht der Fall sein darf, da es sich um eine normale landwirtschaftliche Nutzung bzw. Bewirtschaftung von Grund und Boden handelt. Ansonsten würde man auch für Obstanlagen oder für die Anlage von Weingärten entsprechende Baukonzessionen benötigen. Soweit dürfen wir nicht gehen. Wenn keine Baukonzession notwendig ist, dann bleibt das Problem des Landschaftsschutzes offen. Dass die Errichtung von diesbezüglichen Anlagen einen Eingriff in die Landschaft darstellt und eine Verschlechterung der Landschaftsschutzbedingungen zur Folge hat, darüber sind wir uns alle einig. Deswegen geht es darum, entsprechende Netze und bestimmte Anlagen ausfindig zu machen, die einerseits die Produktion schützen und andererseits auch den geringstmöglichen Eingriff in den Landschaftsschutz bedeuten. Wir haben in diesem Gesetzentwurf vorgesehen, dass es keine Baukonzession braucht. Welche Art von Netzen angebracht werden kann, soll aufgrund von wissenschaftlichen Studien festgestellt werden. Danach wird die Landesregierung unter Berücksichtigung dieser wissenschaftlichen Arbeiten und Erkenntnisse festlegen, welche Farben für die Hagelnetze zulässig sind. Von Seiten der Laimburg wurden schon viele Versuche durchgeführt. Man wird zu einem Ergebnis kommen, dass ge-

wissen Farben nicht, andere aber sehr wohl zulässig sind. Dies stellt einen Kompromiss dar. Die bäuerliche Bevölkerung verlangt natürlich, dass sie diesbezüglich total frei ist. Ich hatte erst gestern diesbezüglich eine Aussprache, bei der man beteuert hat, dass man sich nicht vorschreiben lassen möchte, welche Farbe die Netze haben dürfen usw. Die Bauern sagen, mit der Zeit würde man ihnen sogar die Farbe der Tiere vorschreiben, die in die Landschaft gebracht werden können. Beide Seiten müssen also einen Kompromiss akzeptieren. Die Bauern müssen einsehen, dass es entsprechende Vorschriften gibt, die ihr Problem lösen und auf der anderen Seite den geringstmöglichen Schaden anrichten. Wir alle müssen akzeptieren, dass die Vorrichtungen benötigt werden. Ich glaube, dass wir diesem tragbaren Kompromiss alle zustimmen können!

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen ab: mit 3 Ja-Stimmen und dem Rest Nein-Stimmen ist Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 7 abgelehnt.

Die Sitzung ist unterbrochen.

ORE 13.00 UHR

ORE 15.06 UHR

(Namensaufruf - appello nominale)

VORSITZ DER PRÄSIDENTIN:

Dr. VERONIKA STIRNER BRANTSCH

PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE:

PRÄSIDENTIN: Die Sitzung ist wiederaufgenommen.

Wir fahren mit der Behandlung der zum Landesgesetzentwurf Nr. 77/05 eingebrachten Beschlussanträge fort.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 8 vom 7.11.2005, eingebracht von den Abgeordneten Mair und Leitner, betreffend Rechtssicherheit beim Entzug des Führerscheins.

Ordine del giorno n. 8 del 7.11.2005, presentato dai consiglieri Mair e Leitner, concernente la certezza normativa nel caso di ritiro della patente di guida.

*Rechtssicherheit beim Entzug des Führerscheins
In letzter Zeit häufen sich die Klagen von Bürgern, die nach einem Führerscheinentzug große Unannehmlichkeiten erleiden und das Verhalten der zuständigen Behörden teilweise als Schikane empfinden.
Die Übertretung der Straßenverkehrsordnung wird in Südtirol sehr*

streng geahndet, was die Bürger zur Kenntnis nehmen. Was jedoch oftmals kritisiert wird und auf Unverständnis stößt, ist die mangelnde Rechtssicherheit.

Es kommt laufend vor, dass Bürger, denen der Führerschein entzogen wurde, diesen viel später zurückerhalten, als vom Übertretungsprotokoll bzw. vom entsprechenden Dekret vorgesehen. Dadurch erwächst den Bürgern, die aus beruflichen Gründen den Führerschein brauchen, auch ein finanzieller Schaden. Der Zeitrahmen, welcher über die eigentliche Strafe hinausgeht, beträgt teilweise mehr als einen Monat. Auf Nachfrage erhalten dann Bürger gelegentlich auch noch unfreundliche Beschimpfungen statt klarer Antworten.

Der Umstand, dass Bürger nach Bezahlung der entsprechenden Strafe ihren Führerschein nicht innerhalb der vorgesehenen Frist zurückerhalten, wirft auch die Frage auf, ob Bürger den Anspruch auf Schadensersatz geltend machen können.

Auch Autolenker müssen das Recht auf eine faire Behandlung haben und es darf nicht der Bürger dafür büßen, wenn die Führerscheinkommission mit ihrer Arbeit nicht nachkommt. Es kommt leider vor, dass Bürger erst verspätet einen Termin für die entsprechenden Kontrollen bekommen. In diesem Zusammenhang sollte unser Vorschlag nochmals geprüft werden, Führerscheinkommissionen auch in den Bezirken einzusetzen. Derzeit befindet sich die überörtliche Ärztekommision für Führerscheine beim Dienst für Rechtsmedizin des Sanitätsbetriebes Bozen. Diesbezüglich ist es auch unverständlich, dass die Führerscheinkommission sogenannte CDT-Kontrollen von privaten Labors ablehnt, auch wenn diese eine Konvention mit den Sanitätsbetrieben haben.

Dies vorausgeschickt und in der Überzeugung, dass die Bürger auch im Zusammenhang mit einem Führerscheinentzug absolute Rechtssicherheit haben müssen,

beauftragt

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung,

bei den zuständigen Stellen mit Nachdruck darauf einzuwirken, dass die Bürger jederzeit umfassend über ihre Rechte informiert werden und dass sie innerhalb des verfügbaren Zeitrahmens ihren Führerschein ausgehändigt bekommen.

Certezza normativa nel caso di ritiro della patente di guida

Negli ultimi tempi si registrano numerose lamentele di cittadini che dopo il ritiro della patente hanno subito notevoli disagi riscontrando anche un comportamento talora vessatorio degli enti preposti. In Alto Adige chi contravviene al Codice della Strada è punito assai severamente e i cittadini ne prendono atto. Quello che invece viene spesso criticato e risulta inaccettabile è l'assenza di regole certe.

Succede spesso che cittadini a cui è stata ritirata la patente di guida, la ottengono indietro molto tempo dopo rispetto a quanto previsto dal verbale di contestazione dell'infrazione o dal relativo decreto, creando così danni economici a coloro ai quali la patente serve per lavoro. Lo spazio di tempo oltre a quello della sanzione stessa talvolta arriva a superare il mese. Se poi osano chiedere, può succedere che al posto di risposte chiare debbano anche essere trattati con scortesia.

Il fatto che la patente di guida non venga riconsegnata entro i termini previsti ai cittadini che hanno pagato la sanzione prevista, porta anche a valutare se non vi siano elementi per far valere pretese di risarcimento danni.

Anche gli automobilisti hanno diritto a essere trattati in modo corretto e il cittadino non deve pagare per il fatto che la commissione patenti non riesce a stare dietro al proprio lavoro. Accade purtroppo che alcuni cittadini debbano aspettare parecchio per avere un appuntamento per effettuare i relativi controlli. A tale proposito andrebbe riesaminata la nostra proposta di istituire commissioni per le patenti anche nei distretti. Attualmente la Commissione medica multizonale per le patenti di guida è insediata presso il Servizio medicina legale dell'Azienda sanitaria di Bolzano. A tale riguardo risulta incomprensibile che la commissione medica per le patenti non accetti gli esami della CDT eseguiti presso laboratori privati anche se questi hanno una convenzione con le aziende sanitarie.

Ciò premesso e nella convinzione che anche per tutto ciò che consegue a un ritiro della patente di guida i cittadini debbano avere la certezza normativa necessaria,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
incarica

la Giunta provinciale

di intervenire con forza presso le sedi deputate, affinché i cittadini siano in ogni momento e esaurientemente informati dei loro diritti e che la patente di guida venga riconsegnata entro i termini previsti.

Abgeordnete Mair, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

MAIR (Die Freiheitlichen): Danke, Frau Präsidentin! Ich möchte zu Beginn gleich vorausschicken, dass es uns mit diesem Antrag ausschließlich um die Rechtssicherheit der Bürger geht. Wir wollen hier in keinsten Weise die Kontrollen kritisieren oder anzweifeln. Die Kontrollen sind wichtig und sollen selbstverständlich auch durchgeführt werden. Wir sind aber ganz klar dagegen, dass die Bürger in diesem Zusammenhang von Seiten der öffentlichen Verwaltung sowie von den Polizeiorganen schikaniert werden. Wir haben dieses Thema schon vor einigen Wochen an die Öffentlichkeit gebracht. Wir haben dazu eine Pressekonferenz abgehalten, an der auch die Vizepräsidentin der zuständigen Ärztekommision teilgenommen hat. Sie hat uns damals in den allermeisten Kritikpunkten zugestimmt. Ihrer Meinung nach ist die Überbelastung der Kommission das grundsätzliche Problem. Ich möchte an diesem Punkt den Landesrat fragen, ob er sich in der Zwischenzeit mit der Problematik ernsthaft auseinandergesetzt hat. Mir ist Folgendes aufgefallen. Wir haben anlässlich der Aktuellen Fragestunde eine diesbezügliche Anfrage eingebracht, auf die Sie uns auch geantwortet haben. Ich habe das Protokoll vorliegen, aus dem hervorgeht, was Sie damals gesagt haben. Auf die Anfrage des Kollegen Hermann Thaler, der um schriftliche Beantwortung ersucht hat, haben Sie wortwörtlich dasselbe geantwortet wie damals auf meine Anfrage. Ich habe bereits gesagt, dass es uns nicht darum geht, die Kontrol-

len zu kritisieren. In dieser Diskussion geht es auch nicht darum, dass Alkoholmissbrauch und Trunkenheit am Steuer ein landesweites Problem darstellen. In diesem Punkt stimme ich Ihnen gerne zu. Das sollte natürlich eine andere Diskussion sein. Sie haben bekräftigt, dass das Amt für Gesundheitswesen seit Jahren darum bemüht ist, diesem Problem mit Präventionskampagnen entgegenzuwirken. Sie führen auch die Zahlen an, welche jährlich nicht unbeachtlich in die Höhe schnellen. Dann frage ich mich natürlich, was diese Präventionskampagnen tatsächlich bewirkt haben! Wie aber schon vorher gesagt, es geht hier um die Rechtssicherheit. Wir haben in diesem Zusammenhang wirklich eine große Resonanz von Seiten der Bevölkerung erhalten. Dabei gebe ich zu, dass einige Bürger nicht immer die ganze Wahrheit sagen, teilweise sogar Geschichten erfinden. Wir haben jedoch Fälle nachgewiesen, bei denen sich tatsächlich herausgestellt hat, dass die Ärztekommision letzten Endes schuld daran war, dass jene Leute, die wegen Trunkenheit am Steuer den Führerschein verloren haben, nicht etwa nach 30 Tagen, sondern erst nach 60 bzw. 85 Tagen den Führerschein zurück erhalten haben. Der Landesrat hat uns einmal gesagt, dass der Betroffene sofort, nachdem der Führerschein entzogen wird, von der Führerscheinkommision ein Informationsblatt erhält, in dem sämtliche Angaben bezüglich der weiteren Vorgehensweise enthalten sind. Das stimmt! Aber die beiden Betroffenen, die ich vorher erwähnt habe, haben dieses Informationsblatt erst nach 30 Tagen erhalten, also zu einem Zeitpunkt, als ihnen eigentlich schon der Führerschein zurückgegeben werden sollte. Meiner Ansicht nach haben auch Autolenker, die im betrunkenen Zustand angehalten werden, das Recht auf eine faire Behandlung. Dabei denke ich nicht nur an die Polizeior-gane, sondern in erster Linie auch an die öffentliche Verwaltung. Kein Autolenker sollte dafür büßen müssen, dass die Führerscheinkommision, deren Kompetenz ich absolut nicht anzweifeln will, ihrer Arbeit nicht nachkommt. Es hat sich diesbezüglich relativ wenig verändert, auch wenn der Landesrat gesagt hat, dass er sich um jeden einzelnen Fall selbst kümmern wird. Wie mir bekannt ist, hat sich eine Person schon vor längerer Zeit an Sie gewandt, bis heute jedoch noch keine konkrete Auskunft erhalten. Wenn auf zwei unterschiedliche Anfragen mit dem gleichen Wortlaut geantwortet wird, dann haben Sie in Ihrem Amt sicher eine Person, die das nur als Floskeln abtut und das eigentliche Problem noch nicht erkannt hat.

Noch einmal! Uns geht es hier um die Rechtssicherheit und den Rechtsschutz der Bürger. Es wäre vielleicht an der Zeit, darüber nachzudenken, ob es nicht Sinn machen würde, bei einem Führerscheinentzug direkt - ohne auf die Kommission warten zu müssen - von den Polizeior-ganen dieses Informationsblatt zu bekommen. Sie könnten ihn vor Ort darauf hinweisen, was auf ihn zukommt und wie er sich richtig zu verhalten hat. Es muss ein Grundsatz der öffentlichen Verwaltung sein, jeden Bürger einen möglichst bürgerfreundlichen, transparenten und effizienten Dienst anzubieten.

Abschließend möchte ich sagen, dass jeder Mensch verdient, mit Respekt behandelt zu werden. Man kann nicht pauschal hergehen und jemanden, der wegen Trunkenheit angehalten wird, als notorischen Trinker oder "Psuff", wie wir so schön sagen, abstempeln. Es gibt sehr viele Leute, die auf ihren Führerschein angewiesen sind. Die Strafen sind bekanntlich sehr, sehr hoch und reichen aus. Deshalb wäre es gut, die Kommission künftig personell aufzustocken. Man sollte über unseren Vorschlag nachdenken, die Kommission auch auf die Bezirke auszudehnen.

THEINER (Landesrat für Gesundheit und Sozialwesen – SVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit aller Entschiedenheit zurückweisen, dass wir nicht versuchen würden, diesen Aufgaben ernsthaft nachzugehen. Ich hatte schon bei der letzten Sitzungssession die Gelegenheit, die diesbezüglichen Zahlen aufzuzeigen. Diese muss man sich einmal zu Gemüte führen. Man muss anerkennen, dass alles Mögliche unternommen wurde, um die Anzahl der Sitzungen zu erhöhen, sowie alle verfügbaren Ärzte, die in diesem Bereich einsetzbar sind, heranzuziehen. Ich möchte nochmals in Erinnerung rufen - ob es Ihnen nun gefällt oder nicht -, dass gerade die Visiten bei Trunkenheit am Steuer sprunghaft angestiegen sind. Ich hatte schon vor einem Monat die Gelegenheit, dies darzulegen. Im Jahr 2002 waren es 2237 Fälle, die wegen Trunkenheit am Steuer einer Visite unterzogen wurden. Im Jahre 2003 waren 2832 und im Jahre 2004 4161 Personen betroffen. Jeder wird verstehen, dass bei diesen Steigerungsraten normale Organisationsmaßnahmen, die getroffen werden, nicht ausreichen können. Frau Mair, ich verwehre mich ganz entschieden dagegen, dass man hergeht und Vorsorgeprogramme verunglimpft. Sie fragen sich, was das bringen würde usw. Wir wissen alle ganz genau, dass die Vorsorge nicht nur in Südtirol, sondern europaweit ein wichtiges Thema ist. Das sollten hier alle, die Verantwortung tragen, zur Kenntnis nehmen. Wir wissen alle, dass diese Anzahl nicht deshalb angestiegen ist. Das hat verschiedene Ursachen. Eine der Ursachen liegt bekanntlich darin, dass die Sicherheitsorgane besser hinschauen, als sie es vielleicht in den früheren Jahren getan haben. Deshalb kann man daraus aber nicht schließen, dass die Präventionskampagnen, die das Land bzw. das Forum für Suchtprävention durchführt, keine Früchte tragen. So einfach darf man es sich nicht machen!

Alle, die hier sitzen, sind natürlich dafür, dass die Fristen eingehalten werden können. Wir müssen dafür die Voraussetzungen schaffen. Eine dieser Voraussetzungen wird mit vorliegendem "Omnibus-Gesetz" eingeführt. Wenn Sie sich Artikel 16 anschauen, ist Folgendes enthalten: Um noch mehr Sitzungen der Führerscheinkommissionen abhalten zu können, sollen nicht nur Ärzte des Landesgesundheitsdienstes vertreten sein, sondern auch Fachärzte, die freiberuflich tätig sind. Ich glaube sagen zu können, dass wir in der Landesverwaltung alles unternehmen, um diesen Verpflichtungen zu entsprechen.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zur Abstimmung: mit 2 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen ist Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 8 abgelehnt.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 9 vom 7.11.2005, eingebracht von den Abgeordneten Kury, Dello Sbarba und Heiss, betreffend die Beihilfen an den Flugplatz Bozen und die Air Alps.

Ordine del giorno n. 9 del 7.11.2005, presentato dai consiglieri Kury, Dello Sbarba e Heiss, concernente i contributi all'aeroporto di Bolzano e alla Air Alps.

Keine weiteren Beihilfen an Flugplatz Bozen und an Air Alps, bevor positive Überprüfung durch EU-Kommission veröffentlicht ist.

Mit Artikel 27 des vorliegenden Landegesetzentwurfes soll die Landesregierung ermächtigt werden, Beihilfen und Beiträge zugunsten von Flughafenbetreibern und Flugunternehmen zu gewähren. Diese Möglichkeit kann erst dann in Anspruch genommen werden, sobald die positive Überprüfung durch die Europäische Kommission veröffentlicht ist. Es geht dabei insbesondere um die Vereinbarkeit dieser Maßnahme mit den Artikeln 87 und 88 (Staatsbeihilfen) des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.

Daraus ergibt sich zweifelsohne für das Land Südtirol die Verpflichtung, von der Gewährung jeglicher Beihilfe an die Flughafenbetreibergesellschaft ABD bzw. an die Fluggesellschaft Air Alps abzusehen, solange die Veröffentlichung der positiven Überprüfung durch die EU-Kommission aussteht, da sie dem Gemeinschaftsrecht bzw. dem Verbot der Staatsbeihilfe laut Artikel 87 bzw. dem Notifizierungsgebot laut Artikel 88 widersprechen würden.

Deshalb

beauftragt

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung,

bis zur Veröffentlichung der positiven Überprüfung von der Gewährung jedweder Beihilfe an die Betreibergesellschaft des Bozner Flughafens bzw. an die Fluggesellschaft Air Alps abzusehen. Darunter fallen selbstverständlich auch die Erhöhungen der Kapitalbeteiligungen in direkter Form (Air Alps) bzw. in indirekter Form über die STA (ABD).

Nessun ulteriore contributo all'aeroporto di Bolzano e all'Air Alps prima della pubblicazione dell'avviso dell'esame positivo da parte della Commissione europea

L'articolo 27 del presente disegno di legge provinciale autorizza la Giunta provinciale a concedere aiuti e contributi ai gestori di aeroporti e a compagnie aeree. Di questa possibilità gli interessati possono avvalersi solamente dopo la pubblicazione dell'avviso dell'esame positivo da parte della Commissione europea. Oggetto dell'esame è in particolare la compatibilità delle misure con gli articoli 87 e 88 (aiuti di Stato) del trattato che istituisce la Comunità Europea.

È fuori dubbio che da queste norme nasce l'obbligo per la Provincia autonoma di Bolzano di rinunciare alla concessione di qualsiasi aiuto all'ABD, società che gestisce l'aeroporto di Bolzano, e alla compagnia aerea Air Alps, fino a quando non è pubblicato l'avviso dell'esame positivo da parte della Commissione europea, in quanto gli aiuti sarebbero in contrasto con la normativa comunitaria ovvero con il divieto di concedere aiuti di Stato di cui all'articolo 87 ovvero con l'obbligo di notifica di cui all'articolo 88.

Per questi motivi

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
incarica

la Giunta provinciale

a rinunciare, fino alla pubblicazione dell'avviso dell'esame positivo, alla concessione di qualsiasi aiuto alla società che gestisce l'aeroporto di Bolzano e alla compagnia aerea Air Alps. Fra gli aiuti rientrano ovviamente anche gli aumenti della partecipazione al capitale in forma diretta (Air Alps) ovvero indiretta attraverso la STA (ABD).

Abgeordnete Kury, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Frau Präsidentin, ich bin froh, dass ich anlässlich dieser Tagesordnung noch einmal Gelegenheit habe, auf das, was Landeshauptmann Durnwalder heute Vormittag bezüglich Flughafen gesagt hat, zu replizieren. Einiges ist richtig, vieles entspricht allerdings nicht der Realität.

Ich beziehe mich noch einmal auf das, was Sie heute Vormittag bezüglich der Problematik des Flughafens gesagt haben. Man muss zwischen Flughafen-Infrastruktur, Flughafen-Betreiber-gesellschaft und Flughafen-Unternehmen unterscheiden. Sie haben anscheinend Verständnis für jene Leute, die kritisieren, dass man endlich einmal klar sagen möge, was man in Bezug auf den Flughafen erreichen will. Ich denke, dass die Landesregierung schon deutlich gesagt hat, was sie diesbezüglich erreichen will. Damals wurde die Botschaft an alle Haushalte gesandt. Das, was die Landesregierung bezweckt hat, bzw. die Berechnungen, die damals angestellt wurden, entsprachen nicht der Realität. Dies haben wir stets in Erinnerung gerufen. Damals wurde gesagt, dass der Flughafen entweder klein bleiben muss, um die Versprechungen einzuhalten, die die Landesregierung damals gemacht hat - ich erinnere an diese drei Bewegungen pro Tag, bei denen der Flughafen nie und nimmer finanziell tragbar ist - oder der Flughafen wird vergrößert, was bedeutet, dass die Piste verlängert werden muss. In diesem Fall muss man sich um Charterflüge usw. bemühen. Dann ist er allerdings ökologisch nicht tragbar. Das war immer unsere klare Aussage. Wir waren nicht nur aus umweltpolitischen Gründen dagegen, sondern auch deshalb, weil von vorne herein klar war, dass der Flughafen ein finanzielles Desaster werden wird.

Nun stellen sich diese drei Probleme, die Sie heute aufgezählt haben. Selbstverständlich - damit haben Sie völlig Recht - kann die öffentliche Hand eine Flughafeninfrastruktur bauen. Kein Mensch stößt sich daran. Das ist in rechtlicher

Hinsicht keine Frage. Gleich danach stellt sich das Problem: Wie wird eine mit öffentlicher Hand finanzierte Infrastruktur betrieben? Ab diesem Punkt fängt die Diskussion an. Ich denke, dass ich Sie nicht darüber informieren muss, vielleicht aber andere Kollegen, die die Geschichte nicht so genau verfolgt haben. In der letzthin vom Kommissar Barrot veröffentlichten sogenannten "Präzisierung zur Führung der Regionalflughäfen" steht klar drinnen, dass der Zugang allen offen stehen und transparent gestaltet werden muss. Die Kriterien sagen ganz klar, dass nicht ein Betreiber bzw. ein Flugunternehmen bevorteilt werden darf. Weiters heißt es, dass man die Betreuung von kleinen regionalen Flughäfen bezuschussen kann, allerdings nur unter bestimmten Kriterien. Es handelt sich hier ausschließlich um jene Kosten, die anfallen, um den Flughafen und die Flugunternehmen bekannt zu machen. Dies gilt für maximal 5 Jahre, im Durchschnitt gilt es für 3 Jahre. Maximal 50 Prozent jener Kosten dürfen dazu dienen, den Flughafen bekannt zu machen. Es handelt sich also nicht um die laufenden Spesen. Außerdem muss es in absteigendem Maße verlaufen. Wenn ich also im ersten Jahr mit 50 Prozent beginne, müssen es im fünften Jahr 10 Prozent sein. Außerdem muss man einen Plan vorlegen, der garantiert, dass das Flugunternehmen bzw. der Flughafenbetreiber ab dem sechsten Jahr autonom überleben kann. All das ist weder bei ABD noch Air-Alps in Sicht. Ich beziehe mich jetzt auf diese letzthin genehmigte Präzisierung der Kriterien für die Unterstützung von regionalen Flughäfen, die vor einem Monat herausgekommen ist. Alle regionalen Flughäfen sind gegen diese Bestimmung Sturm gelaufen. Einerseits sagt die EU, dass sie fördern will, aber parallel dazu soll dies so geschehen, ohne den Wettbewerb auf Dauer zu verzerren. Man kann ausschließlich Anreize finanzieren. Ich nehme einmal an, dass diese letzthin erschienene Interpretation der Richtlinie ausschlaggebend für die Einfügung dieser beiden Artikel war. Dem Land ist plötzlich schlagartig bewusst geworden, dass jene Beihilfen, die bisher geflossen sind, nicht EU-konform waren. Es könnte sogar sein, dass sich die EU bereits bei Ihnen gemeldet hat. Wir hatten ja eine Eingabe anlässlich der Unterstützung von Air-Alps durch die Region gemacht. Sie reagieren, indem Sie sagen, dass wir den regionalen Flughafenbetreiber bzw. -unternehmer zur Entlastung der Autobahn - ich kenne die Formulierung, weil sie identisch ist mit jener, die in jener Präzisierung von Kommissar Barrot enthalten ist - fördern wollen. Selbstverständlich ist uns bewusst, dass wir das notifizieren müssen. Zuerst sollte man aber das OK von Seiten der EU-Kommission hinsichtlich der Kompatibilität mit Artikel 87 des EU-Vertrages einholen. Ich muss seinen Wortlaut einmal zu Gemüte führen: "*Aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen, gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb zu verfälschen drohen, sind mit dem gemeinsamen Markt unvereinbar.*" Es gibt natürlich Ausnahmen, beispielsweise in Deutschland, wenn aufgrund der Vereinigung bestimmte wirtschaftliche Probleme auftreten, aber auch Ausnahmen für unterentwickelte Gebiete, wo die Arbeitslosenquote besonders hoch ist usw. Auf alle Fälle ist kein Punkt enthalten, der auf unsere Situation auch nur einigermaßen zutrifft. Laut Artikel 87 des EU-Vertrages sind somit Staatsbeihilfen

jeglicher Art untersagt, es sei denn, die zukünftigen Pläne werden mitgeteilt und die EU sagt Ja dazu. Das könnte sein, könnte aber auch nicht der Fall sein. Ich weiß es nicht. Jedenfalls dürfte klar sein, dass bis zu dieser positiven Überprüfung jegliche Beihilfe illegal und folglich nicht EU-konform ist.

Ich möchte dem Landeshauptmann in Bezug auf seine heutige Aussage, dass keine Beiträge gewährt wurden, sagen, dass man nicht von Beiträgen, sondern von Beihilfen jedweder Art spricht. Wenn - das wissen Sie besser als ich - die öffentliche Hand einen maroden Betrieb subventioniert, indem sie der Gesellschaft beiträgt, ist das auch eine Verzerrung des Marktes. Ich habe mich ein bisschen kundig gemacht, Landeshauptmann Durnwalder! Ich gebe Ihnen Recht, wenn Sie sagen, dass es auf EU-Ebene möglich ist, dass das Land bzw. die öffentliche Hand Kapitalgesellschaften beiträgt. Jedoch muss das sogenannte Prinzip des Privatinvestors gewahrt bleiben. Das bedeutet, dass auch andere Privatinvestoren beitreten werden, weil absehbar ist, dass sich das Kapital innerhalb einer vernünftigen Zeit verzinst. Unter Wahrung des Grundsatzes des Privatinvestors kann die öffentliche Hand jeglichen Gesellschaften beitreten. Nun wird uns allerdings kein Mensch glauben, wenn wir sagen, dass der ABD unter Wahrung des Prinzips des Privatinvestors beigetreten ist. In der Öffentlichkeit ist des Öfteren von einem krisengeschüttelten bzw. maroden Unternehmen gesprochen worden. Das haben nicht wir gesagt, sondern war der allgemeine Jargon, der gebraucht wurde. Insofern handelt es sich um eine Staatsbeihilfe, die den Wettbewerb verzerrt. Ansonsten könnte jede öffentliche Hand unter dem Vorwand, dass sie der Gesellschaft beiträgt, den Wettbewerb verzerren.

Ich möchte noch einmal vorausschicken, dass die Infrastruktur hundertprozentig mit öffentlichen Mitteln finanziert werden kann, unter der Voraussetzung, dass der Zugang anschließend transparent bzw. für alle offen ist und auch transparent vergeben wird. Auch diesbezüglich hapert es sehr. Ich ersuche Sie einmal die Bilanz der ABD durchzulesen! Am Ende wird gesagt, dass der regelmäßige Verlust der Jahre 2003 und 2004 zum Großteil darauf zurückzuführen ist, dass der Air-Alps dermaßen hohe Rabatte beim Landen und Starten gewährt wurden. Es handelt sich also eindeutig um indirekte Beihilfen an ein Unternehmen. All das passt nicht zusammen.

Unser Antrag ist eigentlich äußerst sanft formuliert, weshalb ich Sie ersuchen möchte, ihm zuzustimmen. Ansonsten könnte es zu Gegenwirkungen kommen. Man sollte also erst dann weitere Beihilfen auszahlen - selbstverständlich auch in indirekter Form, indem man der Kapitalgesellschaft über die STA beiträgt oder das Kapital erhöht -, wenn eine positive Überprüfung von Seiten der EU-Kommission erfolgt ist. Im Grunde genommen handelt es sich dabei um nichts anderes als die Einhaltung der gesetzlichen Verpflichtungen. Es sollte eigentlich selbstverständlich sein, sich daran zu halten, was man mit Gesetz festgelegt hat. Wir möchten verhindern, dass in der Zwischenzeit vielleicht wieder Gelder in nicht transparenter Weise über die STA in die Kapitalerhöhung sowohl der ABD als auch der Air-Alps fließen. Das ist einfach nicht kompatibel. Zum Selbstschutz wäre das für alle angebracht.

WIDMANN (Landesrat für Personal, Tourismus, Verkehr und Transportwesen - SVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie sich erkundigen, Frau Kury, wie die regionalen Flughäfen in den verschiedensten Bereichen Europas funktionieren - ich möchte Ihnen auch namentlich einige nennen, beispielsweise Rimini, Bergamo, Brescia, Klagenfurt, Graz usw. -, werden Sie sehen, dass die Infrastrukturen sämtlicher Flughäfen teilweise mehr, teilweise weniger finanziert werden. Trotzdem sind viele regionale Flughäfen in einer wirtschaftlichen Krise, nicht nur - wie Sie sagen - der Flughafen Bozen! Die Richtung innerhalb der EU geht ganz klar dahin, dass regionale Flughäfen mit Investitionen zu einem gewissen Prozentsatz bis zu 5 Jahren bezuschusst werden können.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): *(unterbricht)*

WIDMANN (Landesrat für Personal, Tourismus, Verkehr und Transportwesen - SVP): Wenn Sie mich ausreden lassen, dann werde ich Ihnen den Rest auch noch erklären. Als regionale Flughäfen gelten in der EU Flughäfen unter einer Million Präsenzen bzw. Gästen. In Bozen sind es nicht einmal 100.000 Präsenzen! Klagenfurt hat ungefähr 250.000 Präsenzen. Dort hat sich das Land beteiligt und beispielsweise einen Vertrag mit Low-Cost-Fluglinien abgeschlossen. Dies ist nachweisbar. Innsbruck hat beispielsweise 780.000 und Graz 860.000 Fluggäste, um nur einige Zahlen zu nennen. Wir befinden uns also in der kleinsten Kategorie der regionalen Flughäfen. Ich glaube, dass es deshalb notwendig ist, unsere Flughafenstruktur zum Beispiel mit einem elektronischen Gleitflugsystem, einer Zufahrt zur Feuerwehrrhalle und dergleichen Dingen auszustatten und zu finanzieren. Meiner Meinung nach ist dies richtig so. Deshalb plädiere ich dafür, diesen Beschlussantrag abzulehnen!

PRÄSIDENTIN: Frau Kury, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Ich möchte den Landtag zum Selbstschutz dahingehend informieren, dass, wenn dieser Antrag von Seiten der Landesregierung abgelehnt wird, dies ein wunderbares Argumentationsinstrument in unseren Händen für Europa ist. Wir beschließen nämlich den Artikel, den wir hinterher festlegen, nicht zu befolgen. Dafür möchte ich mich bereits von vorne herein bedanken!

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 9 ab: mit 2 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 10 vom 8.11.2005, eingebracht von den Abgeordneten Heiss, Kury und Dello Sbarba, betreffend das Fahrsicherheitszentrum in der Frizzi Au: Baustopp bis zur Reduktion des Projektumfangs.

Ordine del giorno n. 10 del 8.11.2005, presentato dai consiglieri Heiss, Kury e Dello Sbarba, concernente il centro di guida sicura a Ischia Frizzi: fermo lavori in attesa di ridimensionare il progetto.

Fahrsicherheitszentrum in der Frizzi Au: Baustopp bis zur Reduktion des Projektumfangs

Das geplante Fahrsicherheitszentrum in der Frizzi Au steht am Baubeginn, obwohl nicht nur die seit langem aktiven Projektgegner, sondern immer mehr Menschen in Südtirol am Sinn des Projekts im bestehenden Umfang zweifeln. Nicht nur die finanzielle Größenordnung des Vorhabens, die zusätzliche Emissionsbelastung der benachbarten Anrainer in der ohnehin lärmgeplagten Talsohle und der absehbar geringe Effekt des Zentrums lassen die Kritik vieler SüdtirolerInnen am Fahrsicherheitszentrum als berechtigt erscheinen.

Unter diesen Voraussetzungen wäre es trotz abgeschlossener Planung und anlaufender Arbeiten sinnvoll, die Go-Kart- und Motocross-Piste aus dem Projekt zu nehmen, um es auf eine vertretbare Form abzuspecken. Ein entsprechender Baustopp und eine Verkleinerung des Projektausmaßes würde von vielen Bürgerinnen und Bürgern, die den Einsatz großer Steuermittel für ein unsicheres und überteuertes Vorhaben ablehnen, begrüßt und als wichtiges sozialpolitisches Signal der Landesregierung anerkannt.

Daher

*beauftragt
der Südtiroler Landtag*

die Landesregierung,

eine weitere Prüfung des Projekts vorzunehmen, die vorgesehene Go-kart- und Motocross-Piste ersatzlos zu streichen und bis zur entsprechenden Veränderung des Projekts alle Baumaßnahmen einzustellen.

Centro di guida sicura a Ischia Frizzi: fermo lavori in attesa di ridimensionare il progetto

Nonostante vi sia un numero crescente di persone che esprime forti perplessità sul senso del progetto nelle sue attuali dimensioni - oltre agli avversari del progetto che si sono da tempo mobilitati - a giorni dovrebbe iniziare la costruzione del previsto centro di guida sicura a Ischia Frizzi. I costi esorbitanti del progetto, l'ulteriore inquinamento atmosferico che dovranno sopportare gli abitanti confinanti già assillati dai rumori nel fondovalle nonché i prevedibili scarsi effetti del centro fanno apparire giustificate le critiche di molte e molti sudtirolesi.

Anche se la progettazione è già stata ultimata e i lavori stanno per iniziare, con questi presupposti parrebbe ragionevole stralciare dal progetto la pista di go-kart e motocross, per ridurlo a dimensioni accettabili. Un conseguente fermo dei lavori e un ridimensionamento del progetto verrebbe accolto con favore da molte cittadine e molti cittadini, che non vogliono che si destinino ingenti somme di denaro pubblico

per un progetto di dubbia utilità e dai costi esagerati, e visto come un importante segnale politico della Giunta provinciale nei confronti della società.

Pertanto

*IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
incarica*

la Giunta provinciale

di provvedere a una ulteriore verifica del progetto e di stralciare la prevista pista di go-kart e motocross, sospendendo i lavori in attesa di una conseguente modifica del progetto.

Abgeordneter Dello Sbarba, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

DELLO SBARBA (Gruppo Verde-Grüne Fraktion-Grüpa Verda): Con questo ordine del giorno vogliamo portare in Consiglio le ragioni ponderate e obiettive con cui non dico i gruppi e le associazioni ambientaliste ma la stessa popolazione della Bassa Atesina ha giudicato il progetto del centro di guida sicura a Ischia Frizzi. Ho partecipato, l'assessore era il relatore principale delle due serate, agli incontri in Bassa Atesina, a Vadena c'erano circa 300 persone dentro la sala consiliare, un dibattito che è durato quattro ore - do atto all'assessore del fatto che ha partecipato a tutto il dibattito e ha risposto per come riteneva opportuno confrontandosi con gli argomenti presentati dalla popolazione - e poi ieri sera a Laives. L'assessore si è potuto rendere conto di quale sia l'opposizione che questo progetto di guida sicura trova tra la popolazione, anche con grande emotività ed emozione, ma anche da parte di molti amministratori e da parte di molti membri del partito stesso a cui appartiene l'assessore, una critica molto meditata. E' questa critica che noi vogliamo riprendere. Essa dice che la questione non é se il Sudtirolo ha bisogno di un centro di guida sicura e se ha bisogno o no di una efficace educazione stradale, è chiaro che ha bisogno di tutto questo ed è positivo che l'assessorato e la Giunta provinciale già si siano impegnate, però innanzitutto il fatto che con un centro di guida sicura, di educazione stradale ha poco a che vedere una pista di motocross e una pista di go-kart, perché questo significherebbe che in un'area della zona di Ischia Frizzi si educano i ragazzi e le ragazze o anche gli adulti alla guida attenta sulla strada ad andare piano, e dall'altra, a pochi metri di distanza, in una pista di motocross e di go-kart li si educano a pigiare sull'acceleratore e a dare gas. Anche dal punto di vista educativo la compresenza di queste due logiche sulla stessa area attorno ad un progetto che si chiama "guida sicura" a noi pare incompatibile. Tra l'altro abbiamo saputo ieri all'assemblea di Laives che nel dibattito interno alla SVP, scusate se mi intrometto ma ieri era un'assemblea aperta, convocata dal vicesindaco Forti, il gruppo degli Arbeitnehmer della Bassa Atesina si è presentato ricordando all'assessore che c'è un protocollo preciso all'interno del partito in cui il "Sozialausschuss" della SVP si è pronunciato anche per accettare il centro di guida sicura a Ischia Frizzi ma a patto che venissero stralciati la pista di motocross e di go-kart. In questo documento in fondo chiediamo solo questo, non chiediamo l'obiettivo massimo che sarebbe forse di

ripensare l'intero progetto, ma almeno di fermarsi, fare una pausa di riflessione e stralciare da questo progetto i due elementi, la pista di motocross e di go-kart, che lo fanno invisibile alle popolazioni. Io e l'assessore abbiamo visto in faccia quali erano i giovani che si erano appena tolti il casco dalla testa e che con grande forza sostenevano la posizione dell'assessore. Ho ascoltato gli argomenti del capo delle associazioni motociclisti della provincia di Bolzano, che è una persona che ha seduto nei banchi di Alleanza Nazionale per tanti anni e si chiama Marco Bolzonello, e che a questo punto ho scoperto essere un entusiasta sostenitore della politica della Giunta provinciale, del centro di guida sicura e, in particolare, personalmente dell'assessore Widmann, e quindi è intervenuto in questa assemblea per difenderlo. Abbiamo visto che tipo di persone sostengono queste cose, non mi sembra siano persone che ispirino una grande educazione stradale. Quindi stralciare questi due elementi dal progetto, che sono giustificati solo perché forse tirano qualche soldo in più per il finanziamento del centro di guida sicura, ma dal punto di vista ambientale sono quelli che destano alle popolazioni la più forte preoccupazione, perché si ha la preoccupazione del rumore. Ieri l'assessore ha anche rivelato che uno può portare anche un go-kart proprio, quindi sappiamo che tipo di silenziatori hanno i go-kart privati, ecc. E' chiaro che sono macchine che devono andare più forte possibile, più si tappano meno vanno forte, perché c'è il ritorno del fumo. C'è la preoccupazione che su queste due piste si facciano le gare, sono abilitate a fare le gare, c'è la preoccupazione per gli altoparlanti che sono previsti attorno a queste piste e che dovrebbero accompagnare e commentare. Non solo queste due strutture sembrano una beffa rispetto a questi due obiettivi di guida sicura, sembrano anche un modo per buttar via i soldi, ma sono anche strutture che più fanno preoccupare la popolazione dal punto di vista ambientale, una popolazione che ne ha abbastanza, ha l'autostrada, la ferrovia, l'aeroporto. In questa assemblea è stato ricordato che sono state raccolte 35 mila firme contro l'aeroporto, che erano state date delle precise assicurazioni. E' stato detto ieri che i tecnici avevano detto che l'aeroporto avrebbe fatto rumore quanto il disco fisso di un computer che ronza. Invece oggi sappiamo che nel momento in cui l'aeroporto è in deficit e fa acqua da tutte le parti, anche lì si spinge e si dà gas, attirando i voli charter ecc. E chi dice che è un centro di guida sicura col silenziatore, piano piano questo silenziatore viene tolto proprio perché la cosa deve funzionare e si devono attirare sempre più clienti. Del resto l'ha detto anche l'assessore che la Provincia punta ad ammortizzare i costi e quindi ad avere più clientela possibile, sia nel centro guida sicura sia nel centro di go-kart e di motocross.

Un atto di questo tipo potrebbe essere un atto molto importante per le popolazioni, perché ci sono state queste assemblee popolari, la protesta, il dibattito, c'è stato il dibattito interno al vostro partito, importante e appassionato. Credo che la Giunta provinciale un segnale debba darlo, bisogna trovare una mediazione, un possibile compromesso. E questo segnale potrebbe davvero essere quello di rivedere un progetto, fare una modifica in corso d'opera. Se ne fanno sempre tante per aumentare i costi e le strutture, per una volta facciamo una modifica in corso d'opera che riduce i costi e le

strukturen, und deshalb zumindest erreichen wir die Strecke des Motocross und des Go-Kart, die zu dem Symbol der negativen Seite dieser Struktur! Dies würde bedeuten, dass wir eine Antwort auf die Erwartungen der Bürger, nicht die Enttäuschung und die Unsicherheit, mit denen die Bürger, die Führungskräfte und die Aktiven Ihres Parteis in der Bassa Atesina sich verbunden haben, im Vergleich und in der Debatte, und im Grunde würde auch dieses Signal, das ich glaube, wiederbringen würde, die Ruhe und das Vertrauen in der Bevölkerung dieser Länder, die heute so viele Strukturen haben, die man verdächtig ist, dass es sich um Länder und Teile der Serie B handelt, in denen alles, was man machen kann, ist in die Luft zu scheitern.

PÖDER (UFS): Frau Präsidentin! Wir werden für diesen Antrag stimmen. Wissen Sie, was ich für das Schlimmste in diesem Zusammenhang halte? Ich halte es für fast unsäglich schlimm, dass man für ein solches Projekt, bei dem es um einen Deal mit der Iveco bzw. primär um ein Motorsportzentrum geht, die Verkehrstoten als Begründung heranzieht. Das halte ich wirklich für schlimm. Ich will dazu nicht noch mehr Worte verlieren, weil ich dann dieselbe Art und Weise, Politik zu machen, übernehmen würde. Wie gesagt, es ist schlimm, ein solches Projekt damit zu begründen, dass es leider Gottes viel zu viele Verkehrstote bzw. zu viele Unfälle gibt. Es geht hier um ein Projekt, das auf über 15 Hektar durchaus schönem Kulturland bzw. auf unberührtem Grund errichtet werden soll. Man mag natürlich die nahe Mülldeponie als Begründung heranziehen, um zu sagen, dass die Frizzi-Au nicht so schützenswert sei. Da sich eine Mülldeponie daneben befindet, könnten wir ohne weiteres ein solches Motorsportzentrum errichten. Es ist kein Fahrsicherheitszentrum, sondern ein Motorsportzentrum mit Fahrsicherheitsteil! Das muss man klarstellen. Es ist sicherlich so, dass man die Leute dort vor vollendete Tatsachen stellt. Man kann nicht sagen, dass niemand protestiert hätte. Ich kann mich noch daran erinnern, dass wir in der vergangenen Legislaturperiode des Öfteren über dieses Fahrsicherheitszentrum gesprochen haben. Ich kann mich auch noch gut daran erinnern, dass Verkehrslandesrat Di Puppò dieses Fahrsicherheitszentrum propagiert hat. Irgendwann einmal musste er das Ganze aber in der Schublade verschwinden lassen, weil er gesehen hat, dass die Proteste zu heftig sind bzw. zu heftig werden könnten. Damit war das Projekt in den Augen der Öffentlichkeit und in unseren Augen gestorben. Aber es wurde wieder aus der Schublade herausgeholt. Man hat ein paar Millionen weggezückt, die dann mit Sicherheit doch ausgegeben werden. Wenn man es jetzt mit 14 bzw. 15 Millionen Euro veranschlagt, dann vergisst man natürlich die dazu gehörenden Infrastrukturen, die Brücke, die errichtet werden muss, die verschiedenen Sicherheitsmaßnahmen, den Ausbau der Zufahrtsstraße usw. All das hat man dabei vergessen. Wenn man jetzt sagt, dass das Projekt selbst zwischen 14,5 und 15 Millionen Euro kosten wird, wissen wir, dass es später teurer werden wird wie alles in Südtirol, was von der öffentlichen Hand gebaut wird. Man schaue nach Meran, die Meraner Thermen, die zum Schluss 20 Millionen Euro mehr gekostet haben. Folglich überschreiten die Mehrkosten der Therme um 5 Millionen Euro die Kosten des gesamten Motorsportzentrums. Nehmen wir einmal wohlwollend an, dass

das Projekt wirklich nur 15 Millionen Euro kosten wird, dann dürfen wir aber nicht darüber wegschauen, dass der Rest, der gemacht werden soll, zwischen 5 bis 10 Millionen Euro ausmachen wird. Folglich werden wir für das Spielzeug "Motorsportzentrum Frizzi-Au" weit über 20 Millionen Euro ausgeben müssen. Der Landeshaushalt bietet, auch wenn wir noch so genau nachschauen, keinen Spielraum für derartige Spielzeuge. Er bietet - finanziell gesehen - keinen Spielraum für solche Projekte, die niemand will, außer vielleicht ein paar Politiker, Leute, Personen, Vertreter, Funktionäre oder wer auch immer. Vor allem einige in der Landesregierung oder zumindest einer in der Landesregierung möchten sich damit ein Denkmal setzen oder vielleicht einem Deal mit der Iveco nachgehen. Ich weiß nicht, welches die wirkliche Begründung dafür ist, dass man dieses Projekt auf Biegen und Brechen über die Bühne bringen will.

Wenn man drei Fragen - ich habe es bereits in der Aktuellen Fragestunde gesagt - zum Motorsportzentrum Frizzi-Au stellt und drei ehrliche Antworten darauf gibt, dann wird man zu einem Ergebnis kommen, das klar ist. Wollen wir es jetzt errichten oder müssen wir es jetzt errichten? Erste Frage: Brauchen wir dieses Motorsportzentrum jetzt? Nein. Haben wir das Geld dazu, haben wir den Spielrahmen im Haushalt? Nein. Ist die Bevölkerung dafür? Nein. Bei drei negativen Antworten sollte man das Projekt auf Eis legen.

URZÍ (AN): Per annunciare il voto favorevole a questo documento che nella sostanza interpreta quello che è il senso e anche il pratico contenuto di una serie di iniziative che anche Alleanza Nazionale da quando si è cominciato a parlare di questi progetti ha avviato sul territorio a sostegno di una comunità, quella che è direttamente investita da questi grandi progetto e che avverte su di sé il peso eccessivo, quasi sproporzionato se pensiamo al resto del territorio provinciale, di un impegno della Provincia nella realizzazione di strutture di interesse collettivo ma che finiscono per avere una pesante ricaduta in termini ambientali e di qualità della vita. Un concetto che dice poco così solo enunciato, qualità della vita, eppure rappresenta ciò che di più importante una persona, una comunità ha. Il primo elemento della propria condizione calata in rapporto al territorio è proprio quello della qualità del rapporto di se stessi con quello stesso territorio, quindi la qualità dell'ambiente in cui ci troviamo a vivere e ad operare. E' indubbio allora, come le comunità locali hanno manifestato, che tra Vadena e quella parte di Laives che si affaccia sul territorio interessato dai progetti si avverta pesantemente il rischio di una speculazione che rischia di avere una pesante ricaduta su questa qualità della vita. La comunità di Vadena non ha nascosto come il territorio di quel comune sia stato fatto oggetto nel recente passato di quegli insediamenti di una serie di strutture di grande peso sociale, quasi che il più piccolo comune dell'Alto Adige dovesse pagare il prezzo più alto in termini di politica ambientale.

Allora come non condividere questo documento, che interpreta un sentimento diffuso, che certamente è connesso a quello che è un sentimento delle comunità

locali, ma che è avvertito come un dovere morale da parte di tutti noi? Il che non significa affatto una opposizione fine a sé stessa e pregiudiziale ad un intervento di ogni tipo di progetto di sviluppo del territorio, ci mancherebbe altro, di insediamento sul territorio di strutture. Si tratta solo di adeguare la qualità di queste strutture in rapporto alla qualità del territorio, in rapporto anche ai costi e ai benefici della popolazione locale. In questo caso questo rapporto va ad incidere maggiormente sui disagi che questo tipo di struttura andrebbe a creare piuttosto che sui benefici che l'intera collettività potrebbe trarre, in particolar modo da quelle strutture che potrebbero innestarsi nel centro primario di guida sicura andando a costituire dei centri sportivi ricreativi sui quali c'è la necessità di avviare una riflessione molto più profonda e più ampia che sia adeguata a tutti i criteri che in questo caso devono essere soddisfatti, primo fra tutti il grado di tolleranza e di sopportabilità che il territorio è nella condizione di mostrare rispetto ad un progetto di forte impatto ambientale. Il voto sarà sicuramente favorevole rispetto a questo ordine del giorno che vuole costituire un invito ad una verifica, a fermarsi, a prendere fiato, valutare con esattezza le proprie volontà prima di decidere in maniera irrevocabile in maniera da creare un danno che non può essere più riparato.

SEPMI (Unitalia - Movimento Iniziativa Sociale): Al di là delle considerazioni del tutto estemporanee del presentatore di questo ordine del giorno che si permette di fare dei giudizi su coloro che hanno portato avanti o meno un progetto di questo tipo, identificandoli in questo o quel movimento politico in modo del tutto discutibile, che fanno parte del suo stile e sul quale io non mi voglio abbassare perché non fa parte della mia scuola politica essere a questi livelli, penso che chi fa una proposta politica, quando fa parte dell'opposizione, debba porre anche delle condizioni alternative. Sarei stato felice se il collega invece che stare ad identificare coloro che si erano appena tolti il casco, che fanno parte di questo o quel movimento politico, ... Se devo dire la verità, esponenti del Suo mondo politico, collega, li incontro per strada che si fanno le canne, e questo non lo devo venire a dire in Consiglio provinciale. Ritengo che il Suo sia uno stile da ..., non mi sento neanche di identificarlo, perché si identifica già da solo.

Al di là di questo credo che chi fa opposizione deve contrastare un discorso della maggioranza con delle alternative. A Ischia Frizza dà fastidio un discorso di questo tipo? Benissimo. Il comune di Vadena si trova in una situazione problematica per una proposta di questo tipo? Benissimo, si pongano delle alternative. Si dica da parte dell'oppositore cerchiamo un altro spazio più adeguato che non crei fastidi ai residenti altoatesini, ma non si blocchi tutto in nome di situazioni del tutto discutibili. Come si fa a dire che questa opera per coloro che fanno motocross, per coloro che fanno guida sicura, il go-kart costa troppo! Allora mettiamo in discussione anche gli impianti di risalita, perché non tutti vanno a sciare, mettiamo in discussione i poligoni di tiro perché non tutti sparano, mettiamo in discussione qualsiasi campo da golf, perché una minoranza ristrettissima gioca a golf! Ma che ragionamenti sono? Sono ragionamenti da

gulag sovietico, secondo cui siccome alla maggioranza non interessa fare go-kart, allora non lo fa nessuno. Cerchiamo di essere obiettivi. Dà fastidio a Vadena? Bene. Allora che il presentatore di un documento di questo tipo abbia il coraggio di proporlo da un'altra parte! Se avesse scritto Campo Tures, ci sarebbero quegli abitanti arrabbiatissimi con lui. E' troppo facile sparare addosso, creando giudizi nei confronti di chi presenta determinate situazioni, perché si erano appena tolti il casco! Per cortesia, proponga delle condizioni che possano essere accettate, non venire a dire che si spendono 15 miliardi per fare una cosa che interessa una minoranza, perché tutte le strutture sportive interessano solo una minoranza! Una piscina coperta costa 50 miliardi, io non ci sono mai andato, ma non posso mica bloccare chi ci vuole andare! Ma che discorsi sono? Da terzo mondo?

Pur riconoscendo che possono esserci delle ragioni di fastidio, che possono esserci delle condizioni che possono creare disturbi alla quiete pubblica ecc., non vedo alternative, quindi ritengo sia una struttura che va fatta. Non va fatta lì, la facciamo da un'altra parte. Poi non riesco a capire quando si parla dell'Iveco che avrebbe bisogno delle piste di collaudo, perché deve esserci da parte di italiani come lui un'avversione totale. Dà lavoro a 700 persone, è un'industria che crea redditività per la provincia, posti di lavoro, condizioni che vanno messe in rilievo. Poi, se la Provincia non deve spendere soldi per fare una pista dell'Iveco è un altro discorso, ma non mettere pregiudizi di questo tipo che non fanno parte di un sistema e di una dialettica politica inaccettabile! Sono contrarissimo ad una proposta di questo tipo, perché pur riconoscendo il disagio, delle condizioni di contrarietà su questi temi, penso che come è stata illustrata dal presentatore e come è stata posta come condizione di impegno, sia del tutto inaccettabile. Preannuncio quindi il mio voto contrario.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Frau Präsident! Ich beginne einmal von hinten, das heißt beim beschließenden Teil. Wenn ich richtig verstehe, dann sagen die Grünen, dass, wenn die Landesregierung die Go-Kart-Bahn und die Motocross-Piste streicht, sie dann nichts gegen das Fahrsicherheitszentrum haben. An diesem Punkt ist für mich klar, dass nicht die Frizzi-Au, sondern die Go-Kart-Bahn das Problem ist. So, wie man den Antrag formuliert hat, ist er nicht glaubwürdig. Somit geht es eigentlich nicht so sehr darum, die Frizzi-Au zu schützen, sondern die Go-Kart-Bahn und die Motocross-Piste zu verhindern. Das verstehe ich nicht. Wir als Freiheitliche haben stets gesagt, dass wir für ein Fahrsicherheitszentrum sind. Man sollte vordergründig überprüfen, ob man nicht jenes im Bundesland Tirol mitbenutzen kann, da wir immerzu von Landeseinheit, Europaregion und Zusammenarbeit sprechen. In der Praxis funktioniert es dann aber nicht. Dann müssen wir immer alles selber machen. Ich denke an den Flughafen, die Universität, die Go-Kart-Bahn usw. Man vernimmt immer schöne Worte, aber wenn es ums Eingemachte geht, sehe ich nie ein Beispiel, wo die Zusammenarbeit funktioniert. Sporteinrichtungen könnte man beispielsweise auch gemeinsam nutzen. Da fehlt mir die Initiative der Landesregierung. Wir sind ganz klar

für ein Fahrsicherheitszentrum. Die Diskussion in diesem Land läuft einfach schief. Herr Landesrat, ich bin jetzt nicht Ihr Verteidiger! Ich habe die Sendung "Pro und Contra" nicht gesehen, aber wahrscheinlich haben Sie dort nicht unbedingt klug gehandelt, wenn man den Leserbriefen und den Wortmeldungen, die ich höre, Glauben schenken kann. Ich habe die Sendung - wie gesagt - nicht gesehen und denke mir, dass es wahrscheinlich nicht besonders klug war. Es ist immer das gleiche Spiel und die Landesregierung macht immer dieselben Fehler. Wenn ein größeres Projekt ansteht, dann beschließt man es beinahe in "camera caritatis". Man schickt irgendjemanden vor um zu schauen, wie die Reaktionen sind, und verhält sich dann dementsprechend. Anstatt dessen sollte man abwägen, was gebraucht wird und wo es gemacht werden soll. Man sollte die Leute schon im Vorfeld miteinbinden und dann zu einer Entscheidung kommen. Wir haben eine Anfrage an die Landesregierung gestellt, auf die wir noch keine Antwort erhalten haben. Wir fragten danach, ob alternative Standorte geprüft wurden und, wenn ja, wo? Man kann uns nicht erzählen, dass ein Fahrsicherheitszentrum in Südtirol 24 Millionen Euro kosten sollte und nun auf 14 bis 15 Millionen Euro reduziert worden ist. In Niederösterreich wurde vor einem Jahr das modernste Fahrsicherheitszentrum Europas eingeweiht. Es hat 10 Millionen Euro gekostet. Man wird uns entgegen, dass es dort keine Go-Kart-Bahn gibt. Ich weiß nicht ausreichend Bescheid. Wir ersuchen um eine Erklärung! Wenn die Bevölkerung über alle Dinge informiert ist, kann man anders diskutieren. Es geht jetzt nicht mehr um die Frage, Fahrsicherheitszentrum Ja oder Nein, sondern man steht jetzt wieder vor der Wahl für oder gegen Landesrat Widmann bzw. für oder gegen die Landesregierung. Das ist die übliche Diskussion, die wir in Südtirol erleben, wenn es um ein großes Projekt geht. Wir könnten uns auch einmal die ganzen Sportplätze in Südtirol anschauen, die leer stehen, und sie auf ihre Kosten hin überprüfen. Man könnte einen Fußballplatz, der nicht mehr genutzt wird, in Betracht ziehen. Das würde die Bevölkerung nicht so sehr ärgern. Da würde man sicherlich keinen Lärm erzeugen. Man könnte viel einsparen und Gründe, wenn sie nicht mehr genutzt werden, für andere Zwecke verwenden. Das tut man jedoch nicht. Uns geht es darum, dass man offen und ehrlich darüber diskutiert, welchen Sinn ein Fahrsicherheitszentrum ergibt. Wir sind dafür, wenn es richtig konzipiert ist. Man muss überprüfen, in welcher Größenordnung es notwendig ist. Außerdem muss man Fachleute mitentscheiden lassen. Ich bilde mir nicht ein, mehr zu verstehen als Leute vom Fahrsicherheitszentrum, vom Automobilclub usw.

Was uns in diesem Zusammenhang ganz wichtig erscheint, ist das Thema des sogenannten Mehrphasenführerscheins. Wir reden immer von Verkehrssicherheit. Bei uns passieren noch sehr viele Unfälle, die teilweise vermieden werden könnten, wenn die Fahrschüler eine bessere Ausbildung hätten. Andere Länder machen es uns vor. Dort macht man keinen Schnellsiederkurs, bei dem man den Führerschein bekommt und sofort entlassen wird. Da muss man "nachsitzen" und Fahrprüfungen auf eisigen Straßen, bei Aquaplaning usw. ablegen. Ich verweise also auf Nachschulungen bzw. den sogenannten Mehrphasenführerschein. Das, was in anderen Ländern gut

funktioniert, sollte man übernehmen. Wir übernehmen meistens jene Dinge, die anderswo nicht funktionieren. Das ist Dummheit! Ich sage stets, dass man einen Fehler machen kann. Aber einen Fehler nachmachen, ist Dummheit. Ich erwarte mir, dass man die Diskussion ein bisschen sachlicher führt.

Wie gesagt, wenn der Antrag so formuliert ist, kann ich damit nichts anfangen. Dann ist die ganze Diskussion, die geführt wird, ein Vorwand. Man sagt hier ganz klar und deutlich ein Ja zum Fahrsicherheitszentrum, aber ein Nein zur Go-Kart-Bahn und zur Motocross-Piste. Demnach interessiert Sie die Frizzi-Au eigentlich nur in zweiter Linie.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Ich möchte versuchen, die Diskussion sachlich zu führen und den Kollegen Leitner auf unsere Seite zu bringen. Beim Kollegen Seppi sehe ich keine großen Chancen, dies zu erreichen. Aber ich bedanke mich trotzdem dafür, dass er uns leibhaftig gezeigt und vorgemacht hat, wie man politischen Stil an den Tag legt. Danke, Kollege Seppi, wir werden versuchen, uns an Ihrem politischen Stil zu orientieren!

Ich ersuche den Kollegen Leitner einerseits, den gesamten Text unseres Antrages betreffend das Fahrsicherheitszentrum in der Frizzi-Au durchzulesen. Andererseits möge er bitte die heutige Situation im Landtag berücksichtigen. Wir wissen, dass die diesbezüglichen Arbeiten spätestens nächste Woche beginnen, wenn in der Zwischenzeit nicht irgendein Handstreich erfolgt und bereits heute die Bagger auffahren. Wir können natürlich fordern, kein Fahrsicherheitszentrum zu errichten und dafür aus der Frizzi-Au ein Biotop zu machen. Wir wissen aber gleichzeitig, dass das nie und nimmer konsensfähig ist. Wir haben nach reiflicher Beratung untereinander beschlossen, momentan zumindest das vorzuschlagen, was wir sowohl von der SVP Leitners als auch - ich möchte dies sagen, bevor Richard Theiner den Saal verlässt - von den SVP-Arbeitnehmern als offizielle Mitteilung gehört haben: Nein zur Motocross-Piste und Nein zur Go-Kart-Bahn. Diese klare Botschaft wurde von der Südtiroler Volkspartei gegeben. Deswegen wollten wir hier zumindest diesen Aspekt geschlossen vorantragen. Dies bedeutet auf alle Fälle, dass das momentane Projekt gestoppt werden muss. Dadurch bestünde die Möglichkeit zum Nachdenken. Dies ist sozusagen der letzte Versuch angesichts der Tatsache, dass nicht mehr sehr viel Zeit verbleibt. Wir möchten heute also eine entsprechende Mehrheit im Landtag zumindest für den ersten Passus finden. Es soll eine weitere Prüfung des Projektes vorgenommen werden. Um Konsens heischend würde man sich festlegen, dass die Go-Kart- und Motocross-Piste in der Frizzi-Au nichts zu suchen haben. Laut Argumentation der Landesregierung will man durch diese Strukturen verhindern, dass es in Zukunft weiterhin dermaßen viele Verkehrstote gibt. Diese soeben genannten Einrichtungen sowie der Panzerübungsplatz passen ganz sicherlich nicht in diese Argumentation. Lieber Kollege Leitner, könntest du dich doch noch von dieser Argumentation überzeugen lassen, dass das momentan das Wesentliche ist! Heute ist schon Donnerstag, was bedeutet, dass es da-

nach keine Möglichkeit mehr gibt, im Landtag diesbezüglich eine Mehrheit zu finden und das Projekt zu blockieren. Ich möchte dich ersuchen, zumindest dem ersten Satz: *"beauftragt der Südtiroler Landtag die Landesregierung, eine weitere Prüfung des Projekts vorzunehmen,"* zuzustimmen! Gleichzeitig ersuche ich, getrennt über den nächsten Passus abzustimmen. Es wäre wesentlich, heute möglichst viele Leute auf unsere Seite zu bringen und die SVP herauszulocken, damit sie auch dazu stehe, was Sie in der Öffentlichkeit gesagt hat. Ich wiederhole: Sowohl die SVP Leifers als auch die Arbeitnehmer in der SVP haben Nein zur Motocross-Piste und Nein zur Go-Kart-Bahn gesagt. Ich bitte die Kollegen der SVP, es hier auch zu sagen, damit wir die Möglichkeit haben, das gesamte Projekt noch einmal zu überprüfen. Danach können wir nach Alternativen suchen. Das wäre unser Anliegen. Wir sind gerne bereit, über den ersten Satz des beschließenden Teils separat abstimmen zu lassen, um auch dem Kollegen Leitner die Möglichkeit zu geben, dem Antrag zumindest teilweise zuzustimmen. Danke schön!

WIDMANN (Landesrat für Personal, Tourismus, Verkehr und Transportwesen - SVP): Sehr geehrte Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte kurz auf die von Pius Leitner angesprochene Sendung "Pro & Contra" eingehen. Klaus Prokopp, Chef des Dachverbandes für Natur- und Umweltschutz, ist von Beruf Kommunikationsberater und weiß ganz genau, wie man mit den Medien, die viele Menschen in der Bevölkerung verfolgen, umgeht. Leider sagt er aber in diesem Zusammenhang den Rest der Wahrheit nicht. So ähnlich macht es auch Frau Kury - in meinen Augen eine gebildete Frau -, die heute wiederum von Panzerübungsplätzen spricht. Sie kennen die schriftliche Unterlage von Seiten der Iveco, in der ganz klar deklariert wird - dies geschah lange vor dieser Protestaktion -, dass weder in der Frizzi-Au noch irgendwo anders in Südtirol ein Interesse daran besteht, Panzergeräte zu testen. Man will nicht den gesamten Ring, sondern nur einen Teil des Fahrtechnik- bzw. Fahrsicherheitszentrums zu diesem Zweck nutzen. Wir führen gerade die diesbezüglichen Verhandlungen. Herr Prokopp weiß ganz genau Bescheid, gibt aber in den Medien, die Tausende von Menschen verfolgen, bekannt, dass auf diesem Gelände Panzer getestet werden. Er weiß sehr wohl, dass das nicht stimmt. Meiner Ansicht nach ist es richtig, wenn man ihn, ganz ruhig, in seinen Ausführungen unterbricht und sagt, dass er nicht die ganze Wahrheit spricht. Anschließend sollte man ihm sachlich darlegen, welches die Wahrheit ist. Ich glaube, dass wir seine Aussagen mit ganz klaren Argumenten widerlegen können. Weiters weist Herr Prokopp darauf hin, dass die Menschen dort wegen der Feinstaubbelastung sterben würden. Wenn wir bedenken, dass dort eine Autobahn vorbeiführt, auf der tagtäglich 5.500 Lastwagen und 26.000 Autos verkehren, dass das erste Haus 280 Meter und das zweite Haus 380 Meter vom Fahrsicherheitszentrum entfernt liegen, dann muss ich sagen, dass er ganz gezielt Angst verbreitet. Damit wird die Bevölkerung nur aufgehetzt, verängstigt und falsch informiert. Das ist unkorrekt, verantwortungslos und beinahe beschämend. Dies ist

meine Meinung, zu der ich stehe. Das werde ich immer wieder öffentlich darlegen. Ich habe bei der Sendung "Pro & Contra" sachlich, nett, aber bestimmt argumentiert!

Als nächstes möchte ich Folgendes sagen. Die Gemeinde Pfatten hat bezüglich des Standortes einen Brief unterzeichnet, in dem gefordert wird, dass in der Frizzi-Au ein Fahrtechnik- bzw. Sicherheitszentrum mit Go-Kart-Bahn und Iveco-Testgelände, aber ohne Motocross-Piste errichtet wird. Daraufhin - ich habe es auch von Kollegen Di Puppò übernommen - habe ich mir die Zeit genommen, diese Projekte genau anzuschauen. Wir haben die Kosten stark reduziert und sind von 22,5 auf 14,6 Millionen Euro gekommen. Das muss man einfach erwähnen! Diese Summe ist absolut vergleichbar mit den anderen Fahrsicherheitszentren, wenn man das gesamte Projekt sieht. Jetzt haben wir weitere Vereinbarungen mit dem neuen Gemeinderat von Pfatten getroffen. Erstens haben wir uns darauf geeinigt, keine Rennen auf der Motocross-Piste auszutragen. Eine Motocross-Strecke, auf der es keine Rennen gibt, ist also gar keine Motocross-Piste mehr! Zweitens dürfen dort nur Motorräder fahren, die für Straßen zugelassen sind. Dagegen kann man nichts haben, da sie ja sonst in Südtirol auch überall zirkulieren dürfen. Dann dürfte dies auf dem Gelände der Frizzi-Au, von dem die nächsten Häuser 280 bzw. 380 Meter entfernt sind und an dem die Autobahn mit den täglich 26.000 verkehrenden Autos und 5.500 verkehrenden Lastkraftwagen vorbeiführt, wohl auch möglich sein! In dieser Gegend sollte man es schon erlauben, dass unsere jungen Leute diesen Sport ausüben, aber auch ältere Menschen diesen Sport oder Nicht-Sport machen. Davon bin ich überzeugt. Wir sollten eigentlich alle davon überzeugt sein, da es einstimmig beschlossen wurde. Es ist eine gute Sache. Das Wesentliche ist das Sicherheitszentrum. Jeder, der Lust und Laune hat, kann den Mehrphasen-Führerschein nach dem finnländischen Modell machen. Man kann sich das schwedische, schweizerische oder deutsche Modell anschauen. Ebenso kann man das Mehrphasen-Modell von Österreich beurteilen und sagen, ob es gut oder schlecht ist, bzw. was besser gemacht werden könnte. Neben der Ausbildung, neben der Bewusstseinsbildung in den Schulen, Kindergärten usw. ist das Sicherheitszentrum ein wesentlicher Teil der Verkehrserziehung. Warum sollen wir in Südtirol auf etwas verzichten, was sich in ganz Europa bewährt hat? Schweden hat 9 Millionen Einwohner und 38 solcher Zentren. Das bedeutet, dass es pro 200.000 Einwohner ein Zentrum gibt, und weitere sind geplant. Das muss also Sinn machen! Wenn die EU vorgibt, dass die Verkehrsunfälle aufgrund solcher Programme innerhalb der nächsten 10 Jahre halbiert werden sollen, dann wird sie sich dabei sehr wohl etwas überlegt haben. Auch Italien hat vor, in jeder Region ein solches Sicherheitszentrum zu errichten. Deshalb glaube ich, dass wir zu diesem Fahrsicherheitszentrum stehen können und dass es sehr wohl verantwortungsbewusst ist, ein solches möglichst bald zu errichten.

Ein Letztes an Sie, Frau Kury! Sie haben Vertreter im Umweltbeirat, Vertreter in den verschiedensten Gremien und wissen somit ganz genau, wie diese Vernehmlassungen bzw. Genehmigungen ablaufen. Ich verstehe nicht, wieso Sie sich nicht früher gemeldet haben. Nachdem alles vonstatten ging, am 11. Oktober letztes

Jahres im Amtsblatt der Region veröffentlicht und nach 60 Tagen die Ausschreibung gemacht wurde - 17 Bewerber haben sich gemeldet, 3 sind zugelassen worden und einer hat die Ausschreibung gewonnen -, melden Sie sich nach einem Jahr und sagen, dass dieses Sicherheitszentrum nicht errichtet werden darf. Ich muss - gelinde gesagt - feststellen, dass das eine Verunsicherung, eine Verängstigung und eine "Verarschung" der Bevölkerung ist. Entschuldigung!

PRÄSIDENTIN: Wie von Kollegin Kury beantragt, stimmen wir getrennt über Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 10 ab.

Wir stimmen zunächst über die Prämissen und den ersten Teil des verpflichtenden Teils des Beschlussantrages bis zum Wort "vorzunehmen" einschließlich ab: mit 8 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Ich ersuche um Wiederholung der Abstimmung!

PRÄSIDENTIN: Nachdem es Unstimmigkeiten gibt, wiederholen wir die Abstimmung: mit 8 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen und 11 Nein-Stimmen abgelehnt.

Wir stimmen nun über den restlichen Teil ab: mit 8 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 11 ist zurückgezogen.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 12 vom 9.11.2005, eingebracht von den Abgeordneten Urzì, Minniti und Holzmann, betreffend das Wohngeld.

Ordine del giorno n. 12 del 9.11.2005, presentato dai consiglieri Urzì, Minniti e Holzmann, concernente il sussidio casa.

Wohngeld

In einigen Fällen wurde Bürgern, die keine Sprachgruppenerklärung abgegeben haben (wobei es sich jedoch nicht um eine so genannte "ethnische" Verweigerung, sondern vielmehr um ein Versehen gehandelt hat), kein Wohngeld mehr ausbezahlt.

Das Recht auf Bezug des Wohngeldes wurde nun in Folge der von der Regierung vorgesehenen "Sanierung" wiederhergestellt, wobei denjenigen, die keine Erklärung abgegeben hatten, das Recht zugesichert wurde, ihre Zugehörigkeit zu einer Sprachgruppe zu erklären. Alle, die von dieser "Sanierung" Gebrauch gemacht haben, befinden sich nun in der rechtlichen Situation wie vor der Volkszählung im Jahr 2001.

Bei jenen, die ein Recht auf ein Wohngeld haben, handelt es sich um Bürger, die mit Hilfe desselben eine schwierige finanzielle Lage besser meistern können. Die Tatsache, dass die Ausbezahlung des

Wohngeldes für eine so lange Zeit ausgesetzt wurde, hat sich unweigerlich äußerst negativ auf das Budget der Familien ausgewirkt, die oft auf ihren Notgroschen zurückgreifen mussten, um diesen Engpass überbrücken zu können.

Dies vorausgeschickt,

*verpflichtet
der Südtiroler Landtag*

die Landesregierung,

die entsprechenden Schritte in die Wege zu leiten, um zu gewährleisten, dass den Bürgern, die bereits früher das Wohngeld bezogen haben und denen dieses in Folge der nicht abgegebenen Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung nicht mehr ausbezahlt wurde (seit kurzem besteht vorübergehend wieder die Möglichkeit, eine solche abzugeben), zumindest 50 % des Wohngeldes gewährt werden, welches sie im Zeitraum zwischen der Aussetzung der Bezahlung (in Folge obiger Umstände) und der Wiederherstellung besagten Rechtes in Folge der genannten "Sanierung" bezogen hätten, sofern dieses Recht tatsächlich wieder hergestellt wurde.

Sussidio casa

Si sono contati alcuni casi di cittadini che in conseguenza della mancata dichiarazione di appartenenza linguistica (a seguito non di obiezione cosiddetta "etnica" ma di errore) si siano visti sospesa l'erogazione dei sussidi casa.

Il diritto alla percezione del sussidio è stato ripristinato, ora, a seguito della sanatoria prevista dal Governo e che ha garantito il diritto per i "non dichiarati" di esprimere la loro opzione di appartenenza a un gruppo linguistico. Quanti abbiano aderito alla "sanatoria" hanno visto ripristinata la loro condizione ante-censimento del 2001.

I cittadini in questione titolari del diritto al sussidio casa sono cittadini per i quali lo stesso sussidio ha potuto intervenire a sostegno di una condizione economica difficile. La sospensione dell'erogazione del sussidio, per un così lungo periodo, non ha mancato di gravare pesantemente sull'economia familiare incidendo significativamente, spesso, sulle stesse "riserve" accantonate nel passato per fare fronte a situazioni di emergenza, come quella effettivamente vissuta.

Tutto ciò premesso,

*IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
impegna*

la Giunta provinciale

ad avviare le opportune verifiche utili a garantire, ai cittadini che già in precedenza erano titolari di un sussidio casa e per i quali tale sussidio sia stato interrotto in conseguenza della mancata dichiarazione di appartenenza a gruppo linguistico (condizione sanata solo in conseguenza della recente riapertura temporanea dei termini utili alla presentazione di tale dichiarazione), la corresponsione di una parte non inferiore al 50% del sussidio casa che avrebbero percepito nel periodo intercorrente fra la sospensione dell'erogazione (a seguito dei fatti esposti) e il recupero di tale diritto a seguito della citata sanatoria, qualora tale ripristino sia effettivamente avvenuto.

Abgeordneter Urzì, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

URZÌ (AN): Volevo ritirare l'ordine del giorno che verrà trattato prossimamente nell'ambito della discussione sulla legge di bilancio.

PRÄSIDENTIN: Somit ist Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 12 zurückgezogen.

Wir stimmen nun über den Übergang von der General- zur Artikeldebatte ab: mit 5 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

I. Titel

Änderung von Gesetzen im Bereich Arbeit

1. Abschnitt

Änderungen des Landesgesetzes vom 17. April 1986, Nr. 14, „Errichtung der Beobachtungsstelle für den Arbeitsmarkt“

Art. 1

1. Artikel 4 des Landesgesetzes vom 17. April 1986, Nr. 14, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:

„Art. 4 (Mitteilung des Beginns, der Umwandlung und der Beendigung von Arbeitsverhältnissen) - 1. Alle Arbeitgeber müssen der Autonomen Provinz Bozen jede Aufnahme, Beendigung eines Arbeitsverhältnisses sowie Umwandlung eines solchen laut Artikel 4-bis Absatz 5 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 21. April 2000, Nr. 181, innerhalb von zehn Tagen mitteilen. Die Mitteilungen werden nach den Modalitäten, wie sie von der staatlichen Gesetzgebung für die Mitteilung von untergeordneten Arbeitsverhältnissen vorgesehen sind, durchgeführt.“

Titolo I

Modifiche di leggi nel settore Del lavoro

Capo I

Modifiche della legge provinciale 17 aprile 1986, n. 14, recante "Istituzione dell'Osservatorio del mercato del lavoro"

Art. 1

1. L'articolo 4 della legge provinciale 17 aprile 1986, n. 14, e successive modifiche, è così sostituito:

"Art. 4 (Comunicazione di inizio, di trasformazione e cessazione di rapporti di lavoro) - 1. Tutti i datori di lavoro devono comunicare alla Provincia autonoma di Bolzano entro dieci giorni gli inizi, le cessazioni dei rapporti di lavoro, nonché le trasformazioni di cui all'articolo 4-bis, comma 5, del decreto legislativo 21 aprile 2000, n. 181, degli stessi. Le comunicazioni sono inoltrate secondo le modalità previste dalla legislazione statale in materia di comunicazione dei rapporti di lavoro subordinato."

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Dann stimmen wir darüber ab: mit 2 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Art. 2

1. Nach Artikel 4 des Landesgesetzes vom 17. April 1986, Nr. 14, in geltender Fassung, wird folgender Artikel eingefügt:

„Art. 4-bis (Mitteilung des Beginns und der Beendigung der Tätigkeit von Selbstständigen und mitarbeitenden Familienmitgliedern) - 1. Selbstständig Beschäftigte, Einzelunternehmer und Freiberufler müssen der Autonomen Provinz Bozen den Beginn und die Beendigung ihrer Tätigkeit mitteilen.

2. Die Mitteilungspflicht laut Absatz 1 gilt auch für Gesellschafter, die Arbeitsleistungen in das Unternehmen einbringen, sowie für im Unternehmen mitarbeitende Familienmitglieder. In diesen Fällen ist der gesetzliche Vertreter des Unternehmens zur Mitteilung verpflichtet.

3. Wer der Mitteilungspflicht laut den Absätzen 1 und 2 nicht innerhalb von zehn Tagen nachkommt, wird mit einer Geldbuße von 50,00 Euro bis 150,00 Euro für jede nicht gemeldete Person bestraft.“

Art. 2

1. Dopo l'articolo 4 della legge provinciale 17 aprile 1986, n. 14, e successive modifiche, è inserito il seguente articolo:

„Art. 4-bis (Comunicazione di inizio e cessazione dell'attività di lavoratori autonomi e di familiari collaboratori) - 1. Tutti i lavoratori autonomi, gli imprenditori individuali e i liberi professionisti devono comunicare alla Provincia autonoma di Bolzano l'inizio e la cessazione della loro attività professionale.

2. L'obbligo di comunicazione di cui al comma 1 è esteso anche a soci che conferiscono prestazioni lavorative nell'impresa, nonché ai familiari che collaborano nell'impresa. In tali casi l'obbligo di comunicazione grava sul legale rappresentante dell'impresa.

3. Chi non adempie all'obbligo di comunicazione di cui ai commi 1 e 2 entro il termine di dieci giorni, è punito con la sanzione amministrativa pecuniaria da 50,00 euro a 150,00 euro per ogni persona cui l'inadempienza si riferisce.“

Änderungsantrag Nr. 1, eingebracht von Landesrat Frick, ist zurückgezogen.

Änderungsantrag Nr. 2, eingebracht von den Abgeordneten Munter, Lamprecht und Thaler Zelger, lautet wie folgt: " 1. Nach Absatz 2 des neuen Artikels 4-bis des Landesgesetzes vom 17. April 1986, Nr. 14, in geltender Fassung, wird folgender Absatz eingefügt: 2-bis. Die Mitteilungspflicht gemäß Absatz 1 und 2 entfällt, wenn bereits andere vom Gesetz vorgesehene Körperschaften über dieselben Daten verfügen, sowie für Mitarbeiter gemäß Artikel 74 des gesetzesvertretenden Dekretes Nr. 276 vom 10. September 2003, in geltender Fassung."

"1. Dopo il comma 2 del nuovo articolo 4-bis della legge provinciale 17 aprile 1986, n. 14, e successive modifiche, è inserito il seguente comma: 2-bis. L'obbligo di comunicazione ai sensi del comma 1 e 2 viene a cadere nel caso in cui già altri enti previsti dalla legge dispongono degli stessi dati così come per il collaboratori ai sensi dell'articolo 74 del decreto legislativo del 10 settembre 2003, n., 276, e successive modifiche."

Abgeordneter Munter, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

MUNTER (SVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Änderungsantrag zu Artikel 2 sieht vor, dass all jene Daten, die bereits bei öffentlichen Körperschaften vorhanden sind, beispielsweise bei der Handelskammer, aber auch bei anderen öffentlichen Einrichtungen, wie zum Beispiel bei der INPS oder beim INAIL, nicht ein weiteres Mal von den Betroffenen verlangt werden sollen. Die öffentlichen Einrichtungen sollen sich die Daten untereinander austauschen bzw. sie einander zur Verfügung stellen. Es wäre sicherlich nicht zielführend, dass die gleiche Meldung, die vorher bereits gemacht wurde, ein zweites Mal erfolgen muss. Das wäre unnötige Bürokratie und eine unnötige Belastung für die einzelnen betroffenen Betriebe. Aus diesem Grund ist vorliegender Änderungsantrag eingebracht worden. All jene Daten, die bereits vorhanden sind, sollten innerhalb der Verwaltung ausgetauscht werden. Sollte es darüber hinausgehende Daten brauchen, die in keiner dieser Einrichtungen vorhanden sind, können zusätzliche Informationen eingeholt werden.

PÖDER (UFS): Frau Präsidentin! Ich halte den Inhalt als zielführend, allerdings müsste geklärt sein, ob dieser Datenaustausch möglich ist. Natürlich gibt es eine Reihe von Körperschaften, die bereits im Besitz der verschiedenen Daten sind. Aber wir wissen, dass es ab und zu aufgrund des sogenannten Privacy-Gesetzes nicht möglich ist, dass Körperschaften untereinander Daten austauschen. Dies ist nicht in jedem Fall unbedingt gut, aber in manchen Fällen kann es sehr wohl sinnvoll sein. Wenn es beispielsweise darum geht, dass Körperschaften, die mit dem Sanitätswesen zu tun haben, Daten nicht unbedingt an eine andere Organisation oder öffentliche Körperschaft weiterleiten dürfen, dann halte ich das durchaus für richtig. Es ist nicht zielführend, dass Angestellte in irgendeiner Körperschaft, irgendeines Ressorts die Sanitätsdaten erhalten, die von den verschiedenen Sanitätsbetrieben verwaltet werden. Ich hätte gerne Auskunft darüber, welche Körperschaften hier gemeint sind und zwischen welchen Körperschaften der Datenaustausch möglich ist. Wenn dieser Datenaustausch möglich ist, dann halte ich diesen Antrag für sinnvoll.

GNECCHI (Assessora al lavoro, scuola, e formazione professionale italiana – Progetto Centrosinistra – Mitte Link Projekt): Vale la pena dire complessivamente perché abbiamo pensato a questi tre articoli. Una volta esisteva l'obbligo di comunicazione di inizio attività dei rapporti di lavoro alle ASL e anche la cessazione del rapporto di lavoro, perché l'assistenza sanitaria era strettamente legata al rapporto di lavoro e durava fino a 180 giorni dopo l'ultimo giorno di lavoro. Poi la riforma sanitaria aveva garantito alla generalità dei cittadini l'assistenza sanitaria e le regole sono cambiate, non sono più strettamente legate al rapporto di lavoro. Allora non essendo più di interesse rispetto le prestazioni, appena ha potuto l'Azienda Sanitaria ha evitato di fare questo lavoro che invece diventa fondamentale in termini di gestione di tutte

quelle che possono essere le attività e le attenzioni per fare delle politiche attive del lavoro. La Ripartizione Lavoro ha quindi esigenza di questi dati.

L'emendamento proposto dal collega Lamprecht ha lo scopo di dire che siamo d'accordo che questa esigenza esiste, però nello stesso tempo, nel momento in cui un ente pubblico dispone già di questi dati, che la Provincia e la Ripartizione Lavoro nello specifico si mettano in collegamento con gli enti interessati. Questo non lede la privacy, perché si tratta sempre di enti che utilizzano questi dati con la medesima finalità, che è solo a supporto del cittadino e non per entrare nel merito di altre informazioni non interessanti. Siccome nella nostra provincia quando pensiamo a lavoratori autonomi in termini generali, dobbiamo sapere che pensiamo al 30% della popolazione attiva, quindi non una parte ininfluyente, è evidente che per noi questo conta. Faccio solo l'esempio che quando a livello regionale si è pensato ad elementi di competenza complementare per le collaborazioni coordinate continuative, c'è stato un enorme problema per capire quale fosse il riferimento, chi fosse la massa di persone di riferimento per queste misure. E' chiaro che ha un senso riuscire ad avere questi dati ma ha anche un senso non appesantire la burocrazia, semplificarla al massimo ed essere sicuri che non si chiedano delle situazioni che non vengono già chieste ad altri enti. Ricordo anche che la Ripartizione Lavoro è stata la prima ripartizione in ambito provinciale ad attivare il Primotel, la forma elettronica di firma digitale per tutte le operazioni, per agevolare i datori di lavoro, e il sito della borsa lavoro della Ripartizione Lavoro è secondo come numero di visite quotidiane, è secondo solo al sito meteorologico. Questo dimostra come effettivamente tutto quello che è legato al mondo del lavoro è interessante, e quindi per noi è utile in termini di politiche attive del lavoro.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über Änderungsantrag Nr. 2 ab: mit 3 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Wir stimmen über den so geänderten Artikel 2 ab: mit 4 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Art. 3

1. Nach Artikel 4-bis des Landesgesetzes vom 17. April 1986, Nr. 14, in geltender Fassung, wird folgender Artikel eingefügt:

„Art. 4-ter (Elektronische Mitteilung) - 1. Die Mitteilungen laut den Artikeln 4 und 4-bis werden elektronisch durchgeführt.

2. Mit Durchführungsverordnung werden das Datum, ab welchem, und die Kategorien der Arbeitgeber, für welche die Nutzung der elektronischen Mitteilung laut Absatz 1 verbindlich ist, geregelt. Mit dieser Verordnung kann die Einstellung der Mitteilungspflicht für einzelne Gruppen verfügt werden, sofern die erforderlichen Daten aus dem Informationsnetz der öffentlichen Verwaltung mittels Datenaustausch bezogen werden können.“

Art. 3

1. Dopo l'articolo 4-bis della legge provinciale 17 aprile 1986, n. 14, e successive modifiche, è inserito il seguente articolo:

"Art. 4-ter (Comunicazione elettronica) - 1. Le comunicazioni di cui agli articoli 4 e 4-bis sono inoltrate in via elettronica.

2. Con regolamento di esecuzione sono stabilite la data a decorrere dalla quale nonché le categorie di datori di lavoro per i quali l'utilizzo della comunicazione elettronica di cui al comma 1 è obbligatorio. Con tale regolamento può essere disposta la cessazione dell'obbligo di comunicazione per singole categorie, qualora i relativi dati possano essere acquisiti tramite scambio di dati dalla rete informativa della pubblica amministrazione."

Wer wünscht das Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab: mit 1 Stimmenthaltung und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

2. Abschnitt

Änderung des Landesgesetzes vom 29. Jänner 1996, Nr. 2, „Bestimmungen über das Erstellen des Haushaltes für das Finanzjahr 1996 und für den Dreijahreszeitraum 1996-1998 (Finanzgesetz)"

Art. 4

1. Artikel 30 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 29. Januar 1996, Nr. 2, erhält folgende Fassung:

„1. Um die Verwaltung des Landes auf dem Gebiete des Arbeitswesens effizient, wirtschaftlich, rationell und transparent auszurichten und die entsprechenden Verwaltungsverfahren möglichst zu vereinfachen, können die Funktionen, welche die einschlägigen Rechtsvorschriften Kollegialorganen zuweisen, von der Landesarbeitskommission wahrgenommen werden."

Capo II

Modifica della legge provinciale

29 gennaio 1996, n. 2, recante "Disposizioni per la formazione del bilancio di previsione per l'anno finanziario 1996 e per il triennio 1996-1998 (legge finanziaria)"

Art. 4

1. Il comma 1 dell'articolo 30 della legge provinciale 29 gennaio 1996, n. 2, è così sostituito:

"1. Al fine di informare l'attività amministrativa della Provincia in materia di lavoro a criteri di efficacia, di economicità, di speditezza e di pubblicità e di favorire al massimo la semplificazione dei relativi procedimenti amministrativi, le funzioni attribuite dalla vigente normativa in tale materia a organi collegiali possono essere esercitate dalla commissione provinciale per l'impiego."

Ich verlese die dazu eingebrachten Änderungsanträge:

Änderungsantrag Nr. 1, eingebracht von den Abgeordneten Minniti, Holzmann und Urzì: "Artikel 4 Absatz 1-bis: Dem Artikel 4 wird folgender Absatz angefügt: 1-bis. In Artikel 17 des Landesgesetzes vom 29. Jänner 1986, Nr. 2, in geltender

Fassung, wird folgender Absatz eingefügt: '2. In Artikel 2 des Landesgesetzes vom 16. Oktober 1990, Nr. 19, wird folgender Absatz eingefügt:

'1-bis. Die Landesregierung fördert die Teilnahme am Sport- und Kulturangebot im Schulalter durch die Gewährung gezielter Zuschüsse, die im Folgenden als Sportgutscheine bezeichnet werden. Mit diesen Gutscheinen übernimmt das Land die gesamten Einschreibe- und Teilnahmegebühren für die von Sport- und Kulturvereinen angebotenen Programme für Jugendliche. Die beteiligten Vereine müssen sich in ein entsprechendes Landesverzeichnis eintragen lassen. Die Sportgutscheine werden direkt an die Jugendlichen oder - bei Minderjährigen - an deren gesetzlichen Vertreter ausgegeben, falls es sich um Familien oder Familienmitglieder handelt, deren Einkommen das Lebensminimum nicht überschreitet."

"Articolo 4, comma 1-bis: All'articolo 4 viene aggiunto il seguente comma: 1-bis. All'articolo 17 della legge provinciale 29 gennaio 1996, n. 2, e successive modifiche è aggiunto il seguente comma: '2. Nell'articolo 2 della legge provinciale 16 ottobre 1990, n. 19, viene inserito il seguente comma: '1-bis. Al fine di incentivare in età scolare la pratica dello sport e la partecipazione ad attività culturali, la Giunta provinciale concede specifici contributi, denominati "buono sport" a copertura totale delle spese di adesione e di partecipazione ai programmi delle associazioni che, operando nei settori delle attività sportive e culturali rivolte ai giovani, si iscrivono in un apposito elenco provinciale. Il buono sport viene erogato direttamente al giovane o a chi ne fa le veci in caso di minore età qualora si tratti di famiglia o membro di famiglia con reddito inferiore o pari al minimo vitale."

Änderungsantrag Nr. 2, eingebracht von den Abgeordneten Minniti, Holzmann und Urzì: "Artikel 4 Absatz 1-ter: Dem Artikel 4 wird folgender Absatz angefügt: 1-ter. Folgender Artikel wird wieder in das Landesgesetz vom 29. Jänner 1996, Nr. 2, in geltender Fassung, eingefügt: 'Art. 24 - Änderung des Landesgesetzes vom 20. August 1972, Nr. 15 'Wohnbaureform'

1. In Artikel 35-quarter des Landesgesetzes vom 20. August 1972, Nr. 15, in geltender Fassung, wird folgender Absatz eingefügt:

'4-bis. Beschränkt auf die Betriebe, die im Tertiärsektor tätig sind, kann die Gemeinde in den Gewerbegebieten eine Änderung der Zweckbestimmung zur Errichtung von Dienstwohnungen für die Mitarbeiter der Betriebe zulassen, die dies beantragen. Die Nutzung der Wohnung durch den Mitarbeiter ist an sein Arbeitsverhältnis gebunden, weshalb bei Beendigung desselben auch das Recht auf die Wohnung verfällt. Damit das Wohnrecht eingeräumt werden kann, müssen der Betrieb und der Mitarbeiter einen Mietvertrag für die Übergangszeit laut Gesetz Nr. 431/98 und laut dem von den repräsentativen Mieterschutz- und Gebäudeinhaberverbänden in den Gemeinden mit hoher Wohndichte unterzeichneten Gebietsabkommen abschließen."

"Articolo 4, comma 1-ter: All'articolo 4 viene aggiunto il seguente comma :
1-ter. Nella legge provinciale 29 gennaio 1996, n. 2, e successive modifiche, è reinserito il seguente articolo: 'Art.24 - Modifica della legge provinciale 20 agosto 1972, n. 15 'Legge di riforma dell'edilizia abitativa'

1. Nell'articolo 35-quater della legge provinciale 20 agosto 1972, n. 15, e successive modifiche, viene inserito il seguente comma :

'4-bis. Nelle zone produttive, limitatamente alle parti degli insediamenti con destinazione ad uso terziario, il comune può concedere il cambio di destinazione d'uso allo scopo di permettere la realizzazione di alloggi di servizio per i dipendenti delle aziende che ne facciano richiesta. Il godimento del bene da parte del dipendente è legato al rapporto di lavoro e pertanto con il termine dello stesso il diritto decade. Tra azienda e dipendente, per la concessione del diritto all'abitabilità, dovrà essere sottoscritto un contratto di locazione di carattere transitorio in base a quanto disposto dalla Legge 431/98 e dal relativo accordo territoriale stipulato dalle organizzazioni rappresentative degli inquilini e dei proprietari nei comuni ad alta tensione abitativa."

Änderungsantrag Nr. 3, eingebracht von den Abgeordneten Kury, Heiss und Dello Sbarba: "Artikel 4-bis: Nach dem Artikel 4 wird folgender Artikel eingefügt: Art. 4-bis

1. Im Landesgesetz vom 29. Jänner 1996, Nr. 2 wird im Artikel 34 Absatz 1 im Buchstaben a) die Zahl 90 mit 40, im Buchstaben b) die Zahl 80 mit 30, im Buchstaben c) die Zahl 70 mit 20 ersetzt."

"Articolo 4-bis: Dopo l'articolo 4 è inserito il seguente articolo: Art. 4-bis

1. Nell'articolo 34, comma 1, della legge provinciale 29 gennaio 1996, n. 2, nella lettera a) la cifra 90 è sostituita con la cifra 40, nella lettera b) la cifra 80 con la cifra 30 e nella lettera c) la cifra 70 con la cifra 20."

Änderungsantrag Nr. 4, eingebracht von den Abgeordneten Kury, Heiss und Dello Sbarba: "Artikel 4-bis - Alternativantrag: Nach dem Artikel 4 wird folgender Artikel eingefügt: Art. 4-bis

1. Im Landesgesetz vom 29. Jänner 1996, Nr. 2 wird im Artikel 34 Absatz 1 im Buchstaben a) die Zahl 90 mit 80, im Buchstaben b) die Zahl 80 mit 70, im Buchstaben c) die Zahl 70 mit 60 ersetzt."

"Articolo 4-bis - emendamento alternativo: Dopo l'articolo 4 è inserito il seguente articolo: Art. 4-bis

1. Nell'articolo 34, comma 1, della legge provinciale 29 gennaio 1996, n. 2, nella lettera a) la cifra 90 è sostituita con la cifra 80, nella lettera b) la cifra 80 con la cifra 70 e nella lettera c) la cifra 70 con la cifra 60."

Abgeordneter Minniti, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

MINNITI (AN): Alleanza Nazionale con questi due emendamenti tende a riproporre due proprie opinioni e proposte avanzate anche in passato, una al punto di averla trasformata, completandola, in un disegno di legge, ovvero quello che riguarda il buono sport, e una iniziativa che può essere inserita a modifica della normativa provinciale attraverso l'articolo 4, essendo questo articolo il riferimento ad un bilancio di previsione che andava ancora allora a modificare tutta una serie di normative. Ovviamente questa proposta che avanziamo riguarda un tema quale quello del favorire la partecipazione ad attività culturali e sportive da parte dei giovani, occasione che per molte famiglie diventa sempre più inaccessibile, la possibilità di far praticare ai propri figli degli sport o comunque dei corsi musicali o di natura culturale in generale, perché si tratta di corsi sportivi o culturali che richiedono un costo. Non tutte le famiglie possono permettersi di pagare questi soldi. E' vero che le associazioni sportive e culturali ricevono dei soldi, ma molte volte sono insufficienti per poter far fronte a quelle che sono le loro spese. Nel momento stesso in cui vengono indetti dei corsi, le associazioni sportive stesse si trovano a dover sostenere dei corsi per poter pagare i docenti per esempio, oppure per mettere a disposizione un determinato strumento musicale, oppure per poter mettere a disposizione lavagne luminose qualora si tratti di un particolare corso culturale. Sono spese che non sempre rientrano nell'attività prevista da parte della Provincia per quelli che sono i contributi provinciali. Sono spese che devono essere coperte. Pensiamo ad una società sportiva certamente di un livello medio, non alto, che nel momento in cui vuole far praticare lo sport di un ragazzo, deve dotarlo di tuta - non sempre c'è uno sponsor alle spalle - di una maglietta, scarpe ecc. Ci sono dei costi anche nel momento in cui la società mette a disposizione maglie, tute ecc., ma addirittura quella società che è sponsorizzata chiede soldi per poter mettere a disposizione un borzone per poter mettere i propri indumenti ecc. Sono costi che le società sportive e culturali devono sostenere, e per poterlo fare chiedono dei costi al ragazzo che frequenta questo corso o comunque un torneo di calcio amatoriale che parte da settembre e arriva a giugno, un qualsiasi campionato fra "pulcini" o giovanissimi o under 20, tanto per renderci un'idea. Molte volte corsi di questo genere o comunque praticare uno sport per un periodo così lungo presso una società sportiva costa anche 250 euro. Direte che è poca roba, se vogliamo, in realtà non per tutte le famiglie è poca cosa. Succede molte volte che le famiglie non possono permettersi di sostenere questa spesa, per quanto possa sembrare poca, e fanno rinunciare il figlio a frequentare una pratica sportiva, che sia anche hockey che tanto va di moda nella nostra provincia, comunque un'attività culturale, che sia anche musicale non solo per forza il corso di disegno. Di fatto non si favorisce da una parte un apprendimento che sia positivo, culturale ma anche sociale, perché in ogni caso una pratica sportiva ha anche una funzione sociale di riconoscimento di quello che può essere l'avversario sul campo di calcio, sul campo da ghiaccio ecc., dall'altra viene meno un apprendimento culturale come può essere un corso musicale, di arte o altro. Ma non solo, nel venire meno alla funzione di questo tipo, in qualche maniera esponiamo questi giovani ad essere oggetto di brutte

compagnie, perché non hanno dei punti di riferimento che possono essere in una società sportiva e culturale. Si favorisce magari l'insorgere anche di forme di microcriminalità.

Alleanza Nazionale propone da tempo di intervenire, da parte della Provincia, direttamente presso le famiglie con basso reddito per contribuire al pagamento di quella che viene considerata la retta di partecipazione al corso o sportivo o musicale. In questo modo la Provincia si fa carico in parte di un peso sociale ma anche di una crescita culturale e sportiva del ragazzo.

Il secondo emendamento è legato alla legge di riforma dell'edilizia abitativa, ancora del 1972, ma che viene ripreso dall'articolo 4 che modifica il bilancio provinciale e si richiama ad una necessità che sempre più spesso hanno le aziende che operano nel terziario, ovvero quello di poter a volte individuare una sistemazione abitativa per il proprio personale. Sempre più spesso ci troviamo di fronte ad aziende produttive che operano nelle zone produttive ad esempio ma non solo, che assumono personale non per forza altoatesino, molte volte proveniente da altre parti d'Italia o magari da altre zone europee, e non si riesce ad individuare per queste persone degli alloggi o comunque dei posti letto in numero sufficientemente necessario affinché possano trovare una soluzione. Allora da tempo alcune aziende chiedono che si possa concedere il cambio di destinazione d'uso in quelle zone produttive per la realizzazione di alloggi di servizi laddove ci siano comunque dei vani a disposizione, alloggi di servizio che devono andare ai dipendenti delle aziende che ne facciano richiesta e che, in qualche maniera, vengono poi sottratti a questi dipendenti nel momento in cui non vi è più un rapporto di lavoro con quell'azienda.

In questa maniera si solleverebbe la Provincia di un problema e non si graverebbe comunque nemmeno sull'Ipes la necessità di far fronte all'insorgenza di una nuova residenza, che non è solo una residenza extracomunitaria, ma anche comunitaria e magari anche nazionale. Noi crediamo che questi siano due campi in cui la Provincia possa intervenire, che quindi un segnale di opportuna politica di integrazione sociale possa intervenire da parte della Provincia proprio nell'approvazione dei nostri due emendamenti.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Frau Präsidentin! Ich bin selbst etwas verunsichert worden, wie jetzt plötzlich über Gutscheine zum Sport oder zur Wohnbaureform geredet werden kann. Meine Anträge beinhalten wieder ganz etwas anderes. Kollege Baumgartner, es rächt sich nun, dass man in der Vergangenheit - und ich hoffe, dass es in Zukunft nie mehr vorkommen wird - in die Haushaltsgesetze wirklich alles hineingeschmissen hat. Es handelt sich dabei um das Haushaltsgesetz aus dem Jahre 1996. Darin ist wirklich alles enthalten, was man nur irgendwie einbringen konnte. Mit einem Änderungsantrag zu diesem Gesetz kann man deshalb alle möglichen Änderungen vornehmen. Ich möchte deshalb kurz um Aufmerksamkeit zu den Anträgen, die von uns eingebracht worden sind, ersuchen! Wenn

man nur den Text liest, wird man sie nicht verstehen. Es geht um ein heiß diskutiertes Thema, nämlich um die prozentuellen Zulagen an die Mitglieder der Landesregierung. Wie Sie alle wissen, ist vor kurzer Zeit heftig darüber diskutiert worden. Lorenzo Delai hat im Trentiner Haushaltsgesetz vorgeschlagen - es wird demnächst durchgeführt werden -, dass die Amtszulagen der Mitglieder der Trentiner Landesregierung um 10 Prozent gekürzt werden. Diese Ziffern, die in unserem Antrag so unscheinbar ausschauen, schlagen Ähnliches vor wie im Trentino. Vielleicht können Sie sich noch daran erinnern, als just vor Weihnachten im Jahre 1995 das Gesetz bezüglich der Erhöhung der Bezüge der Landesregierungsmitglieder genehmigt worden und im Jänner 1996 in Kraft getreten ist. Eva Klotz, ich erinnere an den vorweihnachtlichen Abend, als wir von der Opposition Obstruktion betrieben haben und zum Weihnachtsbuffet hinausgeschritten sind. Wir sind anschließend wieder in den Saal gekommen und haben weiterhin Obstruktion betrieben. Eva Klotz hat sogar einen Hungerstreik eingelegt. Kollege Willeit hat sich über die Heizung beklagt. Wir haben zwischendurch sehr gelacht und die ganze Nacht hier im Landtag verbracht, da wir - wie gesagt - Obstruktion gegen die Erhöhung der Bezüge der Landesregierungsmitglieder betrieben haben. Es war also Weihnachten 1995 und das Gesetz ist im Jänner 1996 in Kraft getreten. Was bedeuten diese Ziffern? In genanntem Gesetz haben wir beschlossen, dass die Bezüge für die Landesregierungsmitglieder folgendermaßen aussehen: Dem Landeshauptmann stehen zusätzlich 90 Prozent der Bezüge der Regionalratsmitglieder - jetzt Landtagsmitglieder - zu, dem Landeshauptmannstellvertreter zusätzliche 80 Prozent und den Landesräten zusätzliche 70 Prozent. Wie ist das Verhältnis im Trentino? Ohne die Verkürzung, die jetzt vorgeschlagen wurde, besagt das entsprechende Landesgesetz Folgendes: Der Präsident bzw. der Landeshauptmann im Trentino bekommt zusätzlich 50 Prozent, während es in Südtirol 90 Prozent sind. Im Trentino gibt es keine/n Landeshauptmannstellvertreter/in, welche/r mit zusätzlichen 80 Prozent entlohnt wird. Die Landesräte im Trentino erhalten zusätzlich 30 Prozent, während es bei uns 70 Prozent sind. Der Unterschied ist eigentlich beträchtlich. Gerade bei der Entlohnung der Landtagsabgeordneten sagt man immer wieder, dass wir dies nicht autonom regeln könnten, weil wir gleich viel Geld bekommen müssen wie die Trentiner Landtagsabgeordneten, man könne hier nicht doppelgleisig fahren und unterschiedliche Gehälter in den zwei Landtagen bezahlen, die in einer Region zusammengeschlossen sind. Deswegen schlagen wir vor, dass sich die Bezüge der Mitglieder der Landesregierung in Südtirol nicht von jenen im Trentino unterscheiden dürfen. Wir können uns nicht erklären, weshalb die Trentiner Regierungsmitglieder bei ungefähr gleich viel Einwohnern weniger bekommen sollen als die Südtiroler Mitglieder der Landesregierung. Warum sollen die Mitglieder der Südtiroler Landesregierung soviel mehr verdienen? Diese Diskussion fand in der Öffentlichkeit ziemlich heftig statt. Sie ging eindeutig in jene Richtung, dass sämtliche Menschen, die von den Medien befragt wurden, gesagt haben, dass man die Gehälter der Regierungsmitglieder kürzen soll. Man sollte generell über die Gehälter der Politiker diskutieren, was man in diesem

Landtag leider Gottes nicht tun möchte. Das möchte ich jetzt dem Landeshauptmann vorwegnehmen, weil gerade er und die SVP sich heftig dagegen zur Wehr setzen, dass sich der Südtiroler Landtag mit den Gehältern der Landtagsabgeordneten beschäftigt. Sie beharren darauf, dass dies im Regionalrat beschlossen werden muss, was nie unsere Meinung war. In dieser Diskussion habe ich aus dem Munde des Landeshauptmannes wirklich Eigenartiges zu hören bekommen. Ich habe mich sehr darüber gewundert, dass Sie sagen, dass wir unsere Gehälter bereits gekürzt haben und sich die Trentiner jetzt langsam in unsere Richtung bewegen. Ich möchte Sie schon daran erinnern, dass die Gehälterkürzung laut dem letzten Regionalgesetz, das verabschiedet wurde, sowohl für das Trentino als auch für Südtirol gilt. Das bedeutet, dass die Gehälter der Abgeordneten in Südtirol und im Trentino identisch sind. Man sollte der Bevölkerung nichts Falsches vorgaukeln. Diese sogenannte Kürzung bzw. die Abkopplung von den Gehältern der Kammerabgeordneten ist sowohl für das Trentino als auch für Südtirol erfolgt. Weiters haben Sie gesagt, dass die Zulage des Trentiner Landeshauptmanns pensionsfähig sei, Ihre dagegen nicht. Das können Sie der Bevölkerung nicht erzählen. Lesen Sie sich das Gesetz durch! Es handelt sich um eine Zulage zur Landtagsentschädigung, wobei das Gehalt natürlich pensionsfähig ist. Sie sollten das etwas klarer formulieren. Ansonsten läuft man wirklich Gefahr, missverstanden zu werden. Das ist im Allgemeinen unangenehm.

Ich komme nun konkret zu meinen beiden Änderungsanträgen. Der erste wird wahrscheinlich nicht genehmigt werden. Er sieht vor, in Südtirol dieselbe Situation zu schaffen wie im Trentino. Nach der dortigen Kürzung sollte der Landeshauptmann statt 90 Prozent zusätzlicher Entschädigung nur mehr 40 Prozent erhalten. Momentan sind im Trentino noch 50 Prozent vorgesehen. Gegenüber Buchstaben b) sind wir großzügig, da wir zwei Landeshauptmannstellvertreter haben. Diese sollten jeweils nicht mehr 80 Prozent, sondern 30 Prozent als zusätzliche Entschädigung erhalten. Für die Assessoren schlagen wir statt den bei uns zur Zeit vorgesehenen 70 Prozent - gleich wie im Trentino - 20 Prozent vor. Wir haben uns also an der Vorlage des Trentino orientiert. Als Minimumvariante sollten wir zumindest das gleiche Signal geben, das die Trentiner gegeben haben, nämlich die Kürzung der Gehälter der Abgeordneten. Auch wir sind bereit, unsere Zulagen um 10 Prozent zu kürzen. Sie sind dann immer noch beträchtlich höher als im Trentino, aber wir könnten zumindest ein positives Signal senden. Wir würden mit dem Trentino parallel laufen, wenn wir bereit sind, die damaligen Erhöhungen, die in besagter Weihnachtsnacht erfolgt sind, wieder rückgängig zu machen. Die 90-prozentige Amtszulage des Landeshauptmannes sollte also mit einer 80-prozentigen ersetzt werden. Ich nehme an, dass der Landeshauptmann bei der Abstimmung seine Hand erhebt und damit kundtut, dass er auch mit 80 Prozent zufrieden ist.

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): *(unterbricht)*

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Einverstanden, ich bin die Erste! Man könnte es ruhig in dieses Gesetz einfügen, wenn Sie damit einverstanden sind! Kollege Pius Leitner hat einen Antrag eingebracht, der vorsieht, die Entschädigung der Landtagsabgeordneten neu zu regeln bzw. diese auch zu kürzen. Sie werden sofort unseren Konsens finden. In Bezug auf das Spenden kann ich Ihnen aber nicht folgen. Dann würde nämlich jede andere Kategorie, verehrter Herr Landeshauptmann, sagen, dass sie das Doppelte des momentanen Gehaltes verdienen möchte, damit sie spenden kann. Folglich müssten Sie allen öffentlichen Angestellten mehr Geld geben und sagen: "Seid gut und spendet!" Wenn das üblich wäre, könnte ich mich damit auch einverstanden erklären. Da es allerdings generell nicht üblich ist, sollte jeder selbst darüber entscheiden können, ob er etwas spendet oder nicht. Das Gehalt muss auf jeden Fall angemessen sein. Ich bin die Erste, die sagt, dass unsere Gehälter überzogen sind. Leider Gottes können wir aufgrund der Weigerung der Südtiroler Volkspartei hier im Landtag nicht über die Gehälter der Landtagsabgeordneten reden. Wenn der Landeshauptmann aber wollte, könnte man gerade anlässlich der Behandlung dieses Artikels, weil ja wirklich alles in diesen Artikel hineinpasst, auch über die Entschädigung der Landtagsabgeordneten diskutieren. Vorläufig lautet mein Vorschlag, die Gehälter der Mitglieder der Landesregierung zu reduzieren, um ein positives Signal an die Bevölkerung zu senden. Ich habe das Finanzgesetz heute kurz überflogen und möchte an diesem Punkt die Landtagspräsidentin darauf aufmerksam machen, dass man so nicht vorgehen kann. Wenn das Gesetz so bleiben soll, kündigen wir heute schon Obstruktion an. Dies ist als kleine Vorwarnung zu verstehen. Im Finanzgesetz verweist man auf den Stabilitätspakt und spricht auch die Gemeinden an, die kürzen müssen. Wenn man auf allen Ebenen einsparen muss, sollten wir dort, wo wir die Möglichkeit haben, ein positives Signal senden. Die Landesregierung sollte hier gute Mine zum Spiel machen, was Sie vielleicht als böse empfindet. Aber ich denke, dass diese 10-prozentige Kürzung für die Bevölkerung sehr wichtig ist. Deshalb ersuche ich um Zustimmung!

LEITNER (Die Freiheitlichen): Frau Präsident! Ich möchte kurz zu diesen beiden Änderungsanträgen Stellung nehmen. Wir können dem Antrag, bei dem es um die Reduzierung der Zulage für den Landeshauptmann von 90 auf 40 Prozent geht, nicht zustimmen. Das ist sicherlich ein Extrem. Dem zweiten Antrag stimmen wir sehr wohl zu. Ich bin auch der Meinung, dass man ein Signal setzen sollte. Wir haben einen Beschlussantrag auf der Tagesordnung, der in diese Richtung geht. Darin schlagen wir sozusagen den "Status quo ante" vor. Uns scheint die Situation, wie sie vor besagter Erhöhung war, angemessen. Der Landeshauptmann würde somit 70 Prozent und die Landesräte würden 50 Prozent Entschädigung erhalten. Die Erhöhung, die damals vorgenommen wurde, war unserer Meinung nach zuviel des Guten. Man kann stets populistisch sein, aber ich denke, dass eine Forderung in diesem Ausmaß gerechtfertigt und beispielhaft wäre. Es geht nicht an, dass man den Gegenvorschlag macht und uns auf-

fordert, dass auch wir verzichten könnten. Es kommt darauf an, was all das kostet. Darum geht es! Ich muss die Landesregierung daran erinnern, dass sie einen Repräsentationsfonds hat, von dem sie die Hälfte nicht einmal belegen muss. Ich wiederhole meine Argumentation. Ich unterstelle Ihnen nicht, Herr Landeshauptmann, dass dieses Geld nicht richtig ausgegeben wird. Aber jeder Schnupfverein muss eine Buchführung haben! Wenn er einen öffentlichen Beitrag erhält, muss er dies dementsprechend abrechnen. Es ist nicht im Sinne einer transparenten Verwaltung, dass man Gelder ohne Belege ausgeben kann. Das gibt es nirgendwo. Das ist dem kleinsten Verein widersagt. Es geht jetzt nicht um Unterstellungen. Aber es wäre sicherlich besser, die Ausgaben anhand von Belegen zu rechtfertigen. Das ist im vorliegenden Änderungsantrag zwar nicht enthalten, aber ich sage es deshalb, weil wir Freiheitlichen es immer als Gesamtpaket gesehen haben. Im Übrigen gibt es schon einen Gesetzentwurf, der besagt, dass wir als Landtag die volle Verantwortung über die Gehälter übernehmen können. Einerseits verkünden wir großspurig, dass wir jetzt endlich Landtagsabgeordnete sind, aber andererseits lassen wir uns immer noch von der Region bezahlen. Worin liegt da die Logik? Diese Situation ist zu regeln. Wie gesagt: Die im Änderungsantrag vorgesehene Reduzierung ist vertretbar und wäre ein Signal angesichts des Umstandes, dass die Leute auch alle sparen müssen. Deshalb sollte es von der Politik vorgemacht werden.

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herrn! Kollege Minniti, der Scheck für Sportler und Kulturtreibende wäre wohl nichts anderes als eine rein populistische Maßnahme. Wir fördern die einzelnen Verbände und Vereine, damit sie ihrerseits die betreffenden Programme durchführen können. Wir können aber zusätzlich zu dieser Förderung nicht auch noch jedem Einzelnen eine Art Sport- oder Kulturscheck geben. Das ist nichts anderes als Populismus.

Was den zweiten Änderungsantrag anbelangt, müssen wir ein bisschen vergleichen. Denken wir nur an den Unterschied an Verantwortung, Arbeitszeit usw., der zwischen Landtagsabgeordneten und Regierungsmitgliedern besteht. Ich bin damit einverstanden, wenn man heute beschließt, die Entschädigungen für die Landtagsabgeordneten entsprechend zu reduzieren. Dann sind unsere Zulagen von 90, 70, 60 Prozent usw. automatisch geringer. Frau Kollegin Kury, es ist schon eigenartig, dass Sie verlangen, die Zulagen des Landeshauptmannes, der Landeshauptmannstellvertreter und der Landesräte zu reduzieren, Sie selber aber machen diesbezüglich keine besondere Anstrengung. Sie könnten genauso den Vorschlag machen, dass alle Landtagsabgeordneten weiterhin ihrem Beruf nachgehen können, wie es beispielsweise in Österreich der Fall ist. Dort erhalten alle Abgeordneten eine entsprechende Entschädigung. Auch das wäre eine Möglichkeit. Man kann nicht hergehen und sagen, dass bei den Gehältern der Abgeordneten alles in Ordnung ist, jene der Regierungsmitglieder aber zu kürzen wären. Wenn Sie die Verantwortung, die die Regierungsmitglieder tragen,

den Bereich, den sie verwalten müssen, und die Verpflichtungen, die sie zu tragen haben, mit jenen in der Privatwirtschaft vergleichen, dann werden Sie sehen, dass die Regierungsmitglieder sicherlich nicht überbezahlt sind. Ich stelle fest, dass wir als Abgeordnete, aber auch als Regierungsmitglieder gut bezahlt sind. Man kann nicht verlangen, dass die Gehälter der Regierungsmitglieder, die wirklich von früh bis spät da sein müssen und tagtäglich, sowohl an Werktagen als auch an Feiertagen, zur Verfügung stehen müssen, gekürzt werden sollen, während die Gehälter der Abgeordneten gleich bleiben können. Wennschon könnten Sie ein ganz neues Entschädigungssystem vorsehen. Da wäre ich der Erste, der dem zustimmt.

Nebenbei muss ich noch erwähnen, dass die Amtsentschädigung, die die Regierungsmitglieder erhalten, für die Pension nicht anrechenbar ist. Es handelt sich also nur um eine zusätzliche Entschädigung. Ich bekomme die gleiche Pension ...

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): *(unterbricht)*

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sie müssen entweder die ganze Wahrheit sagen oder richtig zuhören! Wenn ich die Abkoppelung der Gehälter vom Parlament angesprochen habe, dann weiß ich sehr wohl, dass das entsprechende Gesetz sowohl für die Trentiner als auch für die Südtiroler gilt. Ich habe gesagt, dass wir damit die letzten Erhöhungen des Parlamentes nicht mehr mitgemacht haben. Ich habe nie gesagt, dass wir abgekoppelt wurden. Sie müssen ein bisschen besser zuhören! Wir haben uns also vom Parlament abgekoppelt und können damit zufrieden sein. Ich wiederhole, dass den Regierungsmitgliedern für die zusätzliche Entschädigung keine Pension angerechnet wird. Ich bekomme als Abgeordneter, der seit 1973 im Landtag ist, dieselbe Pension wie jemand, der 20 Jahre im Landtag war. Das bedeutet also, dass wir für die Regierungstätigkeit eine Entschädigung erhalten, dieser Teil jedoch nicht separat für die Pension berechnet wird. Als Abgeordnete bekommen wir aber sehr wohl eine Pension. Man muss also feststellen, dass eine unterschiedliche Behandlung gemacht wird.

Wenn Kollege Leitner den Repräsentationsfonds anspricht, möchte ich ihm schon entgegen, dass wir von dem, was nicht belegt wird, sicherlich nichts einstecken oder einen Gewinn daraus ziehen. Vereine, Verbände usw. können sich vom zuständigen Regierungsmitglied ab und zu eine entsprechende Anerkennung erwarten. Ich kann in dem Moment doch nicht hergehen und verlangen, dass sie mir dies schriftlich bestätigen. Jeder einzelne Landesrat kann jeden Cent, den er ausgibt, entsprechend belegen, allerdings nicht in der Form, dass Rechnungen vorliegen. Ich kann beispielsweise von einem Chor keine Rechnung verlangen. Deswegen ist es so, dass wir die Ausgaben zwar belegen, aber keine herkömmliche Rechnung vorweisen können. Sie können gerne in die Abrechnung über meinen Repräsentationsfonds Einsicht nehmen und Sie werden sehen, dass jeder Cent, den ich ausgabe, aufscheint. Jeder Cent wird genau abgerechnet! Zum Teil sind ordnungsgemäße Rechnungen vorhanden, zum Teil

natürlich nicht. Es handelt sich also nicht immer um Rechnungen, die von der Finanzbehörde als solche bezeichnet werden könnten, sondern vielfach um Selbsterklärungen. Mehr kann man in diesem Fall nicht tun.

PRÄSIDENTIN: Frau Kury, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Pius Leitner und Landeshauptmann Durnwalder haben mich überzeugt, dass die erste Version doch etwas zu schroff ist. Wir wollen den Landeshauptmann nicht ärgern. Wir möchten somit nur den Alternativvorschlag, Änderungsantrag Nr. 4, beibehalten, und ersuchen gleichzeitig um geheime Abstimmung, Frau Präsidentin!

PRÄSIDENTIN: Änderungsantrag Nr. 3 ist zurückgezogen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die einzelnen Änderungsanträge. Wir stimmen zunächst über **Änderungsantrag Nr. 1** ab: mit 3 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Wir stimmen über **Änderungsantrag Nr. 2** ab: mit 3 Ja-Stimmen, 6 Stimmenthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Wir stimmen nun - wie von der Abgeordneten Kury und vier weiteren Abgeordneten beantragt - geheim über Änderungsantrag Nr. 4 ab. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung – votazione a scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 31 abgegebene Stimmzettel, 11 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung. **Änderungsantrag Nr. 4** ist abgelehnt.

Wer wünscht das Wort zu Artikel 4? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab: mit 5 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

II. Titel

Änderung von Gesetzen im Bereich Wohnbau und Raumordnung

1. Abschnitt

*Änderungen des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13,
„Wohnbauförderungsgesetz“*

Art. 5

*1. Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe P) des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:
„P) Die Gewährung von Beiträgen an öffentliche oder private Körperschaften, die sich mittels einer Vereinbarung mit der Landesverwaltung verpflichten, private Wohnungen, über die sie verfügen, an Arbeitnehmer zu vermieten, die sich regulär im Landesgebiet aufhalten. Zu diesem Zweck wird von der Landesregierung ein Programm ge-*

nehmigt, in dem die Anzahl der Wohnungen, für die Beiträge gewährt werden, und die Kategorien von Arbeitnehmern, an die die Wohnungen vermietet werden dürfen, festgelegt werden. Der Beitrag darf nicht höher sein als 50 Prozent des gemäß Artikel 7 berechneten Landesmietzinses der bereitgestellten Wohnungen. In Abweichung von den Bestimmungen des Artikels 79 Absatz 3 des Landesgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13, in geltender Fassung, können zu diesem Zweck auch konventionierte Wohnungen angemietet werden."

Titolo II

Modifiche di leggi nel settore dell'edilizia abitativa e dell'urbanistica

Capo I

Modifiche della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, recante "Ordinamento dell'edilizia abitativa agevolata"

Art. 5

1. La lettera P) del comma 1 dell'articolo 2 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, e successive modifiche, è così sostituita:

"P) La concessione di contributi a enti pubblici o privati che mediante convenzione con l'amministrazione provinciale si impegnano a mettere a disposizione abitazioni private di cui hanno la disponibilità, da destinare ad abitazione di lavoratori soggiornanti regolarmente nel territorio provinciale. A tal fine la Giunta provinciale approva un programma nel quale sono determinati il numero delle abitazioni per le quali viene concesso un contributo e le categorie di lavoratori ai quali le abitazioni possono essere date in locazione. Il contributo non può essere superiore al 50 per cento del canone provinciale delle abitazioni messe a disposizione, determinato ai sensi dell'articolo 7. In deroga a quanto stabilito dall'articolo 79, comma 3, della legge provinciale 11 agosto 1997, n. 13, e successive modifiche, a tale scopo possono essere prese in locazione anche abitazioni convenzionate."

Änderungsantrag Nr. 1, eingebracht vom Abgeordneten Baumgartner, lautet wie folgt: "Der Artikel 5 wird gestrichen."

"L'articolo 5 è soppresso."

Abgeordneter Minniti, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

MINNITI (AN): Sull'ordine dei lavori. Abbiamo visto che la Giunta provinciale ha inteso presentare tutta una serie di emendamenti soppressivi agli articoli che riguardano la legge sulla casa. Ora mi sembra che responsabilmente sia da pensare che questi emendamenti vengano approvati dalla maggioranza dell'aula, di fatto facendo decadere tutti gli emendamenti proposti. Se lo si vuole prendere come un ulteriore contributo per l'approvazione di questa legge, non dico entro stasera perché non c'è questo interesse ma comunque per uno snellimento dei lavori, siamo disposti a rinunciare alla discussione dei nostri emendamenti che riguardano la casa. Certamente discuteremo su ogni articolo quelle che erano le nostre intenzioni. Ci riserveremo di presentare i nostri emendamenti in altra sede, probabilmente quando si presenterà la legge sull'edilizia, che noi avremmo preferito venisse modificata oggi.

PRÄSIDENTIN: Somit sind die Änderungsanträge Nr. 2, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16 und 17 zurückgezogen.

Abgeordneter Pöder, ziehen auch Sie Ihre Änderungsanträge zurück?

PÖDER (UFS): Zu Artikel 5 Ja!

PRÄSIDENTIN: Dann sind auch die Änderungsanträge Nr. 3 und 4 zurückgezogen.

Abgeordneter Minniti, bitte.

MINNITI (AN): Sull'ordine dei lavori. Anche per capire, perché generalmente quando un consigliere propone degli emendamenti, li spiega anche. Ci piacerebbe sapere a cosa sia dovuta la soppressione dell'articolo 5.

PRÄSIDENTIN: Abgeordneter Baumgartner, Sie haben das Wort zur Erläuterung Ihres Änderungsantrages.

BAUMGARTNER (SVP): Kollege Minniti hat Recht. Meine Wortmeldung gilt auch für die folgenden Artikel bis zum Artikel 13/bis. Wir haben die weise Entscheidung getroffen, den gesamten Bereich des Wohnbaus in ein eigenes Gesetz zu "gießen" und werden dieses in einem zweiten Moment vorlegen. Um die Arbeiten nicht unnütz zu verzögern, Kollege Minniti, belasse ich es bei dieser einen Stellungnahme.

MINNITI (AN): Vorrei intervenire sul merito dei vari articoli. Siamo dispiaciuti di questa decisione, perché se è vero come è vero che una normativa importante quale quella sull'edilizia agevolata merita una modifica attraverso i passaggi originali dell'iter legislativo, ovvero attraverso la modifica alla propria legge, è peraltro vero che questa è una normativa troppo vecchia, risale al 1998, sono cambiate le condizioni economiche e sociali delle famiglie, è una normativa troppo vecchia per procrastinare la modifica della stessa. Noi vedevamo di buon occhio le intenzioni di modifica di questa normativa, certamente non tanto o non unicamente attraverso gli emendamenti che erano stati presentati in commissione, né attraverso gli articoli che erano stati presentati, sempre in commissione. Ritenevamo interessanti le proposte che erano state avanzate da parte della collega Unterberger inerenti gli aspetti delle separazioni, anche con un occhio di riguardo per i padri separati che troppo spesso vengono dimenticati come entità passiva di una separazione coniugale. Ma avremmo voluto fare la nostra battaglia, che rimandiamo ad altra data, su altri aspetti.

Nell'articolo 5 per esempio c'erano degli aspetti tecnici e un importante aspetto politico. Aspetti tecnici riguardavano il CER, il comitato per l'edilizia residen-

ziale, o il consiglio di amministrazione dell'Ipes, che peraltro vive in un momento un po' particolare, viste anche le dimissioni della sua presidente. Ma c'era anche un aspetto importante riguardante il calcolo del cosiddetto fabbisogno abitativo per i due gruppi linguistici, un fabbisogno abitativo che prevediamo non possa essere contemplato in un discorso sociale, perché o il fabbisogno c'è e non può essere separato per gruppo linguistico, o non c'è. Peraltro attraverso i dati che ci sono stati forniti dallo stesso assessorato e proprio per effetto dell'articolo 5, così come è previsto nella normativa, in passato abbiamo fatto notare come negli anni fra il 1989 e il 2002 il gruppo linguistico italiano abbia in qualche maniera perso 136 miliardi di vecchie lire in aiuti economici per quanto riguarda il fabbisogno abitativo, laddove si parla di contributi per l'acquisto, nuova costruzione e recupero casa. Riteniamo che sull'articolo 5 si sarebbe dovuti intervenire con un particolare interesse. Purtroppo è impossibile farlo, ma è una battaglia che si rinvia. Ci ripromettiamo comunque di intervenire, anche per quanto riguarda gli altri articoli, nel merito degli stessi per illustrare i contenuti dei nostri emendamenti, ma ovviamente non potremo metterli in votazione.

DELLO SBARBA (Gruppo Verde-Grüne Fraktion-Grüpa Verda): Noi siamo molto soddisfatti che questi articoli vengano stralciati, pur nella consapevolezza che c'era stato un lavoro per certi aspetti positivo nella commissione, erano stati inseriti alcuni elementi migliorativi, quelli che citava prima il collega Minniti, grazie al lavoro della commissione e innanzitutto all'impegno della collega Unterberger che aveva inserito, con un vero e proprio lavoro di cesello certosino, una serie di riconoscimenti per i padri separati in caso di abbandono dell'appartamento ecc. Tuttavia sono soddisfatto che questi 22 articoli la maggioranza abbia deciso di ritirarli, perché rispetto al "buono" che contenevano - per esempio questo articolo 5 aveva del buono, prevedeva di aumentare l'impegno della Provincia nel sostegno ad iniziative che mettessero a disposizione dei lavoratori appartamenti in affitto - molto più pesante nel piatto della bilancia era il "cattivo". C'era un vero e proprio massacro delle norme di controllo e di verifica del rispetto degli impegni soprattutto dell'edilizia convenzionata, c'erano dei regali a questa o quella clientela politica, e soprattutto c'era una cosa che ho scoperto, come tutti, durante i lavori in commissione, che questi 22 articoli si sono rivelati delle norme senza padre e senza madre. Non si è capito chi le ha proposte. A me è sembrato che l'assessore non fosse affatto convinto della maggior parte di queste norme, però non ha fatto niente per difenderle in commissione, quasi sembrava che le avesse subite, non so da chi o da cosa, comunque non le ha difese. Poi alcune norme erano state introdotte attraverso emendamenti firmati da membri della commissione, i quali però si sono dimostrati non essere poi i veri autori. Mi resta questo "giallo" in questa parte dedicata all'edilizia abitativa. Chi voleva queste norme? Chi era il padre? Una madre la conosco, era la collega Unterberger, per una serie di aggiustamenti positivi a favore dei padri separati. Non si capisce chi era il mittente di questi "regali", di questi condoni, di questi piccoli favori che si facevano. Mi piacerebbe saperlo, perché c'è stato un gioco

delle parti per cui chi doveva presentare si capiva che non era il presentatore. Ho capito che il dott. Spitaler era quello che sapeva tutto, gli veniva concessa continuamente la parola, da tecnico spiegava le norme ma non si capiva qual era la paternità politica delle stesse.

Sono molto soddisfatto che norme pasticciate - purtroppo dobbiamo buttare via alcuni "buoni bambini" con la tanta acqua sporca che c'era, ma con le norme pasticciate e soprattutto talmente discutibili tanto che chi le aveva sponsorizzate non si è capito chi fosse - vengano ritirate, che possiamo discutere nell'ambito di una riforma globale della legge sull'edilizia sociale tutti questi aspetti. Spero che alcuni di questi, i più contestati, non riappaiono più, ma non ne sono convinto, quindi vigileremo. Nel dibattito ulteriore su alcuni articoli vi sono dei punti che vorrei sottoporre all'attenzione della Giunta provinciale, alcuni punti di banale giustizia della parificazione tra le diverse categorie sociali, e vi ritornerò successivamente.

PÖDER (UFS): Frau Präsidentin, es ist durchaus positiv, dass zumindest jene Bereiche, die die Wohnbaugesetzgebung und die Wohnbauförderungsgesetzgebung betreffen, aus dem Gesetz gestrichen werden. Natürlich muss man auch die Problematik ansprechen, wenn solche umfassenden Änderungen in einem Gesetzentwurf vorgeschlagen werden. Wenn eine Gesetzgebungskommission arbeitet, die Abgeordneten sich vorbereiten und dann letztlich wieder alles herausgenommen wird, ist das eine kleine Verballhornung des Südtiroler Landtages. Man sollte es sich schon vorher überlegen. Dies wurde bereits in der Generaldebatte angesprochen. Bevor man solche Maßnahmen in ein Gesetz packt, sollte man daran denken, dass es eine harmonische Gesetzgebung bzw. einen eigenen Gesetzentwurf für diese Thematik bräuchte. Man geht hier praktisch her und klaubt alles hinein, nach dem Motto: Mal schauen, was passiert, wenn es nicht allzu viel Widerstand gibt, lassen wir die Änderungen drinnen, wenn viel Widerstand kommt, streichen wir die Änderungen wieder heraus! Wie gesagt, es handelt sich um eine Verballhornung des Südtiroler Landtages. Es ist wahrlich keine gute Visitenkarte für die Landesregierung und die betreffenden Ämter, wenn man nicht imstande ist, etwas vorzubereiten, was im Südtiroler Landtag letztlich genehmigt werden kann. Dann sollte man es von vorne herein beim Alten belassen. Das Einzige, was man anerkennen muss, ist die Einsicht, dass diese umfassende Reform des Wohnbauförderungsgesetzes nicht in einem solchen Omnibusgesetz geregelt werden sollte.

Ich möchte einige Punkte ansprechen, um uns einen kurzen Überblick zu verschaffen. Man sollte vorsichtig damit sein, neue Definitionen in ein Gesetz einzufügen, das wesentliche, wichtige, soziale Auswirkungen hat. Wenn man die Definition "junge Ehepaare" einführt, sollte man sehr vorsichtig sein, mit irgendwelchen Zahlen um sich zu schmeißen und Altersgrenzen festzusetzen. Das bedarf einer eingehenderen Diskussion. Wenn man vorschreiben möchte, dass beide Ehepartner berufstätig sein

müssen, greift man wesentlich in die persönlichen, privaten Entscheidungskompetenzen bzw. -befugnisse der Bürgerinnen und Bürger ein.

Außerdem möchte ich auf Artikel 7/bis, der dann folgt, verweisen. Wie gesagt, ich spreche nun zu mehreren Artikel, die dann in der Folge gestrichen werden. Ich weiß sehr wohl, dass es nicht üblich ist, bei der Behandlung eines Artikels über andere Artikel zu sprechen. Aber damit sparen wir Zeit. Wenn es in Artikel 7/bis um Maßnahmen im Falle von Ehetrennung, Auflösung oder Erlöschen der zivilrechtlichen Wirkungen geht, muss ich feststellen, dass hier mehr Bürokratie erzeugt wird. Gerade was die Zwangsräumungen betrifft, sollte man vorsichtig sein. Es mag auf der einen Seite richtig sein, solche Regelungen zu treffen, um diese Situationen zu berücksichtigen, andererseits aber sollte man nicht zuviel Bürokratie produzieren.

In Artikel 8 geht es um die Erhöhung der Wohnaufförderung für Energie-sparmaßnahmen. Der zuständige Landesrat ist jetzt leider nicht anwesend. Ich bin etwas erstaunt darüber, dass man hier Zusatzförderungen für die Klimahaus-Kategorie B und Kategorie A einführt, aber das sogenannte "Passivhaus", also jenen Standard, der auf europäischer Ebene mittlerweile als energieeinsparend gilt, nicht berücksichtigt. In Südtirol hat man gesehen, dass dieses "Passivhaus", welches von der Landesverwaltung offiziell noch nicht als solches anerkannt wird, durchaus erfolgreich ist und im Vergleich zum Heizöl eine sinnvollere Maßnahme bzw. eine energiesparende Baumaßnahme darstellt. Ich denke, dass man diesen "Passivhaus-Standard" einfügen sollte, wenn man daran denkt, diese Reform in naher Zukunft anzugehen. Die Klimahaus-Kategorien A und B mögen sehr wohl gut sein. Für die Kategorie B werden 5 Prozent und für die Kategorie A werden 10 Prozent mehr an Beiträgen gewährt. Dann sollte man aber auch das "Klimahaus Gold" - das ist der Südtiroler Name, der dem "Passivhaus-Standard" entspricht - einfügen. Dafür sollte man konsequenterweise 15 Prozent mehr an Förderung gewähren. Das "Klimahaus Gold" ist mittlerweile auch im Rahmen der Landesverwaltung angedacht worden. Wenn man das schon immer wieder propagiert, sollte man es auch dementsprechend fördern. Es handelt sich wirklich um einen Standard, der definitiv mit sehr wenig Brennstoff bzw. mit sehr wenig Öl auskommt. Wenn es beim Klimahaus Kategorie B 5 oder 6 Liter - wenn ich mich recht erinnere - pro Kubikmeter, beim Klimahaus Kategorie A 3 Liter pro Kubikmeter und beim "Klimahaus Gold" und "Gold plus" - international wird es "Passivhaus genannt" - nur mehr 1,5 Liter sind, dann sollte man Letzteres auf jeden Fall berücksichtigen und zusätzlich begünstigen .

In Bezug auf die Frage der Sozialbindung ändert man das eine oder andere. Ob das sinnvoll ist, muss im Einzelnen diskutiert werden. Wir haben dazu einige Änderungsanträge vorbereitet. Ich muss schon sagen, dass man damit ein bisschen zum Schwindeln oder zum Schlaumeiern anleitet. Ich denke nicht, dass das sinnvoll ist. Wenn man all das beschlossen hätte, würde man dem Wohnbauinstitut einen schweren Brocken zum Schlucken geben. Ich denke, dass die jetzige - wenn man sie so nennen kann - dramatische Entwicklung im Wohnbauinstitut mit dem schon lange angekün-

digten Rücktritt der Wohnbaupräsidentin vielleicht Anlass bieten kann, diese Schlaumeier-Artikel ein bisschen zu überdenken.

Weiters gibt es einiges in Sachen Wiedergewinnung zu sagen. Das wurde auch ein wenig übers "Haxl" gebrochen. Ich habe gesehen, dass man in der Gesetzgebungskommission grundlegende Änderungen vorgenommen hat. Man hat etwas eingefügt, was dann in der Gesetzgebungskommission wieder abgeändert wurde. Auch bezüglich der Beseitigung von architektonischen Hindernissen in Gebäuden des Wohnbauinstituts denke ich, dass es durchaus sinnvoll ist, Sondersituationen zu berücksichtigen, wenn beispielsweise in Wohnungen des Instituts Menschen mit Behinderung leben. Sie müssen ja nicht schon von Beginn an dort gelebt haben. Solche Behinderungen können im Laufe der Zeit auch durch Unfälle oder anderes auftreten. Man sollte also Nachrüstungen bzw. nachträgliche Umbauarbeiten mitfinanzieren. Das ist sicherlich sinnvoll, da es um notwendige Maßnahmen geht, die nicht nur zur Verschönerung der Umgebung dienen.

Insgesamt gesehen, möchte ich positiv vermerken, dass die Artikel zur Wohnbauförderung gestrichen werden. Negativ war der Inhalt einiger Artikel, den man überdenken sollte. Hoffentlich kann man dem Landtag dann in den nächsten Monaten nach einiger Besinnung etwas Besseres präsentieren.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den Streichungsantrag ab: mit 3 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Art. 6

1. Nach Artikel 45 Absatz 8 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, in geltender Fassung, wird folgender Absatz hinzugefügt:

„9. Der in Absatz 1 Buchstabe c) vorgesehene Ausschlussgrund kommt nicht zur Anwendung, wenn der Gesuchsteller, der bereits einmal eine Wohnbauförderung erhalten hat, auf diese mit Wirkung vom Tag der Gewährung derselben an verzichtet und alle erhaltenen Beträge, die mit Ablauf vom Tage der Ausbezahlung im Ausmaß der Steigerung des Lebenshaltungskostenindex aufgewertet werden, zurückbezahlt.“

Art. 6

1. Dopo il comma 8 dell'articolo 45 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, e successive modifiche, è aggiunto il seguente comma:

"9. La causa di esclusione di cui al comma 1, lettera c), non opera se il richiedente, già beneficiario di un'agevolazione edilizia, rinuncia a tale agevolazione con effetto dalla data dell'ammissione all'agevolazione e restituisce tutti gli importi ottenuti, rivalutati nella misura dell'aumento dell'indice del costo della vita, con decorrenza dalla data dell'erogazione."

Ich verlese den vom Abgeordneten Baumgartner eingebrachten Streichungsantrag: "Der Artikel 6 wird gestrichen."

"L'articolo 6 è soppresso."

Abgeordneter Minniti, Sie haben das Wort, bitte.

MINNITI (AN): Ho già parlato prima in relazione ai nostri emendamenti relativi al titolo II, che riguardano gli articoli sull'edilizia, e li ho ritirati.

PRÄSIDENTIN: Somit ziehen Sie alle Änderungsanträge, die die Wohnbauförderung betreffen, zurück.

DELLO SBARBA (Gruppo Verde-Grüne Fraktion-Grüpa Verda): Anche il nostro emendamento viene ritirato.

PRÄSIDENTIN: Ich stelle fest, dass auch der vom Abgeordneten Pöder eingebrachte Änderungsantrag zurückgezogen ist.

DELLO SBARBA (Gruppo Verde-Grüne Fraktion-Grüpa Verda): Mi auguro che questo emendamento passi e che l'articolo venga soppresso, perché credo che qualsiasi, e lo faccio mettere a verbale a futura memoria per l'assessore, meccanismo di rinuncia posticipata ad un contributo, ... quindi io prendo un contributo sulla base di alcuni impegni, poi questi impegni ho deciso di non rispettarli più perché per esempio vendo l'appartamento, quindi rinuncio all'agevolazione, non è possibile che se rinuncio all'agevolazione avuta nove anni fa, questa agevolazione la debba restituire pagando come sovrappiù l'indice del costo della vita. Credo che come in moltissime altre leggi provinciali sia corretto, per evitare speculazioni e favoritismi, che chi rinuncia ad una agevolazione dopo aver intascato i soldi dopo anni, non debba solo restituirli rivalutati sulla misura dell'aumento del costo della vita, ma aumentati degli interessi legali. Altrimenti se uno chiede un contributo e poi rinuncia dopo qualche anno, ci fa anche un piccolo guadagno rispetto al tenere i soldi in banca, perché si ritrova a poter vendere un oggetto, tipo un appartamento pagato un tot di soldi, senza dover, quando restituisce quello che ha ricevuto, pagare gli interessi.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den Streichungsantrag ab: mit 3 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Art. 6-bis

1. Artikel 45-bis des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 45-bis (Trennung der Ehegatten) - 1. Für die Rechtswirkungen dieses Gesetzes gelten zwei Ehegatten dann als gerichtlich getrennt, wenn zumindest einer von ihnen den Antrag auf Ehetrennung eingebracht hat. Sollte das Ehetrennungsverfahren nachträglich, ohne dass

es zu einem Urteil kommt, aufgelassen werden, wird der Teil der Wohnbauförderung widerrufen, der aufgrund der Ehetrennung gewährt worden ist."

Art. 6-bis

1. L'articolo 45-bis della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, è così sostituito:

"Art. 45-bis (Separazione dei coniugi) - 1. Agli effetti della presente legge, due coniugi sono considerati legalmente separati quando almeno uno di essi abbia presentato domanda di separazione personale. Se la procedura di separazione personale è successivamente abbandonata prima della pronuncia della sentenza, si procede alla revoca della parte di agevolazione concessa in virtù della separazione personale."

Es ist ein Änderungsantrag vom Abgeordneten Pöder eingebracht worden, der folgendermaßen lautet: "Der Artikel 6-bis ist aufgehoben."

"L'articolo 6-bis è soppresso."

Wer wünscht das Wort? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab: mit 2 Nein-Stimmen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt. Artikel 6-bis ist gestrichen.

Art. 6-ter

1. Der letzte Halbsatz in Artikel 46 Absatz 2 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, in geltender Fassung, wird wie folgt ersetzt: „sowie im Falle von Ehetrennung, Auflösung oder Erlöschen der zivilrechtlichen Wirkungen der Ehe nicht berücksichtigt."

Art. 6-ter

1. Al comma 2 dell'articolo 46 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, e successive modifiche, nell'ultimo periodo, le parole: "nonché in caso di scioglimento o di cessazione degli effetti civili del matrimonio" sono così sostituite: "nonché in caso di separazione personale oppure di scioglimento o di cessazione degli effetti civili del matrimonio."

Es ist ein Streichungsantrag vom Abgeordneten Baumgartner eingebracht worden, der folgendermaßen lautet: "Der Artikel 6-ter wird gestrichen."

"L'articolo 6-ter è soppresso."

Wenn es keine Wortmeldungen gibt, stimmen wir ab: mit 2 Nein-Stimmen und dem Rest Ja-Stimmen ist der Streichungsantrag genehmigt.

Art. 7

1. Nach Artikel 46-bis des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, in geltender Fassung, wird folgender Artikel eingefügt:

„Art. 46-ter (Sonderbestimmungen für junge Ehepaare) - 1. Im Sinne dieses Abschnittes und für die Rechtswirkungen der Zuweisung von gefördertem Bauland gelten als „junge Ehepaare" solche Ehepaare, die das Ansuchen um Wohnbauförderung innerhalb von fünf Jahren

ab dem Datum der Eheschließung vorlegen. Zum Zeitpunkt der Gesuchsvorlage muss mindestens einer der Ehegatten weniger als 35 Jahre alt sein.

2. Für junge Ehepaare wird die Zugehörigkeit zu einer der vier in Artikel 58 Absatz 1 vorgesehenen Einkommensstufen berechnet, indem die Summe aus dem Einkommen der beiden Ehegatten durch zwei dividiert wird. Voraussetzung für die Anwendbarkeit dieser Bestimmung ist, dass beide Ehegatten einer Vollzeitbeschäftigung oder einer Teilzeitbeschäftigung von mindestens 50 Prozent nachgehen und dass die geförderte Liegenschaft zu ungeteilten Hälften im Miteigentum der Ehegatten steht.

3. Die Anwendung der Bestimmungen dieses Artikels erfolgt ausschließlich auf Antrag. Der im Artikel 58 Absatz 2 vorgesehene Freibetrag für den Ehegatten wird nicht in Abzug gebracht."

Art. 7

1. Dopo l'articolo 46-bis della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, e successive modifiche, è inserito il seguente articolo:

"Art. 46-ter (Disposizioni speciali per giovani coppie) - 1. Sono considerate giovani coppie ai sensi del presente capo ed agli effetti dell'assegnazione di aree destinate all'edilizia agevolata le coppie che presentano la domanda di agevolazione edilizia entro cinque anni dalla data del matrimonio. Al momento della presentazione della domanda almeno uno dei coniugi deve avere meno di 35 anni.

2. Per le giovani coppie l'appartenenza ad una delle quattro fasce di reddito di cui all'articolo 58, comma 1, è determinata dividendo la somma dei redditi dei due coniugi per due. Presupposto per l'applicazione della presente disposizione è che entrambi i coniugi esercitino un'attività lavorativa a tempo pieno o a tempo parziale di almeno il 50 per cento e che abbiano la comproprietà per metà indivisa dell'immobile agevolato.

3. Le disposizioni del presente articolo trovano applicazione esclusivamente su richiesta. La quota esente per il coniuge, di cui all'articolo 58, comma 2, non viene detratta."

Ich verlese den vom Abgeordneten Baumgartner eingebrachten Streichungsantrag: "Der Artikel 7 wird gestrichen."

"L'articolo 7 è soppresso."

Der vom Abgeordneten Pöder eingebrachte Änderungsantrag ist zurückgezogen.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab: mit 3 Nein-Stimmen und dem Rest Ja-Stimmen ist der Streichungsantrag zu Artikel 7 genehmigt.

Art. 7-bis

1. Der letzte Halbsatz von Artikel 47 Absatz 3 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, wird wie folgt ersetzt: „sowie im Falle von Ehetrennung, Auflösung oder Erlöschen der zivilrechtlichen Wirkungen der Ehe nicht berücksichtigt."

2. Artikel 47 Absatz 9 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, erhält folgende Fassung:

„9. Den von Zwangsräumung betroffenen Personen laut Absatz 2 Buchstabe a) sind die Personen gleichgestellt, die infolge von Ehetrennung die gemeinsame Wohnung verlassen müssen. Sollte das Ehetrennungsverfahren nachträglich, ohne dass es zu einem Urteil kommt, aufgelassen werden, wird die Wohnbauförderung widerrufen, wenn die Punktezahl für die Zwangsräumung bei der Zulassung zur Wohnbauförderung ausschlaggebend gewesen ist.“

Art. 7-bis

1. Al comma 3 dell'articolo 47 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, nell'ultimo periodo, le parole: "nonché in caso di scioglimento o di cessazione degli effetti civili del matrimonio" sono così sostituite: "nonché in caso di separazione personale oppure di scioglimento o di cessazione degli effetti civili del matrimonio."

2. Il comma 9 dell'articolo 47 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, è così sostituito:

"9. Alle persone sfrattate di cui al comma 2, lettera a), è equiparata la persona che deve abbandonare l'abitazione comune in conseguenza di separazione personale. Se la procedura di separazione personale è successivamente abbandonata prima della pronuncia della sentenza, si procede alla revoca dell'agevolazione edilizia qualora il punteggio per lo sfratto sia stato determinante ai fini dell'ammissione all'agevolazione stessa."

Der vom Abgeordneten Baumgartner eingebrachte Streichungsantrag lautet wie folgt: "Der Artikel 7-bis wird gestrichen."

"L'articolo 7-bis è soppresso."

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Dann stimmen wir darüber ab: mit 2 Nein-Stimmen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt. Somit ist auch Artikel 7-bis gestrichen.

Art. 8

1. Artikel 60 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:

„Art. 60 (Erhöhung der Wohnbauförderung für Energiesparmaßnahmen) - 1. Die in den Artikeln 55, 56 und 57 vorgesehenen Beträge werden für die Wohnungen, die im Sinne der Durchführungsverordnung zu Artikel 127 Absatz 5 des Landesgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13, in geltender Fassung, als Klimahaus Kategorie B eingestuft werden, um fünf Prozent und für die als Klimahaus Kategorie A eingestuften Wohnungen um zehn Prozent erhöht.“

Art. 8

1. L'articolo 60 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, e successive modifiche, è così sostituito:

"Art. 60 (Aumento dell'agevolazione edilizia per interventi di risparmio energetico) - 1. Gli importi di cui agli articoli 55, 56 e 57 sono aumentati, rispettivamente, del cinque per cento e del dieci per cento, qua-

lora l'abitazione sia classificata, rispettivamente, casa clima categoria B e casa clima categoria A ai sensi del regolamento di esecuzione dell'articolo 127, comma 5, della legge provinciale 11 agosto 1997, n. 13, e successive modifiche."

Ich verlese den Streichungsantrag, eingebracht vom Abgeordneten Baumgartner: "Der Artikel 8 wird gestrichen."

"L'articolo 8 è soppresso."

Der vom Abgeordneten Pöder eingebrachte Änderungsantrag ist zurückgezogen.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Dann stimmen wir über den Streichungsantrag ab: mit 2 Nein-Stimmen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Art. 8-bis

1. Artikel 62 Absatz 3 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:

„3. Die Sozialbindung für den geförderten Wohnbau bedingt, dass die Wohnung für die Dauer von zwanzig Jahren tatsächlich vom Förderungsempfänger oder von berechtigten Personen gemäß nachfolgenden Bestimmungen besetzt wird. Für den Ablauf der Sozialbindung werden nur die Zeiträume gezählt, in denen die Wohnung tatsächlich vom Förderungsempfänger selbst oder von anderen berechtigten Personen gemäß nachfolgenden Bestimmungen besetzt wird. Die Bindung läuft ab dem Datum, das in Artikel 50 Absatz 1 beziehungsweise Absatz 2 angegeben ist.“

Art. 8-bis

1. Il comma 3 dell'articolo 62 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, e successive modifiche, è così sostituito:

"3. Il vincolo sociale di edilizia abitativa agevolata comporta che l'abitazione deve essere effettivamente occupata per la durata di venti anni dal beneficiario o da persone aventi diritto ai sensi delle seguenti disposizioni. Per il decorso del vincolo sociale sono computati solamente i periodi di tempo in cui l'abitazione viene effettivamente occupata dal beneficiario stesso o da persone aventi diritto ai sensi delle seguenti disposizioni. Il vincolo decorre dalla data di cui all'articolo 50, comma 1, rispettivamente comma 2."

Es liegt ein Streichungsantrag vom Abgeordneten Baumgartner vor: "Der Artikel 8-bis wird gestrichen."

"L'articolo 8-bis è soppresso."

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung: mit 3 Nein-Stimmen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Art. 9

1. Artikel 65 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, erhält folgende Fassung:

„Art. 65 (Zuwiderhandlungen gegen die Sozialbindung) - 1. Wird festgestellt, dass der Förderungsempfänger:

- a) nach Abgabe der Erklärung über die erfolgte Besetzung der Wohnung diese nicht ständig und tatsächlich besetzt,
- b) die Wohnung in Widerspruch zu den Bestimmungen von Artikel 62 gänzlich oder auch nur teilweise vermietet oder unter irgendwelchem Titel, auch kostenlos, Dritten zum Gebrauch überlassen hat,
- c) die Zweckbestimmung der Wohnung, auch nur teilweise, geändert hat,
- d) im Falle des Baues oder Kaufes einer Wohnung:
 - 1) vor Ablauf von fünf Jahren ab der Erklärung über die tatsächliche Besetzung der Wohnung diese in einer Weise umgewandelt hat, dass sie nicht mehr die Merkmale einer Volkswohnung hat,
 - 2) nach Ablauf von fünf Jahren ab der Erklärung über die tatsächliche Besetzung der Wohnung diese in einer Weise umgewandelt hat, dass sie nicht mehr die Merkmale einer Wohnung mit erhöhter Zimmerzahl hat,
- e) im Falle der Wiedergewinnung einer Wohnung diese in einer Weise umgewandelt hat, dass sie nicht mehr die Merkmale einer Wohnung mit erhöhter Zimmerzahl hat,
- f) allfällige zusätzliche Auflagen, die mit der Zulassung zur Wohnbauförderung verknüpft sind, nicht erfüllt hat,

wird der Förderungsempfänger aufgefordert, innerhalb einer Frist von sechs Monaten den früheren Zustand wiederherzustellen. Für den Zeitraum vom Beginn der Zuwiderhandlung bis zur Wiederherstellung des früheren Zustandes verhängt die Landesüberwachungskommission für den geförderten Wohnbau eine Verwaltungsstrafe in der Höhe des Landesmietzinses laut Artikel 7.

2. Wenn nach Ablauf der Sechsmonatsfrist der frühere Zustand nicht wiederhergestellt ist, verfügt die Landesüberwachungskommission für den geförderten Wohnbau den Widerruf der Wohnbauförderung, der die Rückerstattung der Beträge zur Folge hat, wie sie in Artikel 64 im Falle des Verzichtes vorgesehen ist, erhöht um die gesetzlichen Zinsen ab dem Tage, an dem die Übertretung festgestellt wurde. Außerdem ist eine Verwaltungsstrafe in der Höhe von 30 Prozent des zurückzuzahlenden Förderungsbetrages zu entrichten.

3. (gestrichen)

4. Wird die Wohnung ohne vorherige Ermächtigung an Personen vermietet oder aus irgendeinem Titel, auch kostenlos, zum Gebrauch überlassen, die im Besitze der Voraussetzungen sind, um die von den Artikeln 62 und 63 vorgesehenen Ermächtigungen zu erhalten, kann die diesbezügliche Ermächtigung nachträglich erteilt werden. Die nachträgliche Ermächtigung wird nach Entrichtung einer Verwaltungsstrafe erteilt, die der Hälfte des gemäß Absatz 1 geschuldeten Betrages entspricht.

5. Die in Absatz 1 Buchstabe a) vorgesehene Übertretung liegt nicht vor, wenn der Förderungsempfänger die Wohnung für einen Zeitraum von insgesamt weniger als drei Monaten pro Jahr verlässt. Längere

Abwesenheiten können im Falle der Durchführung von Wiedergewinnungsarbeiten oder bei Vorliegen sonstiger schwerwiegender Gründe familiärer oder beruflicher Art ermächtigt werden."

Art. 9

1. L'articolo 65 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, è così sostituito:

"Art. 65 (Contravvenzioni al vincolo sociale) - 1. Se viene accertato che il beneficiario:

- a) dopo aver reso la dichiarazione sull'occupazione dell'abitazione non la occupa in modo stabile ed effettivo,
- b) ha locato o comunque dato in uso a qualsiasi titolo, anche gratuito, a terzi l'abitazione per intero o anche solo parzialmente, in contrasto con quanto disposto dall'articolo 62,
- c) ha modificato anche solo parzialmente la destinazione d'uso dell'abitazione,
- d) in caso di costruzione o di acquisto di un'abitazione:
 - 1) ha trasformato la stessa, prima del decorso di cinque anni dalla dichiarazione di effettiva occupazione, in modo che non ha più le caratteristiche di un'abitazione popolare;
 - 2) decorsi cinque anni dalla dichiarazione di effettiva occupazione, ha trasformato l'abitazione in modo che non abbia più le caratteristiche di un'abitazione economica,
- e) in caso di recupero ha trasformato l'abitazione in modo che non ha più le caratteristiche di un'abitazione economica,
- f) non ha adempiuto ad eventuali ulteriori condizioni connesse con l'ammissione all'agevolazione edilizia,

il beneficiario viene diffidato alla riduzione in pristino entro un termine di sei mesi. Dalla data della commessa violazione fino alla riduzione in pristino la Commissione provinciale di vigilanza sull'edilizia abitativa agevolata applica una sanzione amministrativa pari al canone provinciale di cui all'articolo 7.

2. Se, decorso il termine di sei mesi, non vi è stata la riduzione in pristino, la Commissione provinciale di vigilanza sull'edilizia abitativa agevolata dispone la revoca dell'agevolazione, che comporta la restituzione degli importi previsti dall'articolo 64 per il caso di rinuncia, aumentati degli interessi legali dal giorno in cui la violazione è stata accertata. Si applica inoltre una sanzione amministrativa pari al 30 per cento dell'importo dell'agevolazione da restituire.

3. (soppresso)

4. Se l'abitazione è stata locata o comunque data in uso a qualsiasi titolo, anche gratuito, a persone in possesso dei requisiti per ottenere le autorizzazioni di cui agli articoli 62 e 63, la relativa autorizzazione può essere rilasciata in via di sanatoria, previa corresponsione di una sanzione amministrativa pari alla metà dell'importo dovuto ai sensi del comma 1.

5. Non sussiste la violazione del comma 1, lettera a), qualora il beneficiario abbandoni l'abitazione per un periodo complessivamente non superiore a tre mesi per ciascun anno. Assenze più lunghe possono essere autorizzate in caso di esecuzione di interventi di recupero o in caso di altre gravi ragioni familiari o professionali."

Ich verlese den von den Abgeordneten Minniti und Holzmann eingebrachten Streichungsantrag: "Der Artikel 9 wird gestrichen."

"L'articolo 9 è stralciato."

Wer wünscht das Wort? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab: einstimmig genehmigt.

Art. 10

1. Nach Artikel 65 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, wird folgender Artikel eingefügt:

„Art. 65-bis (Unwahre Erklärungen) - 1. Wurde die Wohnbauförderung durch die Verwendung oder Einreichung von Erklärungen oder Unterlagen, die entweder gefälscht sind oder Falsches bescheinigen, erlangt, verfügt die Landesüberwachungskommission für den geförderten Wohnbau den Widerruf der Wohnbauförderung. Auf den rückzuzahlenden Förderungsbetrag werden die gesetzlichen Zinsen berechnet und es wird eine Verwaltungsstrafe in der Höhe von 30 Prozent dieses Förderungsbetrages verhängt. In der gleichen Weise wird verfahren, falls die Zulassung zur Förderung aufgrund unvollständiger Erklärungen erfolgt ist, wenn die Voraussetzungen für die Zulassung zur selben nicht gegeben waren. In der Widerrufsmaßnahme wird auch im Sinne von Artikel 2-bis Absatz 2 des Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17, in geltender Fassung, verfügt.

2. Im Falle von unvollständigen Erklärungen, die für das Ausmaß der Förderung ausschlaggebend waren, verfügt die Landesüberwachungskommission für den geförderten Wohnungsbau die entsprechende Reduzierung der Förderung. Auf die unrechtmäßig bezogene Förderung werden die gesetzlichen Zinsen berechnet und eine Verwaltungsstrafe in der Höhe von 30 Prozent des zurückzuzahlenden Förderungsbetrages verhängt.“

Art. 10

1. Dopo l'articolo 65 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, è inserito il seguente articolo:

"Art. 65-bis (Dichiarazioni non veritiere) - 1. Se l'agevolazione edilizia è stata conseguita mediante l'utilizzazione o presentazione di dichiarazioni o di documenti falsi o attestanti cose non veritiere, la Commissione provinciale di vigilanza sull'edilizia abitativa agevolata dispone la revoca dell'agevolazione. Oltre all'importo dell'agevolazione da restituire, aumentato degli interessi legali, si applica una sanzione amministrativa pari al 30 per cento dell'importo dell'agevolazione. Si procede nello stesso modo nel caso in cui l'ammissione all'agevolazione sia avvenuta in base a dichiarazioni incomplete, se non sussistevano i presupposti per l'ammissione alla stessa. Con il provvedimento di revoca si dispone anche ai sensi dell'articolo 2-bis, comma 2, della legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17, e successive modifiche.

2. In caso di dichiarazioni incomplete, rilevanti ai fini dell'entità dell'agevolazione, la Commissione provinciale di vigilanza sull'edilizia abitativa agevolata determina la corrispondente riduzione dell'agevolazione. Sull'importo indebitamente percepito vanno calcolati gli inte-

ressi legali e si applica una sanzione amministrativa pari al 30 per cento dell'importo dell'agevolazione da restituire."

Änderungsantrag Nr. 1, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Kury und Heiss, und **Änderungsantrag Nr. 2**, eingebracht vom Abgeordneten Baumgartner, lauten: "Der Artikel 10 wird gestrichen."

"L'articolo 10 è soppresso."

Wer wünscht das Wort? Abgeordneter Minniti, Sie haben das Wort.

MINNITI (AN): Alleanza Nazionale ha evitato di intervenire fino adesso su alcune tematiche e su alcuni articoli, ma riteniamo di dover intervenire su questo articolo 10 le modifiche che avremmo voluto apportare all'articolo 112 della legge n. 13/1998 sono le più significative per certi versi, più corpose delle problematiche che riguardano l'edilizia sociale. Sarà un motivo in più per cui voteremo contro l'emendamento stralcio presentato dalla SVP, perché ritenevamo che comunque si sarebbe dovuti intervenire, magari d'urgenza attraverso questa legge, per modificare tutta la tematica che riguarda i redditi netti, i redditi lordi, almeno questi e i redditi dei figli che vengono ancora oggi calcolati, il reddito del lavoratore autonomo e l'aggiornamento del canone di affitto. Mi spiego.

Non possiamo far finta di non vedere che oggi si calcola il canone di affitto sulla base del reddito lordo di una famiglia e che c'è una enorme differenza se questo dato viene calcolato sul reddito lordo piuttosto che sul reddito netto. Ieri parlavamo con l'assessore e gli facevamo vedere come la differenza fra uno e l'altro corrisponda all'anno anche a 2.300 euro in più per una famiglia il cui canone di affitto viene calcolato sul reddito lordo piuttosto che sul netto. Quindi c'è la necessità di rivedere comunque questo valore come quello dei figli. Ancora oggi la Giunta provinciale ritiene necessario che si calcoli come reddito della famiglia, laddove il figlio non sia a carico ma sia lavoratore, il 66% del suo reddito, e questo va a creare capacità economica per quella famiglia. Sappiamo benissimo che così purtroppo non è, quindi Alleanza Nazionale avrebbe voluto proporre, se avesse potuto, e far approvare una modifica in questo senso calcolando che ci fosse comunque un limite inferiore al quale non venisse calcolato il reddito dei figli.

Il reddito del lavoratore autonomo. Proprio di recente abbiamo visto che la presidente dell'Ipes ha accolto, peccato che l'abbia fatto con 7 anni di ritardo, una vecchia proposta di Alleanza Nazionale laddove il reddito del lavatore autonomo viene controllato attraverso dei controlli incrociati fiscali fatti anche attraverso la Guardia di Finanza. Da tempo dicevamo che nel momento in cui deve essere presentato un reddito da un lavoratore autonomo, quel reddito deve essere preso per buono, si debba procedere su quella strada ma se si dubita di quel reddito, la Provincia e l'Ipes soprattutto non possono mettersi a sindacare. Semmai dovrebbero allertare, e noi riteniamo debba essere scritto per legge, gli organismi di polizia adatti in questo senso.

Così come riteniamo che nel momento in cui si avverte che una famiglia subisce un calo del proprio reddito, dovrebbe corrispondere la riduzione del canone di affitto. Ciò non avviene purtroppo se non l'anno successivo, però vi è un impoverimento di quella famiglia che è costretta a pagare l'affitto sulla base di un reddito di cui non gode più. Riteniamo sia una stortura sociale e una ingiustizia sociale che avremmo voluto si affrontasse subito attraverso questa legge per essere modificata. Ciò non avviene, ci auguriamo possa avvenire nel dibattito sulla normativa globale.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zur Abstimmung: mit 1 Nein-Stimme, 1 Stimmenthaltung und dem Rest Ja-Stimmen ist **Änderungsantrag Nr. 1** genehmigt. Artikel 10 ist gestrichen.

Art. 10-bis

1. Artikel 66 Absatz 2 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, erhält folgende Fassung:

„2. Für Personen, die in Folge von Ehetrennung, Auflösung oder Erlöschen der zivilrechtlichen Wirkungen der Ehe das Eigentum oder andere dingliche Rechte an den Ehegatten oder die minderjährigen Kinder übertragen, kommen die Ausschlussgründe laut Artikel 45 Absatz 1 Buchstaben b) und c) nicht zur Anwendung.“

2. Nach Artikel 66 Absatz 2 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, wird folgender Absatz hinzugefügt:

„3. In den von Absatz 1 genannten Fällen kann auf begründeten Antrag auch die Ermächtigung erteilt werden, das nackte Eigentum an der Wohnung in Abweichung von den Bestimmungen laut Artikel 62 Absatz 7 an die minderjährigen Kinder abzutreten.“

Art. 10-bis

1. Il comma 2 dell'articolo 66 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, è così sostituito:

"2. Per le persone che in seguito a separazione personale, scioglimento o cessazione degli effetti civili del matrimonio trasferiscano la proprietà o altri diritti reali al coniuge o ai figli minori, non trovano applicazione le cause di esclusione di cui all'articolo 45, comma 1, lettere b) e c)."

2. Dopo il comma 2 dell'articolo 66 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, è aggiunto il seguente comma:

"3. Nei casi di cui al comma 1, su richiesta motivata può essere autorizzata la cessione della nuda proprietà dell'abitazione ai figli minori; ciò in deroga a quanto stabilito dall'articolo 62, comma 7."

Es liegt wiederum ein Streichungsantrag vom Abgeordneten Baumgartner vor: "Der Artikel 10-bis wird gestrichen."

"L'articolo 10-bis è soppresso."

Wer wünscht das Wort? Niemand. Dann stimmen wir darüber: mit 1 Nein-Stimme, 2 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Art. 10-ter

1. Nach Artikel 69 Absatz 2 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, in geltender Fassung, wird folgender Absatz hinzugefügt:

„3. In den Fällen laut den Absätzen 1 und 2 müssen die genannten Wohnungen innerhalb eines Jahres nach dem Ableben des Förderungsempfängers von berechtigten Personen besetzt werden. Ist diese Frist, die auf begründeten Antrag verlängert werden kann, verstrichen und die Wohnung nicht von berechtigten Personen besetzt, wird die Wohnbauförderung nach Maßgabe der Absätze 1 und 2 widerrufen.“

Art. 10-ter

1. Dopo il comma 2 dell'articolo 69 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, e successive modifiche, è aggiunto il seguente comma:

"3. Nei casi di cui ai commi 1 e 2, le abitazioni devono essere occupate da persone aventi diritto, entro un anno dalla data del decesso del beneficiario. Decorso tale termine, che su richiesta motivata può essere prorogato, senza che l'abitazione sia occupata da persone aventi diritto, si procede alla revoca dell'agevolazione edilizia ai sensi dei commi 1 e 2."

Der vom Abgeordneten Pöder eingebrachte Streichungsantrag besagt Folgendes: "Der Artikel 10-ter ist aufgehoben."

"L'articolo 10-ter è soppresso."

Gibt es Wortmeldungen? Keine. Dann stimmen wir ab: mit 1 Nein-Stimme, 2 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Art. 10-quater

1. Nach Artikel 71 Absatz 15 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, in geltender Fassung, werden folgende Absätze 16, 17 und 18 hinzugefügt:

„16. Für den Fall, dass eine konventionierte Wohnung, für deren Wiedergewinnung die Förderung laut Absatz 1 beansprucht wurde, von nicht berechtigten Personen besetzt wird, wird der Förderungsempfänger aufgefordert, innerhalb einer Frist von sechs Monaten den rechtmäßigen Zustand wiederherzustellen. Für den Zeitraum vom Beginn der Zuwiderhandlung bis zur Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustandes kommt eine Verwaltungsstrafe in der Höhe des Landesmietzinses laut Artikel 7 zur Anwendung.

17. Wenn nach Ablauf der Sechsmonatsfrist der rechtmäßige Zustand nicht wiederhergestellt ist, wird der Widerruf der Wohnbauförderung verfügt. Der Widerruf hat zur Folge, dass die Beträge, wie sie gemäß Absatz 10 im Falle des Verzichtes geschuldet sind, zurückerstattet werden müssen. Diese Beträge werden um die gesetzlichen Zinsen mit Ablauf vom Tage der festgestellten Übertretung an erhöht. Außerdem ist eine Verwaltungsstrafe in der Höhe von 30 Prozent des zurückzuzahlende Förderungsbetrages zu entrichten.

18. Wurde die Wohnung, die Gegenstand der Förderung für die konventionierte Wiedergewinnung ist, auch deshalb konventioniert, um von der Baukostenabgabe im Sinne des Landesgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13, befreit zu werden, kommen gegebenenfalls auch die in Artikel 79 des Landesgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13, vorgesehenen Sanktionen zur Anwendung."

Art. 10-quater

1. Dopo il comma 15 dell'articolo 71 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, e successive modifiche, sono aggiunti i seguenti commi 16, 17 e 18:

"16. Qualora l'abitazione convenzionata, per il cui recupero è stata utilizzata l'agevolazione di cui al comma 1, venga occupata da persone non aventi titolo, il beneficiario viene diffidato al ripristino dello stato conforme alla legge entro un termine di sei mesi. Dalla data della commessa violazione fino al ripristino dello stato conforme alla legge si applica una sanzione amministrativa pari al canone provinciale di cui all'articolo 7.

17. Qualora, decorso il termine di sei mesi, non vi sia stato il ripristino dello stato conforme alla legge, viene disposta la revoca dell'agevolazione edilizia. La revoca comporta la restituzione degli importi previsti dal comma 10 per il caso di rinuncia. Tali importi vengono aumentati degli interessi legali dal giorno dell'accertata violazione. Si applica inoltre una sanzione amministrativa pari al 30 per cento dell'importo dell'agevolazione da restituire.

18. Se l'abitazione oggetto dell'agevolazione per il recupero convenzionato è stata pure convenzionata per ottenere l'esenzione dal contributo sul costo di costruzione ai sensi della legge provinciale 11 agosto 1997, n. 13, si applicano, se del caso, anche le sanzioni di cui all'articolo 79 della legge provinciale 11 agosto 1997, n. 13."

Es liegt ein Streichungsantrag von den Abgeordneten Dello Sbarba, Kury und Heiss vor: "Der Artikel 10-quater wird gestrichen."

"L'articolo 10-quater è soppresso."

Wer wünscht das Wort? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab: mit 1 Nein-Stimme, 1 Stimmenthaltung und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Art. 10-quinquies

1. Artikel 76 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:

„1. Für die Wiedergewinnung der eigenen Bausubstanz zu Wohnzwecken werden den Gemeinden einmalige Beiträge im folgenden Ausmaß gewährt:

70 Prozent der anerkannten Kosten, wenn es sich um Wohnungen handelt, die der Zuweisung aufgrund von Rangordnungen unterliegen und für welche die Gemeinde den Mietzins gemäß Artikel 112 berechnet;

30 Prozent der anerkannten Kosten, wenn es sich um Dienstwohnungen handelt."

Art. 10-quinquies

1. Il comma 1 dell'articolo 76 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, e successive modifiche, è così sostituito:

"1. Per il recupero del proprio patrimonio edilizio a fini abitativi vengono concessi ai comuni i contributi a fondo perduto nella seguente misura:

il 70 per cento della spesa riconosciuta ammissibile, qualora si tratti di abitazioni soggette all'assegnazione in base a graduatorie e per le quali i comuni determinano il canone di locazione ai sensi dell'articolo 112;

il 30 per cento della spesa riconosciuta ammissibile, qualora si tratti di abitazioni di servizio."

Der vom Abgeordneten Baumgartner eingebrachte Streichungsantrag lautet folgendermaßen: "Der Artikel 10-quinquies wird gestrichen."

"L'articolo 10- quinquies è soppresso."

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Dann stimmen wir darüber ab: mit 1 Nein-Stimme, 1 Stimmenthaltung und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Art. 10-sexies

1. Nach Artikel 89 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, wird folgender Artikel eingefügt:

„Art. 89-bis (Finanzierung von Arbeiten zur Baureifmachung von Erweiterungszone) – 1. Ist es für die Baureifmachung einer Erweiterungszone notwendig, bestehende Versorgungsleitungen zu verlegen und Lärmschutzwände zu errichten, können auch diese Arbeiten zu den in Artikel 87 vorgesehenen Begünstigungen für die Erschließung der Flächen für den geförderten Wohnbau zugelassen werden.

2. Die Notwendigkeit der in Absatz 1 genannten Arbeiten muss im technischen Bericht begründet sein. Die Förderung ist nur dann möglich, wenn für die Personen, denen der Grund zugewiesen wurde, die Gesamtbelastung für den Erwerb, die Baureifmachung und die primäre Erschließung des Baugrundes 20 Prozent der gesetzlichen Baukosten der in der Zone zulässigen Baumasse übersteigt."

Art. 10-sexies

1. Dopo l'articolo 89 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, è inserito il seguente articolo:

"Art. 89-bis (Finanziamento di lavori per l'apprestamento di zone di espansione) – 1. Se per l'apprestamento di una zona di espansione è necessario lo spostamento delle condutture di servizi esistenti e la realizzazione di barriere antirumore, anche tali opere possono essere ammesse alle agevolazioni per l'urbanizzazione primaria delle aree destinate all'edilizia abitativa agevolata, previste dall'articolo 87.

2. La necessità dei lavori di cui al comma 1 deve essere comprovata nella relazione tecnica. L'agevolazione è ammissibile solamente se per gli assegnatari l'onere complessivo per l'acquisto, l'apprestamento e l'urbanizzazione primaria del terreno edificabile supera il 20 per cento del costo di costruzione convenzionale della cubatura ammissibile nella zona."

Ich verlese den vom Abgeordneten Baumgartner eingebrachten Streichungsantrag: "Der Artikel 10-sexies wird gestrichen."

"L'articolo 10- sexies è soppresso."

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Dann stimmen wir darüber ab: mit 1 Nein-Stimme, 1 Stimmenthaltung und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Art. 10-septies

1. Artikel 91 Absatz 1-bis des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:

„1-bis. Bei der Gewährung des Wohngeldes kommen auch die Bestimmungen von Artikel 46 Absatz 2 und Artikel 47 Absatz 3 sowie die Ausnahmeregelung in Folge Ehetrennung laut Artikel 97 Absatz 3 zur Anwendung. Wenn der Wert des Immobilienvermögens der Eltern, der Schwiegereltern oder Kinder den in der Durchführungsverordnung angegebenen Freibetrag übersteigt, wird das Wohngeld nicht gewährt.“

Art. 10-septies

1. Il comma 1-bis dell'articolo 91 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, e successive modifiche, è così sostituito:

„1-bis. Per la concessione del sussidio casa si applicano anche le disposizioni dell'articolo 46, comma 2, e dell'articolo 47, comma 3, nonché la deroga a seguito di separazione personale di cui all'articolo 97, comma 3. Se il valore del patrimonio immobiliare dei genitori, suoceri o figli supera l'importo della quota esente stabilito dal regolamento di esecuzione, non viene concesso il sussidio casa.“

Ich verlese den vom Abgeordneten Baumgartner eingebrachten Streichungsantrag: "Der Artikel 10-septies wird gestrichen."

"L'articolo 10- septies è soppresso."

Der vom Abgeordneten Pöder eingebrachte Änderungsantrag ist zurückgezogen.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab: mit 1 Nein-Stimme, 1 Stimmenthaltung und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Art. 10-octies

1. Nach Artikel 92 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, in geltender Fassung, wird folgender Artikel eingefügt:

„Art. 92-bis (Beseitigung von architektonischen Hindernissen in Gebäuden des Wohnbauinstituts) – 1. Die Arbeiten zur Beseitigung von architektonischen Hindernissen in Gebäuden, in denen das Wohnbauinstitut Eigentümer von mehr als einem Drittel der Wohnungen ist, gelten als gemeinnützig, dringend und unaufschiebbar. Falls die Gemeinschaft der Eigentümer des Gebäudes nicht innerhalb von drei Monaten ab schriftlichem Antrag die erforderlichen Beschlüsse fasst, die es dem Wohnbauinstitut erlauben, die Arbeiten durchzuführen, wird im Sinne des Landesgesetzes vom 15. April 1991, Nr. 10, in geltender Fassung, die entsprechende Zwangsdienstbarkeit bestellt. Die

vom Landesgesetz vom 15. April 1991, Nr. 10, in geltender Fassung, vorgesehenen Mitteilungen gehen ausschließlich an den Verwalter der Eigentumsgemeinschaft des Gebäudes. Was die technischen Unterlagen betrifft, genügt eine Kopie des genehmigten Projekts, in dem die Fläche angegeben sein muss, die mit der Zwangsdienstbarkeit zu belasten ist."

Art. 10-octies

*1. Dopo l'articolo 92 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, e successive modifiche, è inserito il seguente articolo:
"Art. 92-bis (Superamento delle barriere architettoniche in edifici dell'IPES) – 1. I lavori per il superamento delle barriere architettoniche in edifici in cui l'IPES è proprietario di più di un terzo delle abitazioni sono considerati di pubblica utilità, urgenti ed indifferibili. Qualora il condominio non assuma entro tre mesi dalla richiesta fatta per iscritto le deliberazioni necessarie per mettere l'IPES in grado di eseguire i lavori, si procede ai sensi della legge provinciale 15 aprile 1991, n. 10, e successive modifiche, alla costituzione della relativa servitù coattiva. Le comunicazioni previste dalla legge provinciale 15 aprile 1991, n. 10, e successive modifiche, sono inviate esclusivamente all'amministratore del condominio. Per quanto riguarda la documentazione tecnica, è sufficiente una copia del progetto approvato, nel quale deve essere indicata l'area su cui la servitù coattiva viene a gravare."*

Der vom Abgeordneten Baumgartner eingebrachte Streichungsantrag lautet folgendermaßen: "Der Artikel 10-octies wird gestrichen."

"L'articolo 10-octies è soppresso."

Wer wünscht das Wort? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab: mit 1 Nein-Stimme, 1 Stimmenthaltung und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Art. 10-novies

1. Nach Artikel 97 Absatz 1 Buchstabe g) des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, in geltender Fassung, wird folgender Buchstabe hinzugefügt:

h) sie dürfen nicht Mieter einer anderen Mietwohnung sein, die der Zuweisung gemäß diesem Abschnitt unterliegt, - ausgenommen es handelt sich um eine überfüllte Wohnung."

2. Artikel 97 Absatz 3 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:

„3. Die in Absatz 1 Buchstaben b) und c) vorgesehenen Ausschlussgründe finden keine Anwendung:

für Personen, die in Folge von Ehetrennung, Auflösung oder Erlöschen der zivilrechtlichen Wirkungen der Ehe die Verfügbarkeit über die Wohnung verlieren bzw. das Eigentum oder andere dingliche Rechte an den Ehegatten übertragen haben;

in den von den Artikeln 29 und 39 vorgesehenen Fällen."

Art. 10-novies

1. Dopo la lettera g) del comma 1 dell'articolo 97 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, e successive modifiche, è aggiunta la seguente lettera:

h) *non devono essere assegnatari di altra abitazione in locazione, soggetta all'assegnazione ai sensi del presente capo, salvo che si tratti di un'abitazione sovraffollata.*"

2. Il comma 3 dell'articolo 97 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, e successive modifiche, è così sostituito:

"3. Le cause di esclusione di cui al comma 1, lettere b) e c), non trovano applicazione:

per le persone che in seguito a separazione personale, scioglimento o cessazione degli effetti civili del matrimonio perdono la disponibilità dell'alloggio oppure ne hanno trasferito al coniuge la proprietà o altri diritti reali;

nei casi di cui agli articoli 29 e 39."

Ich verlese den vom Abgeordneten Baumgartner eingebrachten Streichungsantrag: "Der Artikel 10-novies wird gestrichen."

"L'articolo 10-novies è soppresso."

Wer wünscht das Wort? Niemand. Dann stimmen wir über den Streichungsantrag ab: mit 1 Nein-Stimme, 1 Stimmenthaltung und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Abgeordnete Kury, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Im Sinne der Chancengleichheit sowie zum Schutz der armen Kollegin Rosa Thaler möchte ich die zwei wackeren männlichen Präsidialsekretäre ersuchen, auch einmal zu lesen! Wäre das möglich? Vielleicht könnte Herr Munter zwischendurch einmal seiner Arbeit nachkommen und Frau Rosa Thaler entlasten. Frau Präsidentin, ich denke, dass im Sinne der Chancengleichheit auch Männer arbeiten sollten.

PRÄSIDENTIN: Damit bin ich selbstverständlich einverstanden!

Art. 11

1. Nach Artikel 116 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, wird folgender Artikel eingefügt:

„Art. 116-bis (Durchführung von Arbeiten zur außerordentlichen Instandhaltung und zur Beseitigung architektonischer Hindernisse durch die Mieter) - 1. Das Wohnbauinstitut kann die Mieter ermächtigen, in den ihnen zugewiesenen Wohnungen außerordentliche Instandhaltungsarbeiten laut Artikel 59 Absatz 1 Buchstabe b) des Landesgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13, in geltender Fassung, durchzuführen. Für die Durchführung der Arbeiten kann das Wohnbauinstitut den Mietern einen einmaligen Beitrag gewähren, der nicht höher als 70 Prozent der als zulässig anerkannten Ausgaben und als 20 Prozent der gesetzlichen Baukosten der Wohnung sein darf.

2. Das Wohnbauinstitut kann die Mieter, die die Voraussetzungen laut Artikel 92 besitzen, ermächtigen, die Arbeiten zur Beseitigung von architektonischen Hindernissen und für die Anpassung der Wohnung an die Erfordernisse der Personen mit Behinderung durchzuführen. Für die Durchführung der Arbeiten kann das Wohnbauinstitut einen einmaligen Beitrag in der Höhe von 70 bis 100 Prozent der als zulässig anerkannten Ausgaben gewähren.

3. Wird die Wohnung, aus welchem Grunde auch immer, verlassen, hat der Mieter kein Anrecht auf Vergütung der Ausgaben laut den Absätzen 1 und 2, die zu seinen Lasten geblieben waren."

Art. 11

1. Dopo l'articolo 116 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, è inserito il seguente articolo:

"Art. 116-bis (Esecuzione di lavori per la manutenzione straordinaria e per il superamento delle barriere architettoniche tramite i locatari) -

1. L'IPES può autorizzare i locatari ad eseguire nelle abitazioni loro assegnate lavori di manutenzione straordinaria di cui all'articolo 59, comma 1, lettera b), della legge provinciale 11 agosto 1997, n. 13, e successive modifiche. Per l'esecuzione dei lavori l'IPES può concedere un contributo a fondo perduto non superiore al 70 per cento della spesa riconosciuta ammissibile e al 20 per cento del costo convenzionale di costruzione dell'abitazione.

2. L'IPES può autorizzare i locatari che sono in possesso dei requisiti di cui all'articolo 92 ad eseguire lavori finalizzati al superamento di barriere architettoniche e all'adeguamento dell'abitazione alle esigenze della persona in situazione di handicap. Per l'esecuzione dei lavori l'IPES può concedere un contributo a fondo perduto nella misura del 70 fino al 100 per cento della spesa riconosciuta ammissibile.

3. Se l'abitazione viene abbandonata per qualsiasi causa, il locatario non ha diritto al rimborso delle spese di cui ai commi 1 e 2 rimaste a suo carico."

Dazu ist ein Streichungsantrag vom Abgeordneten Baumgarnter eingebracht worden, der wie folgt lautet: "Der Artikel 11 wird gestrichen."

"L'articolo 11 è soppresso."

Der von den Abgeordneten Dello Sbarba, Kury und Heiss eingebrachte Änderungsantrag ist zurückgezogen.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Dann stimmen wir über den Streichungsantrag zu Artikel 11 ab: mit 2 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Art. 11-bis

1. Artikel 124 Absatz 5 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, erhält folgende Fassung:

„5. Wohnungen, die in ein Verkaufsprogramm aufgenommen wurden und, aus welchem Grund auch immer, frei werden, können als Erstwohnungen an Personen veräußert werden, die nicht Eigentümer einer dem Bedarf ihrer Familie angemessenen und leicht erreichbaren

Wohnung sind. Für diese Wohnungen gilt nicht der in Artikel 122 Absatz 2-ter vorgesehene Ausschlussgrund."

Art. 11-bis

1. Il comma 5 dell'articolo 124 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, è così sostituito:

"5. Abitazioni comprese in un piano di vendita e che per qualsiasi causa si rendano libere possono essere alienate come prima abitazione a persone non proprietarie di un'abitazione adeguata al fabbisogno della propria famiglia e facilmente raggiungibile. Per tali abitazioni non vale la causa di esclusione di cui all'articolo 122, comma 2-ter."

Der vom Abgeordneten Baumgartner eingebrachte Streichungsantrag lautet folgendermaßen: "Der Artikel 11-bis wird gestrichen."

"L'articolo 11-bis è soppresso."

Wer wünscht das Wort? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab: mit 1 Nein-Stimme, 3 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Art. 12

1. Nach Artikel 127 Absatz 3 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, in geltender Fassung, werden folgende Absätze 4 und 5 hinzugefügt:

„4. Das in den Absätzen 1 und 2 vorgesehene Rückkaufs- oder Vorkaufsrecht des Wohnbauinstitutes kommt nicht zur Anwendung und der in Absatz 3 vorgesehene Betrag ist nicht zu entrichten, wenn der Eigentümer beabsichtigt, eine andere für den Bedarf seiner Familie geeignete Wohnung zu kaufen. Die der Bindung unterworfenen Wohnungen muss an eine Person verkauft werden, welche die Voraussetzungen für den Kauf einer konventionierten Wohnung laut Artikel 79 Absatz 3 des Landesgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13, besitzt. Die Unbedenklichkeitserklärung zur grundbücherlichen Löschung der in den Absätzen 1 und 2 genannten Bindungen wird vom Direktor der Landesabteilung Wohnungsbau erlassen.

5. Nach Ablauf der in den Absätzen 1 und 2 genannten Fristen stellt der Direktor der Landesabteilung Wohnungsbau auf Antrag des Wohnungseigentümers die Unbedenklichkeitserklärung zur Löschung der grundbücherlichen Anmerkung der Bindungen aus."

Art. 12

1. Nach Artikel 127 Absatz 3 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, in geltender Fassung, werden folgende Absätze 4 und 5 hinzugefügt:

„4. Das in den Absätzen 1 und 2 vorgesehene Rückkaufs- oder Vorkaufsrecht des Wohnbauinstitutes kommt nicht zur Anwendung und der in Absatz 3 vorgesehene Betrag ist nicht zu entrichten, wenn der Eigentümer beabsichtigt, eine andere für den Bedarf seiner Familie geeignete Wohnung zu kaufen. Die der Bindung unterworfenen Wohnungen muss an eine Person verkauft werden, welche die Voraussetzungen für den Kauf einer konventionierten Wohnung laut Artikel 79 Absatz 3 des Landesgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13, besitzt.

Die Unbedenklichkeitserklärung zur grundbücherlichen Löschung der in den Absätzen 1 und 2 genannten Bindungen wird vom Direktor der Landesabteilung Wohnungsbau erlassen.

5. Nach Ablauf der in den Absätzen 1 und 2 genannten Fristen stellt der Direktor der Landesabteilung Wohnungsbau auf Antrag des Wohnungseigentümers die Unbedenklichkeitserklärung zur Löschung der grundbücherlichen Anmerkung der Bindungen aus."

Ich verlese den vom Abgeordneten Baumgartner eingebrachten Streichungsantrag: "Der Artikel 12 wird gestrichen."

"L'articolo 12 è soppresso."

Der von den Abgeordneten Dello Sbarba, Kury und Heiss eingebrachte Änderungsantrag ist zurückgezogen.

Gibt es Wortmeldungen? Keine. Dann stimmen wir darüber ab: mit 1 Nein-Stimme, 1 Stimmenthaltung und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Art. 13

1. Nach Artikel 129 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, in geltender Fassung, wird folgender Artikel eingefügt:

*"Art. 129-bis (Übertragung von Liegenschaften des Wohnbauinstitutes auf das Land) - 1. Liegenschaften des Wohnbauinstitutes, die nicht mehr dessen institutionellen Zwecken dienen, können in das Eigentum des Landes überführt werden. Die entsprechende Feststellung steht der Landesregierung, nach Anhören des Wohnbauinstitutes, zu.
2. Die Übertragung des Eigentums der Liegenschaften vom Wohnbauinstitut auf die Autonome Provinz Bozen erfolgt mit Dekret des Landeshauptmanns. Dieses Dekret ist der Rechtstitel für die grundbücherliche Einverleibung des Eigentumsrechts zu Gunsten der Autonomen Provinz Bozen."*

Art. 13

1. Nach Artikel 129 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, in geltender Fassung, wird folgender Artikel eingefügt:

*"Art. 129-bis (Übertragung von Liegenschaften des Wohnbauinstitutes auf das Land) - 1. Liegenschaften des Wohnbauinstitutes, die nicht mehr dessen institutionellen Zwecken dienen, können in das Eigentum des Landes überführt werden. Die entsprechende Feststellung steht der Landesregierung, nach Anhören des Wohnbauinstitutes, zu.
2. Die Übertragung des Eigentums der Liegenschaften vom Wohnbauinstitut auf die Autonome Provinz Bozen erfolgt mit Dekret des Landeshauptmanns. Dieses Dekret ist der Rechtstitel für die grundbücherliche Einverleibung des Eigentumsrechts zu Gunsten der Autonomen Provinz Bozen."*

Dazu ist ein Streichungsantrag von den Abgeordneten Kury, Dello Sbarba und Heiss eingebracht worden, der wie folgt lautet: "Der Artikel 13 wird gestrichen."

"L'articolo 13 è soppresso."

Wer wünscht das Wort? Niemand. Wir stimmen ab: mit 1 Nein-Stimme, 1 Stimmenthaltung und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

1. Abschnitt-bis
Übergangsbestimmungen
Art. 13-bis

Übergangsbestimmungen zu den Artikeln 9 und 10-quater

1. *Die Förderungsempfänger, gegen die vor In-Kraft-Treten dieses Gesetzes wegen Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, der Widerruf der Wohnbauförderung verfügt wurde und/oder Geldbußen verhängt wurden oder ein Verwaltungsverfahren eingeleitet wurde, können innerhalb von sechs Monaten ab In-Kraft-Treten dieses Gesetzes darum ansuchen, dass ihnen gegenüber die mit diesem Gesetz abgeänderten Bestimmungen der Artikel 65 und 71 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, zur Anwendung kommen.*
2. *Der Antrag laut Absatz 1 kann nur angenommen werden, wenn die geförderte Wohnung innerhalb von sechs Monaten ab In-Kraft-Treten dieses Gesetzes von nicht berechtigten Personen verlassen wird und eventuelle an der Wohnung vorgenommene Änderungen, die deren Förderungswürdigkeit widersprechen, zurückgebaut werden.*
3. *Die Bestimmung laut Absatz 1 kommt in all jenen Fällen nicht zur Anwendung, in denen die dem Land geschuldeten Beträge bereits zur Gänze oder auch nur teilweise zurückbezahlt wurden. Ab In-Kraft-Treten dieses Gesetzes und bis zum Ablauf der oben genannten Frist von sechs Monaten sind die behängenden Verwaltungsverfahren und die entsprechende Vollstreckung ausgesetzt.*

Capo I-bis
Norme transitorie
Art. 13-bis

Norme transitorie agli articoli 9 e 10-quater

1. *I beneficiari nei cui confronti prima dell'entrata in vigore della presente legge sia stata disposta la revoca dell'agevolazione edilizia per contravvenzione contro le disposizioni della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, e/o nei cui confronti siano state applicate sanzioni amministrative pecuniarie o nei cui confronti sia stato avviato un procedimento amministrativo, entro sei mesi dall'entrata in vigore della presente legge possono fare domanda affinché nei loro confronti vengano applicate le disposizioni degli articoli 65 e 71 della legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13, come modificati dalla presente legge.*
2. *La domanda di cui al comma 1 può essere accolta solamente se l'abitazione oggetto dell'agevolazione edilizia, entro sei mesi dall'entrata in vigore della presente legge, sia resa libera da persone non aventi diritto e siano rimosse eventuali modifiche apportate all'abitazione, che contrastino con la possibilità di essere oggetto di agevolazioni.*
3. *La disposizione di cui al comma 1 non si applica nei casi in cui gli importi dovuti alla Provincia siano già stati interamente o parzialmente rimborsati. A partire dall'entrata in vigore della presente legge e fino*

alla decorrenza dei sei mesi di cui sopra, sono sospesi i procedimenti amministrativi pendenti e la loro esecuzione.

Dazu liegt ein Streichungsantrag von den Abgeordneten Kury, Dello Sbarba und Heiss vor: "Der Artikel 13-bis wird gestrichen."

"L'articolo 13-bis è soppresso."

Wer wünscht das Wort? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab: mit 1 Nein-Stimme, 1 Stimmenthaltung und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Wir fahren morgen mit der Artikeldebatte fort.

Die Sitzung ist geschlossen.

ORE 18.52 UHR

SITZUNG 71. SEDUTA

10.11.2005

Sono intervenuti i seguenti consiglieri:
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

BAUMGARTNER (84)
DELLO SBARBA (16, 28, 33, 38, 56, 85, 89)
DURNWALDER (3, 44, 80)
GNECCHI (70)
KLOTZ (17, 21, 36)
KURY (11, 24, 38, 40, 51, 54, 63, 76, 82, 104)
LAIMER (37)
LEITNER (11, 25, 35, 61, 79)
MAIR (47)
MINNITI (9, 12, 14, 18, 22, 23, 29, 75, 83, 84, 89, 97)
MUNTER (70)
PÖDER (42, 58, 70, 86)
SEPPI (19, 26, 28, 60)
THEINER (12, 27, 30, 49)
URZÍ (59, 68)
WIDMANN (54, 64)